

# Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

**Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!**

**PEGIDA in Dresden**

## Wir ticken hier anders...



Vielleicht wurde die so genannte Pegida-Bewegung in Dresden nach ihrer Spaltung im Januar des Jahres von den Medien zu schnell totgesagt. Nachdem im Internet ein Foto des Pegida-Anführers Lutz Bachmann aufgetaucht war, trat dieser Mitte Januar bekanntermaßen als Vereinsvorsitzender der Pegida zurück. „Ich entschuldige mich aufrichtig bei allen Bürgern, die sich von meinen Postings angegriffen fühlen...“, erklärte er damals. Doch nach nur knapp vier Wochen war er wieder da. In einer Versammlung der verbliebenen sechs Pegida-Vereinsmitglieder wurde er wieder zum ersten Vorsitzenden gewählt. Und seither hetzt er wieder und macht mit seiner Anhängerschaft so genannte Montagsspaziergänge durch die Dresdner Altstadt. Bei der 17. Pegida-Demonstration am 2. März waren es, nach Polizeiangaben, wieder mehr als 6000 Teilnehmer, nachdem es eine Woche zuvor „nur“ 4.800 waren. Bachmann sprach sogar

von 10.000. Es ist unerheblich, welche Zahl nun wirklich stimmt. Fakt ist, dass der Spuk noch andauern wird, selbst wenn, wie das jetzt der Fall ist, das mediale Echo geringer wird.

Wenn es nach Bachmann geht, soll der März „unser Monat werden“. Und deshalb rief Bachmann bei besagter Kundgebung seine Anhänger dazu auf, dass jeder der Anwesenden nächste Woche wieder einen weiteren mitbringen möge, damit „wir die

da oben so richtig in den Arsch treten können“.

Trotz des aktuellen Erfolges wird die Bewegung auf Dauer keinen Bestand haben. Dazu ist sie im Moment zu isoliert. Ihr Aktionsradius beschränkt sich im Grunde allein auf Dresden. Auch ihre Forderungen sind nicht plausibel. Diese sind zum Teil bereits Programm der eta-

*Fortsetzung auf Seite 3*

### Inhalt

PEGIDA in Dresden	S. 1
Thüringer LINKE-Regierung, Konkretes und Grundsätzliches	S. 8
TTIP – Freihandelsabkommen zwischen EU und USA	S. 13
TTIP – die globalen Zusammenhänge	S. 20
Schwarz-rotes Streikverbot	S. 23
70 Jahre Befreiung des KZ Auschwitz	S. 27
Vom Bau der Atombombe zum „Regime nuklearer Weltordnung“	S. 29
Chile: Ein Jahr Regierung Bachelet	S. 35
Genosse Udo Winkel verstorben	S. 38
Ein Treffen mit Rosa Leviné-Meyer	S. 39

## In eigener Sache

Die Kriegspolitik der USA hat den Nahen Osten verwüstet, Staaten wie den Irak, Syrien, Libyen zerschlagen lassen und damit den Banden des „Islamischen Staates“ den Weg bereitet. Die davon ausgehende Massenflucht wird zunehmend auch zum politischen und sozialen Problem der entwickelten Industriestaaten Europas. Auch ein Teil der deutschen Bevölkerung sieht in den „hereinströmenden Moslems“ eine Bedrohung und proklamiert in dumpfer Ignoranz die Gefahr der Islamisierung Deutschlands. Das verstärkt das bereits vorhandene Unbehagen gegenüber der herrschenden Politik. Diese wird immer mehr bestimmt durch die Krisenfolgen des kapitalistischen Systems, das sich in Deutschland vorerst als EU-Finanzkrise bemerkbar macht und Ängste um den Euro, um die Renten und die schwindenden Spargelder schürt.

Es war nur eine Frage der Zeit, wann Unmut und Befürchtungen um die Aufrechterhaltung des sozialen Standards in politische Proteste umschlagen würden.

Die Gründung der Partei *Alternative für Deutschland*, die vor allem Teile des rechten Randes von der CDU abzog und bezeichnende Wahlergebnisse erzielte, war die eine Ebene, auf der sich das Tor zu Veränderungen nach rechts aufbrechen ließ. Die andere, die basisnähere und diffusere Bewegung, die sich Pegida usw. nannte und ihre Ausländerfeindlichkeit und Asylantenhetze offen zeigte, stand von Anfang an unter dem Einfluß rechtsradikaler Kräfte. Auch über diese nachlassenden Straßendemonstrationen hinaus ist ein Tabubruch in der Gesellschaft zu spüren, der noch vor kurzer Zeit undenkbar erschien. Die Entwicklung ist umso gefährlicher, da sie auch in anderen EU-Staaten längst im Gange

ist. Besonders vom Erstarken des Front National in Frankreich kann die größte Gefahr ausgehen.

In einem Artikel zur Pegida-Bewegung und zu den Zuständen in Ostdeutschland, besonders in Sachsen, nehmen wir uns dieser wichtigen Veränderungen an.

In einigen Ländern der EU, die unter den Krisenfolgen leiden, haben dadurch linke Parteien zumindest einen gewissen Aufschwung erfahren.

In Deutschland ist das Gegenteil der Fall. Die Partei die LINKE hat schwere Verluste hinnehmen müssen, auch gerade dort (wie in Brandenburg), wo sie als Koalitionspartner nur den Regierungszuträger spielt. Nicht erst der „*Kniefall von Thüringen*“, sondern die ganze Anbiederungspolitik hat zum zunehmenden Glaubwürdigkeitsverlust geführt. Ekkehard Lieberam hat als Insider diese Entwicklung mit Besorgnis verfolgt und mit konkreter Kritik davor gewarnt. Seine Bestandsaufnahme legen wir vor und hören mit Genugtuung, dass sie auch die Zeitung *junge Welt* veröffentlicht hat.

Der Veitstanz der SPD und der Regierung um die geplanten Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA wird immer übler und undurchsichtiger. Für Gabriel ist in Wirklichkeit das Ganze, ohne Rücksicht auf breite Proteste, schon gelaufen. Wir veröffentlichen zum Ausverkauf der Restbestände der Souveränität und Demokratie Deutschlands zwei Nachdrucke aus der neuen Ausgabe der *Arbeiterpolitik*, die sich mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung mit dieser Thematik befassen.

Ein britischer Genosse berichtet von seinem Besuch bei der Genossin Leviné-Meyer und ihren Ansichten zur kommunistischen Weltbewegung. Das Gespräch fand 1973 statt.

Wenn diese Nummer erscheint, wird wahrscheinlich das sogenannte „*Tarifeinheitsgesetz*“ im Bundestag verabschiedet worden sein. Das Streikrecht wäre damit gesetzlich eingeschränkt. Wir drucken eine Stellungnahme dazu vom ehemaligen Vorsitzenden der Gewerkschaft Druck und Papier, Detlef Hensche, ab der sich scharf gegen dieses Gesetz wendet. Der IGM-Vorstand soll seinen Hauptamtlichen verboten haben, sich kritisch gegen die Gesetzesvorlage zu äußern; er hat andernfalls Konsequenzen angedroht.

Die bedenklichen Ereignisse in diesem Lande machen es um so mehr notwendig, immer wieder an die Nazi-Verbrechen zu erinnern. Der Auschwitz-Artikel von Gerhard Armanski tut dies in besonders ergreifender Art.

Zum 70. Jahrestags des Atombombenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki beschreibt unser Autor den Weg von der Entdeckung und Entwicklung der Atomkraft bis zum Abwurf der US-amerikanischen Bomben auf Japan.

Jörg Wollenbergs kurzen Beitrag über die historische Dimension der aktuellen Krise um die Ukraine konnten wir leider nicht mehr unterbringen. Dies werden wir in der nächsten Ausgabe nachholen.

Wir gedenken unseres ehemaligen Mitstreiters Udo Winkel.

Mit Hermann Weber (1928 bis 2014) ist einer der führenden Historiker des deutschen Kommunismus verstorben. Allen Verleumdungen und Anfeindungen zum Trotz hat er sich nicht dem stalinistischen Machtanspruch unterworfen. Er war lange Zeit unser Leser.

**Wir danken herzlich für die Spenden und Abo-Zahlungen. In dieser Nummer liegt wieder ein Zahlschein bei.**

**Am 16. und 17. Mai findet wieder unser Seminar in München statt. Die Tagesordnung mit den Themen wird mit den Einladungen bekannt gegeben.**

### Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg  
e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org  
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08  
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

blierten Parteien oder sogar bereits umgesetzt. Auf den Veranstaltungen von Pegida hört man neben der allgemeinen Hetze gegen Ausländer und Asylbewerber im Wesentlichen sechs Forderungspunkte, wenn man diese überhaupt als Forderungen bezeichnen kann. So wollen sie die gesetzliche qualitative Zuwanderung von Ausländern und deren Integrationspflicht. Sie wollen ein Einreiseverbot für Dschihadisten; mehr Geld für die Polizei und ein gutes Verhältnis zu Russland. Und schließlich wollen sie direkte Demokratie und Volksschleide, um auf „die da oben“ konkret Einfluss nehmen zu können. Diese sechs Punkte sind nichts anderes als ein konfuser Katalog von „Jetzt wünsch dir was“! Trotzdem mobilisiert Pegida mit diesen Plattheiten Woche für Woche Tausende. Aber wie schon erwähnt, gelingt ihr das im Grunde nur in dieser Stadt. Die Versuche, außerhalb von Dresden ähnliches zu etablieren, scheiterte bislang am demokratischen Widerstand der Menschen.

Nur in Dresden erreicht die Pegida also eine nennenswerte hohe Beteiligung an ihren Veranstaltungen. Drei Viertel der Teilnehmer sind nach einer Untersuchung von Wissenschaftlern der TU Dresden zwischen 40 und 59 Jahre alt. Geschlecht: mehrheitlich männlich. Die Teilnehmer sollen zu 36 Prozent aus Dresden kommen und weitere 38 Prozent aus anderen sächsischen Städten und Gemeinden. Inzwischen gibt es auch einen ausgeprägten Demo-Tourismus. Wie die Fahnen und Transparente zeigen, kommen reaktionäre Dumpfbacken aus allen Teilen der Republik: aus Hamburg, Bayern, Berlin, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Selbst norwegische und schwedische Fahnen waren zu sehen. Aber trotzdem, getragen wird die Bewegung hauptsächlich von Sachsen und das sind in ihrem Kern Dresdner. Und da stellt sich schon die Frage, was in Dresden anders ist als anderswo.

Soziologen, Psychologen, Politologen und Journalisten rätseln und versuchen zu analysieren, warum gerade Dresden ein so hohes Potential für eine rechte politische Mobilisierung hat. Sie kommen bei ihren Bemühungen auf eine ganze Reihe von Faktoren, die in der Summe zu diesem Ergebnis führen, aber plausibel sind sie im Einzelnen nicht.

### Dresdens Opfermythos

Dresden hat den Nimbus, etwas „Besonderes“ zu sein. Diesen Ruf pflegte man in der Stadt, begonnen mit der Bombardierung am 13. Februar 1945 bis heute. Dabei spielen die jährlichen Gedenkfeiern an die barbarische Zerstörung der Stadt eine nicht unerhebliche Rolle. Es entstand ein Opfermythos, in dessen Zentrum die von den Faschisten in die Welt gesetzte Zahl von mehr als 100.000 Bombentoten stand. Goebbels sprach nach dem Angriff sogar von 200.000 Toten. Er wollte damit die letzten Reserven des in Agonie liegenden deutschen Faschismus mobilisieren. Auch in der DDR wurde mit dem beginnen-

den kalten Krieg an diesem Mythos mehr oder weniger festgehalten. Hier hatte er die Funktion, die antiimperialistische Politik des sozialistischen Lagers zu unterstützen. Erst in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts kam es durch eine Historikerkommission zur Richtigstellung der Zahlen. Danach kamen bei den Bombenangriffen circa 25.000 Menschen ums Leben. Immer noch eine ungeheuerliche Zahl, aber Dresden verlor mit dieser Zahl seine Opfer-Sonderstellung im faschistischen zweiten Weltkrieg. Das änderte allerdings nichts an den jährlichen Trauer-Ritualen der Stadt mit Kranzniederlegungen auf dem Heidefriedhof (dort sind die meisten Opfer des Angriffs begraben), unter Anwesenheit des Ministerpräsidenten und der örtlichen Parteienvertreter. Auch die NPD und deren gesamte Landtagsfraktion standen, solange sie im sächsischen Landtag vertreten war, offiziell mit dabei.

Das Dresdner Bündnis *Nazifrei – Dresden stellt sich quer*, das den Widerstand gegen die jährlichen Nazi-Aufmärsche anlässlich der Bombardierung Dresdens und auch jetzt die Widerstandsaktionen gegen Pegida

organisiert, stellt sich seit vielen Jahren gegen diesen Mythos, den die Nazis und andere Reaktionäre für ihre Ziele instrumentalisieren. Mit einem so genannten „Mahngang Täterspuren“ demonstriert das Bündnis an den Orten, an denen nazistische Organisationen ihre verbrecherische Politik organisiert hatten. Tausende nehmen jedes Jahr an den Mahngängen teil, bevor sie dann im Anschluss versuchen, die Nazidemo zu blockieren. Das gelang in den vergangenen Jahren in zunehmendem Maße.

In einem offenen Brief an Bundespräsident Gauck anlässlich der Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Bombardierung der Stadt (Gauck besuchte aus diesem Anlass Dresden) schreibt das Bündnis:

„Der in Dresden offiziell gepflegte Opfermythos liefert und liefert den perfekten Nährboden für jegliche Veran-



staltungen dieser Art. Die Stadt sprach nie gern darüber, dass die Garnisonsstadt Dresden ein wesentlicher Teil von Nazideutschland und keine unschuldige Kunst- und Kulturstadt war. Vergessen waren die Geschichte von Taten und Täter\_innen, Rassenwahn und Antisemitismus, Denunziation und Verfolgung, Zwangsarbeit und Rüstungsproduktion. Erst mit dem seit 2011 jährlich stattfindenden Mahngang ‚Täterspuren‘ haben wir, das Bündnis Dresden Nazifrei, gemeinsam mit tausenden Menschen die Forderung auf die Straße gebracht, dem Geschichtsrevisionismus in Dresden ein Ende zu bereiten“.

### Antifa nicht gern gesehen

Die konservativen Stadtoberen und die sächsische Justiz sehen das Bündnis nicht gerne. Blockaden von Naziaufzügen werden bekämpft und man macht alles, um die Aktionen des Bündnisses *Dresden Nazifrei* zu behindern oder, noch besser, zu verhindern. So wird regelmäßig von der Stadt die Anmeldung der Nazidemo und deren Routenverlauf geheim gehalten. Stattdessen setzt man eine Menschenkette um die Altstadt der Blockade entgegen. Die OB Helma Orosz versteifte sich vor einigen Jahren zu der lächerlichen Behauptung, die Menschenkette hätte die Nazis von ihrem Aufmarsch abgehalten. Dabei war es unübersehbar, dass es die tausenden blockierenden Demonstranten waren, die den Marsch der Nazis unmöglich machten.

An diesem 13. und 14. Februar jährte sich die Bombardierung Dresdens zum 70sten Mal. Es war deshalb mit besonders vielen braunen Aktivitäten zu rechnen. Doch die Nazis blieben erst einmal passiv. An den eigentlichen Jahrestagen geschah von ihrer Seite gar nichts. Offensichtlich trauten sie sich nicht am eigentlichen Termin der Bombardierung Dresdens aufzumarschieren. Der Grund: in den zurückliegenden Jahren hatten sie immer wieder negative Erfahrungen mit den Gegendemonstranten gemacht, die sie nicht marschieren ließen.

So wäre es für die Nazis auch in diesem Jahr wieder zu einer Niederlage gekommen. Um das zu vermeiden, gaben sie ihre Aufmarschabsicht und den Termin der Öffentlichkeit bis zuletzt nicht bekannt (der Termin

muss bekannt gewesen sein, aber die Stadt hielt ihn offensichtlich geheim). Dann aber kam für die Öffentlichkeit die Überraschung. Die Nazis hatten den Aufmarsch auf den 15. Februar verlegt. So gelang es ihnen in diesem Jahr mit 500 Personen durch Dresdens Straßen zu ziehen. Eine ausreichende Gegenmobilisierung war kurzfristig für *Dresden Nazifrei* nicht mehr möglich. Trotzdem war es für die Nazis kein Sieg. Sie marschierten zwar, aber nur weil sie tricksten! Und sie marschierten nicht an diesem 70. Jahrestag!

### Nicht die Nazis – die Antifa wird in Dresden bekämpft.

In den vergangenen Jahren hatten die Auseinandersetzungen am 13./14. Februar immer wieder Schlagzeilen in den Medien erzeugt. Nicht zuletzt durch das repressive Vorgehen der Dresdner Behörden, Polizei und Staatsanwaltschaft gegen antifaschistische Demonstranten. So wurde bundesweit der Fall des Jenaer Jugendpfarrer Lothar König bekannt. Ihm wurde vorgeworfen, über seinen Lautsprecherwagen zu Gewalt gegen Polizisten aufgerufen zu haben. Seit 2011 zog sich das juristische Verfahren gegen König hin, das vor kurzem eingestellt wurde. Dazu erklärte Silvio Lang, Sprecher des Bündnisses *Dresden Nazifrei*: „Diese Einstellung ist in Wirklichkeit die Kapitulationserklärung der Dresd-

ner Staatsanwaltschaft in einer mehrjährigen Justizposse! Hier wurden über Jahre Unsummen an Steuergeld verschwendet, um einen offensichtlich Unschuldigen, einen engagierten Demokraten und Antifaschisten zu kriminalisieren – zur Abschreckung, aus politischer Motivation und reiner juristischer Willkür!“. Ein weiterer Fall, der Wellen schlagen wird, ist der von Bodo Rammelow, des neuen Ministerpräsidenten Thüringens. Gegen ihn hat das Amtsgericht Dresden die Aufhebung der Immunität beantragt wegen seiner Beteiligung an der Blockade einer Nazi-Versammlung in Dresden im Jahre 2010. Ende Januar des Jahres folgte der Thüringer Landtag der Forderung des Dresdner Amtsgerichtes und hob seine Immunität auf, nachdem Rammelow selbst um den Schritt gebeten hatte. Es wird interessant werden, wie sich dieser Fall weiterentwickelt. Auf jeden Fall zeigen die beiden exemplarischen Vorgänge, denen sich weitere anfügen ließen, dass für die sächsischen Behörden, die Landesregierung und die Justiz der Feind „links“ steht. Deshalb lässt man hin und wieder auch „fünfe einmal gerade sein“ und ordnet wie 2011 die flächendeckende Funkzellenabfrage an, bei der alle Handydaten der Antifa-Demo erfasst, gespeichert und (wahrscheinlich auch) ausgewertet wurden, oder verbietet kurzerhand, wie jetzt im Januar geschehen, alle Demonstrationen im Zusammenhang mit den Pegida-Aktivitäten.



Bild aus der Broschüre „DRESDEN SPECIALE 2012“, herausgegeben von *ak-analyse & kritik* und *Der Rechte Rand*



### Konservativer Mief

In diesem, von den Konservativen geschaffenen politischen Klima sehen viele Analysten eine Ursache für den Pegida-Aufschwung. André Schollbach, Fraktionsvorsitzender der Linken im Dresdner Stadtrat stellt in einem Interview mit der *Sächsischen Zeitung* fest: „Die jahrelange CDU-Hegemonie und der damit verbundene konservative Mief haben das Entstehen von Pegida begünstigt“. Und in der Tat, in kaum einem anderen Bundesland ist das reaktionäre Potential so hoch wie in Sachsen. Bei der Landtagswahl am 31. August vergangenen Jahres stimmten 160.000 Menschen (9,7 Prozent) für die AfD und zusätzlich 81.000 (4,9 Prozent) für die NPD. Das sind zusammen über 240.000 Menschen. Die CDU erreichte fast 40 Prozent der Stimmen. Alleine in Dresden bekam bei der Stadtratswahl am 25. Mai 2014 die NPD 18.341 Stimmen und die AfD 46.309 Stimmen. Das entspricht 2,8 und 7,0 Prozent. Die reaktionäre Basis für die Pegida ist in der Bevölkerung Dresdens also da. Aber das Abstimmungsverhalten bei Wahlen erklärt nicht alles. Sicherlich gibt es eine ausgeprägte Ausländer- und Islamfeindlichkeit unter der Bevölkerung, sonst gäbe es die Pegida nicht. Aber sie ist sicher nicht wesentlich ausgeprägter als in anderen ost- und westdeutschen Bundesländern. Das zeigt eine Umfrage von *YouGov* im Auftrag von *ZEIT ONLINE* im Dezember. Danach unterstützen 29 Prozent der befragten Bundesbürger die Pegida-Proteste in Dresden und knapp die Hälfte der Befragten (49 Prozent) gibt an, Verständ-

nis für diese Demonstrationen zu haben. Auch antworteten insgesamt 59 Prozent der Befragten, Deutschland nehme „deutlich zu viele“ (30 Prozent) oder „eher zu viele“ (29 Prozent) auf. Besonders problematisch bewertet wird die Zahl der Flüchtlinge von den Menschen in den Altersklassen zwischen 25 und 54. Natürlich müssen Umfragen im Hinblick auf ihre Richtigkeit mit Vorsicht betrachtet werden. Und es gibt auch nicht nur diese Umfrage. Andere weisen niedrigere Zustimmungswerte für die Pegida aus. Aber in der Tendenz weisen sie alle in die gleiche Richtung: das Potential für eine reaktionäre Bewegung und Politik in Deutschland ist riesig. Den konservativen und reaktionären Mief gibt es bundesweit!

### Die Pegida-Versteher

Das erkennen auch zunehmend die etablierten Parteien und reagieren, je nach der eigenen Selbstverortung, von „aufgeschreckt“, „zurückweisend“ bis „sich anbietend“. Besonders die CDU steht vor einem großen Problem. Jetzt hat sie neben der AfD, die sie von rechts unter Druck setzt, auch noch die Pegida an der Backe. Besonders in Sachsen ist das für sie schwierig. In der sächsischen CDU, sowohl in der Mitglied- als auch der Wählerschaft, gibt es nicht viel Ablehnung zu dem kruden Forderungsmischmasch der Pegida. Das weiß auch der Ministerpräsident Tillich: ein großer Teil der Pegida-Sympathisanten kommt aus dem eigenen Klientel. Deshalb das große Verständnis für die Pegidaisten

und die Warnung der CDU-Landtagsfraktion, nur ja nicht die Demonstrationen zu diskreditieren, vielmehr ihre Sorgen und Ängste ernst zu nehmen. Versteher der Pegida gibt es deshalb viele. Sie alle nehmen angeblich „berechtigten Sorgen“ von „ganz normalen Leuten“ wahr, bei denen es sich durchaus nicht um Ausländerfeinde handle und schon gar nicht um „Rechtsextremisten“. Deshalb will man auf die Pegida-Anhänger zugehen, in einen Dialog mit ihnen kommen. Das gilt allerdings nicht für deren Führung. Hier gab es die kategorische Ablehnung der Landesregierung, mit denen zu sprechen. Sachsens Innenminister Markus Ulbig wendete sich anfangs besonders scharf gegen Pegida. Die Anführer der Pegida, Bachmann und Co. bezeichnete Ulbig als Rattenfänger. Anfang Februar kommt aber zu Tage, dass sich Ulbig heimlich mit Pegida-Anführern getroffen hat. Die *Sächsische Zeitung* schreibt dazu: „Dann geht er (Ulbig) her und spricht an einem geheimen Ort, hinter verschlossenen Türen mit zwei Personen aus der Pegida-Führung. Er habe nicht inhaltlich über ihre Forderungen gesprochen, sondern an die Verantwortung der Frau Örtel appelliert, die sie als Veranstalter von solchen Demonstrationen trage. Was wirklich stattfand, bleibt im Dunkeln. Nur soviel ist sichtbar: Ulbig tritt bei der OB-Wahl (in Dresden) im Juni des Jahres an. Da scheint es aus seiner Sicht schon nützlich, mit der Pegida ins Gespräch zu kommen“. In opportunistischem Verhalten steht MP Tillich seinem Innenminister in nichts nach. In einem Interview in der *Welt am Sonntag* lässt er den Satz fallen, dass der Islam nicht zu Sachsen gehöre. Damit stellt sich die einstige DDR-Blockflöte Tillich gegen seine Kanzlerin, die kurz zuvor meinte, dass der Islam durchaus zu Deutschland gehöre. In der sächsischen Staatskanzlei muss man aktuell schon sehr verzweifelt sein. Der Kniefall des Ministerpräsidenten aber wird von Pegida gerne angenommen. Triumphierend verkündigte Kathrin Oertel auf der Kundgebung am 25. Januar des Jahres: „Wir haben es geschafft, dass die Politik über unsere Themen redet“.

### „Lichtelläufe“ in Schneeberg

Überrascht hätte man in der Staatsregierung nicht sein müssen, dass sich

fremdenfeindliche Zusammenrottungen bilden. Im Dezember 2013 begannen die Proteste gegen Asylbewerber in Schneeberg, einer kleinen Stadt mit 15.000 Einwohnern im Vogtland, in der Nähe zur bayerischen Grenze. Dort befindet sich in einer ehemaligen Bundeswehrkaserne das Asylbewerberheim, das 2010 zu einer Zweigstelle der Chemnitzer Erstaufnahme gemacht wurde. Das Heim war zwischenzeitlich geschlossen, wurde aber im September 2013 von der Landesdirektion wieder geöffnet. Rund 250 Flüchtlinge, hauptsächlich Tschetschenen, wurden kurzfristig dorthin gebracht und leben inzwischen dort.

Im Oktober 2013 dann beginnen die fremdenfeindlichen Aktionen der Rechten mit einem Flashmob, an dem 50 Personen teilnehmen. Weitere vier Demos folgen bis Dezember, wobei die Teilnehmerzahlen auf bis zu 1.800 anwachsen. Sie veranstalten so genannte *Lichtelläufe*, das heißt, im Schein von Fackeln ziehen die Ausländerfeinde durch die Stadt und brüllen Parolen wie, „*Schneeberg wehrt sich*“, „*Nein zum Heim*“ und „*Wir sind nicht das Sozialamt der Welt*“. Auch sind, wie jetzt bei Pegida in Dresden, die *Wir-sind-das-Volk*-Sprechchöre zu hören. Im Januar 2014 schließlich bricht die Bewegung zusammen. Fast erscheinen einem die Schneeberger Vorkommnisse wie das Präludium zur Pegida-Bewegung ein Jahr später. Im Unterschied zu Dresden aber sind die „*Lichtelläufe*“ in Schneeberg eindeutig von der NPD organisiert. Organisator des Spuks ist der Kleingewerbetreibende Stefan Hartung. Er sitzt im be-

nachbarten Bad Schlema im Gemeinderat und ist zudem noch Kreisrat im Erzgebirgskreis. In Dresden dagegen befinden sich in der Pegida-Führung mehrheitlich parteilose Figuren. Sie sind, wie in Schneeberg, der NPD-Hartung, kleine Gewerbetreibende, also typische Kleinbürger. Zum Teil sind sie auch verkrachte und, wie Bachmann, kriminelle Elemente.

### Ganz normale Bürger?

Wer sind nun aber die Teilnehmer an den Pegida-Demonstrationen, die sich selbst weder als Rassisten noch als Faschisten sehen, sondern als ganz „*normale Bürger*“? Der Soziologe Dieter Rucht, vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, versuchte das herauszufinden. Er verteilte unter Pegida-Anhängern Fragebögen, die aber nur von wenigen beantwortet wurden. Das heißt, die Ergebnisse sind nicht repräsentativ. Trotzdem zeigen sie eine Tendenz auf. Die abgegebenen Fragebögen bestätigen eine deutliche Affinität der Teilnehmenden zu nationalistischen und chauvinistischen Denkmustern, wie sie auch von den Pegida-Organisatoren propagiert werden. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung stimmen die Befragten deutlich häufiger Aussagen zu, mit denen Merkmale wie Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus gemessen werden. Bei Wahlen würden 89 Prozent die AfD unterstützen. Deshalb sieht der Brandenburger AfD-Vorsitzende Gauland zu Recht in der Pegida den „*natürlichen Ver-*

*bündeten*“ der AfD. Nach einer weiteren Studie der TU Dresden (ebenfalls nicht repräsentativ) ist der typische Pegida-Demonstrant „*gut ausgebildet, gehört zur Mittelschicht, verdient gut und stammt aus Sachsen*“. Aber auch diese Klassifizierung ist nicht sehr aussagekräftig. Für einen Betrachter von außen zeigen sich die Pegida-Teilnehmer als eine wütende Masse auf „*die da oben*“, in der jeder einen anderen politischen Vorgang kritisiert (oftmals berechnete Kritik) und die geeint sind in ihrem diffusen Hass auf Ausländer, Asylbewerber und Islamgläubige und eben „*die da oben*“.

### Angst vor gesellschaftlichem Abstieg

In der *Arbeiterstimme* Nr. 186 (Winter 2014) gingen wir im Zusammenhang mit den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg auf die soziale Lage der Bevölkerung ein. Danach haben in den zurückliegenden 20 Jahren die Menschen viele negative Erfahrungen gemacht. In diesen Jahren ging es für die Mehrheit der Bevölkerung immer nur abwärts. Nichts wurde besser, aber vieles schlechter. Und es scheint auch so zu bleiben. Begonnen bei den Hartz-IV-Gesetzen bis zu drastischen Verschlechterungen der Bezüge zukünftiger Rentner und der Entwicklung der Löhne und Gehälter. Wenn in der Studie der TU Dresden gesagt wird, der typische Pegida-Demonstrant „*verdient gut*“, so ist das relativ zu betrachten. In der



BRD sind inzwischen 25 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse prekär. In Ostdeutschland liegt dieser Prozentsatz noch deutlich höher. Noch immer gibt es ein hohes Einkommensgefälle zwischen West und Ost. Durch die Tariffucht in Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes liegt in vielen Betrieben die Entlohnung am Boden. Oftmals gibt es keine Betriebsräte oder die Betriebsräte sind von Geschäftsführungen in ihrem Sinne gesteuert. Löhne auf der Grundlage des Flächentarifvertrages sind heute die Ausnahme und nicht die Regel. Ein Beispiel verdeutlicht das bei Opel in Eisenach. Durch die Wiedereinführung der Nachtschicht soll es zu 400 Einstellungen kommen (unbefristet, befristet und Leiharbeitskräfte). Die Resonanz ließ nicht auf sich warten. Der Personalabteilung dort liegen tausende Bewerbungen für diese Stellen vor. Sicher alleine nur aus einem Grund: bei Opel wird nach Flächentarifvertrag der Metall- und Elektroindustrie bezahlt. Wenn die TU Dresden bei diesem Hintergrund zu dem Ergebnis kommt, dass der typische Pegida-Anhänger gut verdiene, so stimmt das schlichtweg nicht. Die Vergleiche werden von den Betroffenen zwischen Ost und West gezogen. Und zusammen mit der gemachten Erfahrung, dass nichts besser wird, sondern alles immer nur schlechter, entsteht Wut. Und diese wird von Pegida kanalisiert. Dort kann man sich vortrefflich abreagieren und nach denjenigen treten, denen es noch schlechter geht als einem selbst. Es ist das Verhalten des Kleinbürgers, der immer bestrebt ist gesellschaftlich aufzusteigen und gleichzeitig gequält wird von der Angst des gesellschaftlichen Abstiegs. Und leider ist dieses kleinbürgerliche Bewusstsein und Denken heute in großen Teilen der arbeitenden Klasse vorhanden. Das gilt besonders dort, wo in den Betrieben keinerlei politische Orientierung durch Gewerkschaften, Vertrauensleute und Betriebsräte vermittelt wird. Es gibt viele Betriebe, die gewerkschafts- bzw. betriebsratsfrei sind. Um schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen zu überwinden, sucht man sich dort meistens individuelle Wege. Der Weg des kollektiven, solidarischen Kampfes zur Durchsetzung der eigenen Interessen wird dagegen kaum beschritten.

### Wenn es dem Bürger ans Geld geht wird er aktiv

Der Ruf Dresdens ist inzwischen ziemlich ramponiert. Die regelmäßigen Naziaufmärsche und „Pegida-Spaziergänge“, das feige und opportunistische Verhalten der Stadt-Oberen und Landespolitiker haben Dresden international negativ bekannt gemacht. Schon gibt es durch das US-Außenministerium Warnungen vor dem Besuch der Stadt. In der Geschäftswelt befürchtet man den Rückgang der Besucherzahlen und damit Umsatzeinbußen. Die Angst ist besonders im Tourismus-Geschäft groß, weil wegen der Wirtschaftssanktionen gegen Russland inzwischen die russischen Touristen wegfallen (während der Weihnachtszeit landete täglich ein Sonderflug aus Moskau). Wenn es dem Bürger ans Geld geht, wird er aktiv. Von Privatinitiativen (Tourismusverband, City Management und anderen, die vom Tourismus leben) wird plötzlich „Weltoffenheit“ propagiert. Man organisiert Bürgerkonferenzen oder Konzerte. Wie zum Beispiel am 26. Januar, einem Montag. Das Konzert, getragen von hochkarätigen Künstlern und privat finanziert, richtet sich nicht explizit gegen Pegida, sondern steht für „Offen und bunt – Dresden für alle“. Prompt lässt Pegida den geplanten „Spaziergang“ ausfallen, um ihren Sympathisanten die Teilnahme an dem Konzert zu ermöglichen. Schließlich kamen rund 20.000 Besucher. Pegida alleine brachte zu diesem Zeitpunkt schon deutlich mehr Menschen auf die Beine. Die Stadt selbst reagiert auf solche Aktivitäten lediglich mit wohlwollender Zurkenntnisnahme. Eigene Initiativen gibt es nicht. Die Oberbürgerin Orosz meinte in der *Sächsischen Zeitung* lediglich: „Pegida repräsentiert nicht die Stadt. Weil wir anders ticken. Weil wir für Weltoffenheit und Internationalität, für Diskussion und Miteinander stehen“. Das sieht ein Großteil der Einwohnerschaft aber offensichtlich anders. Aber das ist genau die Art und Weise, wie die Konservativen in Dresden solche Probleme behandeln – ignorieren, passiv bleiben und die Stadt schönreden. Die *Sächsische Zeitung* stellt, wie andere Medien auch, die Frage, was in Dresden eigentlich anders

läuft. Sie kommt zu der Antwort, die sicher ein Teil der Wahrheit ist: „... Stadt und Land[geben] dem Affen des Lokal- und Regionalpatriotismus pausenlos Zucker. Sie schmeicheln und streicheln die Untertanenseele mit immerwährenden Bekundungen, Sachsen und Dresden seien das Beste, Tollste, Größte, was sich nur denken lässt.“

### Pegida – ein Alarmsignal

Ungeachtet der Frage, wie lange in Dresden Pegida noch Zustrom hat, wann und ob sie zerfällt, ist festzustellen, dass die Pegida ein beunruhigendes gesellschaftliches Alarmsignal ist, das weit über Dresden hinausgeht. Sie ist die reaktionäre Antwort auf die andauernde Aushöhlung demokratischer Rechte und sozialer Standards und die anhaltende Kriegstreiberei. Zunehmend werden die politischen Fehlentwicklungen sichtbar. Die Glaubwürdigkeit der Berliner Politik wird immer geringer und gleichzeitig schwindet die Legitimität der Parlamente, wenn nur noch die Hälfte der Bürger an Wahlen teilnimmt. Gewinner werden reaktionäre und faschistische Parteien sein. Bei den Europa- und Landtagswahlen in Ostdeutschland ist der Trend sichtbar geworden. Und er wird sich fortsetzen, insbesondere wenn es zu konjunkturellen Einbrüchen kommt und die Krise offen ausbricht. Dagegenwirken können nur die linken Kräfte, die der abhängig beschäftigten Mehrheit im Lande eine wirkliche Orientierung geben können. Dazu gehört auch, Pegida als fünfte Kolonne des Kapitals zu entlarven. Deren Islam- und Fremdenfeindlichkeit hat die Funktion, von den wirklichen gesellschaftlichen Fragen abzulenken. Der Parteivorstand der PdL beschloss als Antwort auf Pegida am 24. Januar, „eine gesellschaftliche Bewegung für soziale Gerechtigkeit“ zu initiieren. Man muss gespannt sein, was geschieht. Nur wenn es gelingt, die Lufthoheit des Neoliberalismus zu brechen und die wirklich relevanten Fragen zu stellen, wie die Verteilungs- und die Eigentumsfrage, kann es zu einer breiten Unterstützung einer alternativen Politik kommen, die die reaktionären Bewegungen austrocknet.

Dresden 8. März 2015

# Thüringer LINKE-Regierung: Konkretes und Grundsätzliches



Von Ekkehard Lieberam

Die Bildung der Thüringer Landesregierung unter dem aus Rheinhessen stammenden 59-jährigen ehemaligen Landesvorsitzenden der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) und charismatischen LINKEN-Politiker Bodo Ramelow berührt Grundfragen linker Politik und Strategie. Der Sinn einer Regierungsübernahme als vorgebliches Mittel progressiver Gesellschaftsgestaltung steht unter den spezifischen Bedingungen Thüringens auf dem Prüfstand. Nach mittlerweile bald 100 Tagen Amtszeit erwarten immer noch viele Menschen in Thüringen eine politische Wende weg vom neoliberalen Mainstream und hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit von der Regierung Bodo Ramelow.<sup>1</sup> Mit der Geschichte von Linksregierungen vertraute Sozialisten und Kommunisten befürchten, dass all dies sich schon mittelfristig wieder einmal als Illusion erweisen wird.

Die Linke in den ostdeutschen Landtagen versteht sich als Regierungspartei im Wartestand oder war bereits (als PDS) an Landesregierungen beteiligt. Dabei hat sie sich weitgehend zu einer zweiten sozialdemokratischen Partei entwickelt.

Nach und nach kommen der LINKEN so ihre im Erfurter Programm vom November 2011 festgeschriebenen friedenspolitischen, linkssozialistischen und radikaldemokratischen Alleinstellungsmerkmale abhandeln: insbesondere als Antikriegspartei, als Partei des Widerstandes gegen Hartz-IV, als Partei der Aufklärung über die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse im entfesselten Kapitalismus und nunmehr mit der Thüringer Linksregierung auch als Partei einer gerechten und differenzierten Sicht auf die DDR-Geschichte.

## Regierungschef: Verfassung und Wirklichkeit

Am 5. Dezember 2014 wurde Bodo Ramelow mit einer Stimme Mehrheit von den LINKEN, der SPD und den Bündnisgrünen im zweiten Wahlgang zum Ministerpräsidenten von Thüringen gewählt. Zum ersten Mal stellt die LINKE damit einen Regierungschef in einem Bundesland. Nach der Thüringer Verfassung (Artikel 70 und 76) nimmt der Ministerpräsident eine herausragende Stellung in der Landesexekutive und in der Landespolitik ein. Er ernennt und entlässt die Minister. Er bestimmt die Richtlinien der Regierungspolitik. Er vertritt das Land Thüringen mit drei weiteren Ministern im Bundesrat. Seine Regierung kann über den Bundesrat Vorlagen für Bundesgesetze einbringen. Sie ist politischer Akteur auch auf Bundesebene.

Verfassungstext und Wirklichkeit sind dabei ziemlich weit auseinander. Ein allgemeiner Irrtum besteht darin, zu glauben, dass Richtlinienkompetenz mit der generellen Bestimmung der Grundlinien der Landespolitik und weitreichender Gestaltungssouveränität identisch ist. Der Regierungschef ist an den Koalitionsvertrag gebunden (auch an jeweilige

Koalitionsabsprachen) und nicht an das Wahlprogramm seiner Partei. Im Regierungskabinett hat Bodo Ramelows Partei nicht einmal die Mehrheit. Die LINKE verfügt ungeachtet eines Verhältnisses von etwa drei zu zwei beim Wahlergebnis neben dem Ministerpräsidenten über vier weitere Minister (Bundes- und Europaangelegenheiten, Bildung und Jugend, Infrastruktur und Landwirtschaft, Arbeit und Soziales), die SPD über drei (neben der stellvertretenden Ministerpräsidentin die beiden Schlüsselministerien Wirtschaft und Inneres) und die Bündnisgrünen über zwei Minister (Umwelt und Energie, Migration und Justiz). Von den beamteten StaatssekretärInnen haben jeweils vier das Parteibuch der LINKEN bzw. der SPD und einer das der Bündnisgrünen.

Die Konstituierung der Linksregierung in Thüringen ist aus verschiedener Sicht politisch bedeutsam. Dies ist nicht der Fall, weil sie eine progressive Zeitenwende zu Gunsten der Lohnarbeiter herbeiführen wird, sondern vor allem, weil sie die Integrationskraft des parlamentarischen Regierungssystems deutlich macht: generell gegenüber systemoppositionellen Parteien und konkret gegenüber einer im Wahlkampf noch couragiert gegen den neoliberalen Mainstream auftretenden und erfolgreichen LINKEN, die schon jetzt dabei ist, als führende Regierungspartei vor diesem Mainstream einzuknicken.

Nach allen politischen Erfahrungen und nach der sich abzeichnenden Regierungspraxis steht in Thüringen nicht eine Wende der Regierungspolitik gegen den Neoliberalismus bevor, sondern eine Wende der LINKEN als Gesamtpartei in Richtung intensiver Anpassung, verbunden zunächst mit einigen nicht unwichtigen Verbesserungen der Landespolitik.

1– Eine Umfrage von INSA im Auftrag der Thüringer Landeszeitung zwei Monate nach der Regierungsbildung von Ende Januar/Anfang Februar 2015 ergab 29 Prozent für Die Linke, 11 Prozent für die SPD, 6 Prozent für die Bündnisgrünen, 40 Prozent für die CDU und 10 Prozent für die AfD.



Wahlkämpfe und Regierungsübernahme stellen zwei sehr unterschiedliche Bereiche des politischen Lebens dar. Linke Wahlprogramme, die „ankommen“ sollen, skizzieren eine wünschenswerte und werbewirksame politische Alternative zu den bestehenden Zuständen. Regierungstätigkeit dagegen ist der Bereich der Abschirmung, Verteidigung und Festigung dieser Zustände. Es ist unüblich geworden, über diesen Konflikt zwischen Wahlpropaganda und Regierungspolitik nachzudenken oder gar zu reden. Im politischen Alltagsbewusstsein allerdings wird dieser Widerspruch unvermeidlich zum politischen Konflikt. Einer Aufbruchstimmung vor und kurz nach der Wahl folgt dann angesichts einer frustrierenden Regierungspolitik allmählich eine Glaubwürdigkeits- und Vertrauenskrise. Der SPD-Politiker Klaus Wowereit hatte 2001 die bewusste Herbeiführung einer derartigen Krise für die PDS in Berlin „Entzauberung“ genannt. Die Thüringer Linksinregierung hat dies noch vor sich.

Das Thüringer Wahlergebnis vom 14. September 2014 erbrachte den Beweis, dass die LINKE mit einem cleveren Führungspersonal, einem attraktiven Wahlprogramm, einem intelligenten Wahlkampf und einem sympathischen Spitzenkandidaten prozentual hinzu gewinnen kann (allerdings infolge der sinkenden Wahlbeteiligung absolut 11.000 Stimmen an die Nichtwähler verlor). Die LINKE hat mit 28,2 Prozent der gültigen Wählerstimmen ihr bestes Ergebnis bei Landtagswahlen in Thüringen erreicht und auch ansonsten (für sie stimmten 41 Prozent der Arbeitslosen, 27 Prozent der Arbeiter, 24 Prozent der Angestellten und 20 Prozent der Jungwähler) weitaus besser abgeschnitten als etwa in Sachsen (18,9 Prozent), wo sie ebenfalls seit 25 Jahren in der Opposition ist.

Nunmehr als führende Regierungspartei in Thüringen ist Die LINKE mit vielfältigen Grenzen des Regierens konfrontiert, die sie mit-

telfristig unglaublich machen wird. Regieren bringt es außerdem mit sich, dass die Interessen der Führungsgruppe der regierenden Partei sich vom Wähler weg hin zum herrschenden Politikbetrieb orientieren und sich mit denen der herrschenden Klasse verflechten. Man wird sehen, wie sich beides in Thüringen konkret entwickelt. Die Passivität von Bodo Ramelow und den drei weiteren Thüringer Regierungsmitgliedern im Bundesrat am 6. Februar 2015 bei der Behandlung des Entwurfs des „Tarifeinheitsgesetzes“ lässt Schlimmes befürchten.<sup>2</sup>

### Wahlprogramm, Koalitionsvertrag, Regierungspolitik

Nicht zu übersehen sind die koalitionspolitischen Grenzen politischen Handelns der LINKEN, wenn man sich denn die Mühe macht, ihr 56 Seiten umfassendes Wahlprogramm mit dem 106 Seiten umfassenden Koalitionsvertrag zu vergleichen. Vieles, was im Wahlprogramm versprochen wurde, taucht im Koalitionsvertrag nicht mehr auf. Vorhaben, die im Koalitionsvertrag stehen, sucht man im Wahlprogramm vergeblich.

Koalitionsverträge unterscheiden sich von anderen Verträgen dadurch, dass sie keineswegs politische „Willensübereinstimmung“ der beteiligten Parteien sind oder die „Schnittmengen“ der Wahlprogramme zusammenfügen. Sie sind durchaus eigenständige, auf das „Machbare“ ausgerichtete Dokumente von Regierungsvorhaben. Der Koalitionsvertrag in Thüringen dokumentiert (ein Vergleich mit dem Wahlprogramm macht das deutlich), wie die LINKEN „in Regierungsverantwortung“ sich „mäßigen“ und dabei bereit sind, Politik konträr zu den programmatischen Grundsätzen des Erfurter Programms vom November 2011 zu machen.

Wäre das Wahlprogramm der LINKEN Regierungspolitik, so stünde in Thüringen tatsächlich das Ende der neoliberalen Kapitaloffensive, ein

grundlegender Politikwechsel „hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, besserer und für alle zugänglicher Bildung, einer vielschichtigen und weltoffenen Kultur, zu mehr Demokratie durch Mitbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe“ bevor.<sup>3</sup> Jede Arbeit, so heißt es z. B. im Wahlprogramm weiter, muss den Prekarierten (derzeit etwa 35 Prozent der Erwerbstätigen im Freistaat), „so entlohnt werden, dass die Menschen davon selbstbestimmt leben können.“

Als Ziele der Politik der LINKEN werden im Wahlprogramm unter anderem genannt: „Verbot der Leiharbeit“, „Überwindung von Hartz IV“, „flächendeckender Thüringer Mindestlohn“, „umfassende Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie“, „Kostenfreiheit von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule“, „bedarfsgerechte Finanzausstattung“ der Kommunen, Abschaffung der Geheimdienste, Opposition gegen „jegliche Kriegseinsätze der Bundeswehr sowie gegen Rüstungsexporte“ und gegen „die EU-Rettungsschirme zur Bankenrettung“, Steuerpolitik, „welche Konzerne, Banken und große Vermögen ... angemessen beteiligt“, Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS) „jenseits von Staat und Markt“, Gestaltung einer menschenwürdigen Migrationspolitik.

Im Koalitionsvertrag ist davon wenig übrig geblieben. Vieles wurde abgeschwächt. Die Linke bekennt sich gemeinsam mit SPD und Bündnisgrünen zur Sozialpartnerschaft und zum Unternehmertum: „In der Stärkung von Mitbestimmung, Sozialpartnerschaft und verantwortlichem Unternehmertum sehen wir einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Thüringer Wirtschaft.“<sup>4</sup>

Die Kostenfreiheit von Kindertagesstätten wird von entsprechenden Finanzierungsmöglichkeiten abhängig gemacht. Steuererhöhungen für die Konzerne und Reichen: Fehlanzeige. Vom „Öffentlichen Beschäftigungssektor“ und von einem „flächendeckenden Thüringer Mindestlohn“ ist nicht mehr die Rede (ein solcher wurde z. B. als „vergaberechtlicher Mindestlohn“ Anfang 2014 von der SPD-geführten Landesregierung in Schleswig Holstein mit 9,18 Euro eingeführt). Hinsichtlich Hartz IV geht es nicht mehr um die Überwindung, sondern nur noch um höhere Leistungen. Leiharbeit wird nicht abgeschafft, sondern Beschäftigte in

2– Vgl. Bundesrat, Stenografischer Bericht, 930. Sitzung, Berlin, 6. Februar 2015, S. 26.

Von den Thüringer Mitgliedern wurden „keine Einwendungen“ erhoben.

3– Programm der Partei DIE LINKE. Thüringen zur Landtagswahl 2014, Beschluss des 4. Landesparteitages 2. Tagung, 22. März 2014 in Sömmerda, S. 4.

4– Thüringen gemeinsam voranbringen – demokratische, sozial, ökologisch, Koalitionsvertrag zwischen den Parteien DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die 6. Wahlperiode des Thüringer Landtags, Stand November 2014, S. 5.

Leiharbeit werden mit den Stammebelegschaften „weitestgehend gleichgestellt“. An die Stelle der „umfassenden ... Wirtschaftsdemokratie“ tritt das Versprechen im Koalitionsvertrag: „Tarifbindung [soll] ausgebaut und betriebliche Mitbestimmung [soll] gestärkt werden“. Statt Abschaffung der Geheimdienste heißt es nunmehr „Reform des Landesamtes für Verfassungsschutz“.

Im Thüringer Koalitionsvertrag stehen immer noch viele sinnvolle Vorhaben: „Armut bekämpfen“, „Gesundheitsversorgung“ qualitativ „stärken“, „Schulgeldfreiheit für die Ausbildung in der Pflege“ und mehr „Zuweisungen für Investitionen in Sportanlagen“ durchsetzen, „sozialen Wohnungsbau fördern“, den „kommunalen finanziellen Finanzausgleich“ erhöhen u. a. m. Das alles soll „angestrebt“ oder „geprüft“ werden. Das Wort „prüfen“ steht „in zahlreichen Konjunktionen“ im Text des Koalitionsvertrages 123mal. „An 55 Textstellen will sich die neue Regierung lediglich ‚einsetzen‘, ohne sich festzulegen. Letzteres ist bei Themen, die im Bundesrat eingebracht werden müssen, nicht anders möglich. Aber auch in der Landespolitik bleiben viele Ziele eher unbestimmt. Hinzu kommen noch einige Punkte, bei denen die Regierung bisherige Ansätze verbessern, weiterentwickeln oder ausbauen will, ohne eine konkrete Zusage über den Umfang der jeweiligen Maßnahme zu machen.“<sup>5</sup>

Auch die Projekte, die realisiert werden „sollen“, werden unter Finanzierungsvorbehalt gestellt. Bodo Ramelow erklärte in seiner Regierungserklärung: „Die neue Landesregierung hat sich dem Ziel einer nachhaltigen Haushalts- und Finanzpolitik verschrieben. Deshalb haben wir gemeinsam beschlossen, Haushalte ohne neue Kredite vorzulegen. Die Schuldenbremse des Grundgesetzes und die Regelungen der Landeshaushaltsordnung werden von uns eingehalten. ... Ausgabensteigerungen durch neue Prioritätssetzung sind durch Einsparungen oder durch Generierung von Mehreinnahmen auszugleichen.“<sup>6</sup>

Vor allem fünf Vorhaben zeichnen sich nach 100 Tagen für das Jahr 2015 ab.

- Es gibt eine Änderung der Politik gegenüber den Asylsuchenden, die viel öffentliche Zustimmung findet. Bis zum 31. März gilt ein Abschiebestopp für Flüchtlinge. Für den

Monat April wird von der Landesregierung ein Flüchtlingsgipfel vorbereitet.

- Demnächst soll das von der ehemaligen CDU/SPD-Landesregierung eingeführte Landeserziehungsgeld abgeschafft werden. Die freiwerdenden Mittel werden eingesetzt, um das versprochene gebührenfreie Kita-Jahr zu finanzieren.
- Die Landesregierung bringt einen „Gesetzentwurf zum Kommunalpaket 2015“ in den Landtag ein, das eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen vorsieht. Nach einer „Sofortinformation der Fraktionsvorsitzenden“ vom 25. Februar 2015 sollen die Thüringer Kommunen „insgesamt 232 Millionen Euro extra erhalten.“
- 180 Lehrerinnen und Lehrer wurden in Thüringen bereits neu eingestellt. Bis zum Jahresende sollen es insgesamt 500 werden (100 mehr als dies von der CDU-geführten Regierung vorgesehen war). Geplant sind der Aufbau einer Lehrerreserve für den Unterrichtsausfall und eine Neufassung des Bildungsfreistellungsgesetzes, das den Lehrerinnen und Lehrern für fünf Tage im Jahr Freistellung für Bildung zusichert.
- Von der Landesregierung werden ein „Mindestlohngipfel“ und ein Gesetz zur Einführung von gemeinnütziger Arbeit mit Mindestlohn vorbereitet.

„Regierungsbeteiligungen der LINKEN sind nur sinnvoll“, so heißt es im Erfurter Grundsatzprogramm (Abschnitt VI), „wenn sie eine Abkehr vom neoliberalen Politikmodell durchsetzen sowie einen sozial-ökologischen Richtungswechsel einleiten.“ Angesichts des Festhaltens der Landesregierung unter Bodo Ramelow an den Kürzungen im öffentlichen Dienst Thüringens und ihrem Bekenntnis zur Schuldenbremse sieht es danach aus, dass es

lediglich um einige (nicht unwichtige, aber doch sehr begrenzte) kosmetische Operationen am „neoliberalen Politikmodell“ gehen wird. Eine Abkehr vom Modell selbst ist nicht in Sicht.

## Delegitimierung der DDR

CDU-Regierungen haben es in 25 Jahren nicht geschafft, einem großen Teil der Bevölkerung eine abgewogene Sicht auf die DDR-Geschichte auszureden.<sup>7</sup> Nunmehr in „Regierungsverantwortung“, will Bodo Ramelow dies ändern und „neue Maßstäbe bei der Aufarbeitung setzen.“<sup>8</sup>

Im Wahlprogramm der LINKEN gibt es dafür keinerlei Ansatzpunkte. Bereits im 2. Sondierungsgespräch am 23. September 2014 aber hatte Bodo Ramelow (zusammen mit drei weiteren Politikern der LINKEN und den Vertretern von SPD und Bündnisgrünen) die DDR in Grund und Boden verdammt. Der DDR habe „die strukturelle demokratische Legitimation staatlichen Handelns“ gefehlt. Notwendig sei „die Aufarbeitung der SED-Diktatur in all ihren Facetten“. Die DDR sei „Diktatur“ und „Unrechtsstaat“ gewesen. Es gehe besonders um „eine konsequente und schonungslose Aufarbeitung der Alltagsdiktatur“.<sup>9</sup> In der Präambel des Koalitionsvertrages werden all diese Aussagen wiederholt. Katja Kipping, Bernd Riexinger, Gregor Gysi und die große Mehrheit des Parteivorstandes der LINKEN stellten sich hinter diese Positionen. Es gab Protest, aber lediglich von einer Minderheit. Sahra Wagenknecht widersprach. Sechs Mitglieder des Parteivorstandes (Ali Al-Dalami, Arne Brix, Judith Benda, Sabine Wils, Wolfgang Gehrcke, Johanna Scheringer-Wright) stimmten am 29. November 2014 gegen einen die DDR diskriminierenden Beschluss des Par-

5– N. Böhlke, Rot-Rot-Grün: Linke Politik unter Haushaltsvorbehalt, <http://marx21.de/rot-rot-gruen-linke-politik-unter-haushaltsvorbehalt>

6– Regierungserklärung von Ministerpräsident Bodo Ramelow, 13. Dezember 2014, S. 4. <http://www.jenapolis.de/2014/12/13/>, S. 4.

7– Nach einer Umfrage von Anfang Oktober 2014 von Emnid für das Nachrichtenmagazin „Focus“ hielten lediglich 30 Prozent der Befragten im Osten die DDR für einen Unrechtsstaat (in Westdeutschland 72 Prozent). (Auslassung) [http://www.huffingtonpost.de/2014/10/06/gysi-unrechtsstaat\\_n\\_5932.htm/712](http://www.huffingtonpost.de/2014/10/06/gysi-unrechtsstaat_n_5932.htm/712) Nach einer Umfrage von Mai und Juni 2014 in Thüringen zur Aussage „DDR war ein Unrechtsstaat“ sagten 45 Prozent der Befragten Nein und 52 Prozent Ja (bei Arbeitern: 57 Prozent Nein und 41 Prozent Ja). Vgl. Politische Kultur im Freistaat Thüringen, Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2014, Friedrich-Schiller-Universität Jena, September 2014, Tabelle A10.

8– Regierungserklärung, a. a. O., S. 3.

9– Vgl. E. Lieberam, Der Kriefall von Thüringen, eine Dokumentation, Bergkamen 2014, S. 12.



teivorstandes. Diese „Einschätzung unserer Geschichte“, so ihre Position, „wird von ungezählten Genossinnen und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten sowie Wählerinnen und Wählern nicht geteilt, sondern als demütigend empfunden. Zu Recht.“<sup>10</sup>

Bodo Ramelow hat deutlich gemacht, dass er keineswegs etwa widerwillig (um eine „politische Wende“ zu ermöglichen) mit seinem Kniefall vor dem Vokabular des Kalten Krieges eine „Kröte“ geschluckt hat. Als Ministerpräsident erklärte er die „Aufarbeitung der DDR“ zur Chefsache. Eine Staatssekretärin in der Erfurter Staatskanzlei ist dafür zuständig. Eine interministerielle Arbeitsgruppe wurde gebildet. Bodo Ramelow machte schon am 6. Januar einen förmlichen Antrittsbesuch bei Roland Jahn, dem Chef der Stasi-Unterlagenbehörde, in deren Erfurter Außenstelle. Am 31. Januar nahm er an einem Podiumsgespräch auf der „Geschichtsmesse“ in Suhl zum Thema „Gegenwart und Zukunft der Aufarbeitung der SED-Diktatur“ mit Rainer Eppelmann, Vorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, teil. In allen Grundfragen war man ein Herz und eine Seele. Geklärt werden sollen noch Fragen eines „Opfergedenktes“ in Thüringen und der Rückgabe des „SED-Vermögens“.

Bodo Ramelow will erneut einige Selbstmorde in der DDR nachprüfen und die Behandlung von „Heimkindern“ und die Verfahren bei „Zwangsadoptionen“ untersuchen lassen. Das Letztere hatten schon die zwei Enquetekommissionen des Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ (1992 bis 1994) und „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur“ (1995 bis 1998) in Erwägung gezogen. Weil da wenig an Unrecht zu finden war, hatten beide Kommissionen davon Abstand genommen.

Übrig bleiben wird auf jeden Fall eine anhaltende Kampagne im Rahmen „der politischen Bildung“, in der ahnungslosen Schulkindern, deren Eltern auch nicht mehr bewusst in der DDR gelebt haben, bei der Behandlung der „DDR-Geschichte im Unterricht“ und beim Besuch von „Gedenkstätten“ noch nachdrücklicher als bisher klar gemacht werden wird, dass die DDR (wie auch der nationalsozialistische Staat) „Diktatur“ und „Unrechtsstaat“ gewesen sei, wohingegen die Bundesrepublik Deutschland „Demokratie“ verkörpere. Angesichts dessen, dass 61 Prozent der Bundesbürger meinen, in dieser Demokratie hätten „die Wirtschaft und nicht die Wähler“ das Sagen,<sup>11</sup> wird das den Herrschenden sehr gefallen.

Damit geht ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal der LINKEN verloren: als Partei, die in ihrer Erinnerungspolitik die Delegitimierung der DDR als „Unrechtsstaat“ oder „totalitäre Diktatur“ ablehnt und deren Rechtmäßigkeit als Sozialismusversuch unter sehr schwierigen geschichtlichen Umständen verteidigt. Das war die Position im PDS-Programm vom Januar 1993. Das Erfurter Programm der LINKEN bekräftigte diese differenzierte Sicht auf die DDR. Der nunmehrige Kurswechsel der meisten Politiker der LINKEN dokumentiert ihre zunehmende Fügsamkeit gegenüber der herrschenden Klasse. Man will mit dabei sein beim Regieren und geht dabei bis zur demütigenden Selbstverleugnung. „Deren Verhalten (das führender Politiker der LINKEN – E. L.)“, sagte Peter Michael Diestel (CDU), letzter Innenminister der DDR, in einem Interview, „ist für mich eine große substantielle Enttäuschung. Ich hatte nie gedacht, dass sie so weit gehen und ihre eigene Herkunft, die sie ja eigentlich – ich sage das mal konstruktiv-kritisch – betrachtet haben, jetzt unkritisch über Bord werfen.“<sup>12</sup>

#### Anzeigen

Ekkehard Lieberam

### Der Kniefall von Thüringen Die LINKE und die Unrechtsstaat-Debatte



25 Jahre nach der Wende hat sich die Partei Die Linke den politisch-moralischen Kampf begriffen der Sieger im Kalten Krieg gegen den Realsozialismus unterworfen. Die vier Vertreter der LINKEN in den Sondierungsgesprächen über eine Regierungskoalition in Thüringen haben am 23. September 2014 sowohl der Kriminalisierung der DDR als „Unrechtsstaat“ als auch den Forderungen von Bündnisgrünen und SPD, nun mit dessen „Aufarbeitung“ so richtig loszulegen, zugestimmt.

72 Seiten, 5.- Euro, Staffelpreise bei Direktbestellung: ab 5 Expl. 4.50/ab 10 Expl. 4.- Euro  
pad-Verlag, Am Schlehdorn 6  
59192 Bergkamen, pad-verlag@gmx.net

10– Vgl. *junge Welt* vom 2. 12. 2014.

11– Vgl. *Sudie: Linksextreme Einstellungen sind weit verbreitet*, *Presse und Kommunikation*, Freie Universität Berlin, Nr. 44/2015, 24. 2. 2015, S. 1.

12– P. M. Diestel, *Die meisten Pappnasen waren gar nicht dabei*, *ND* vom 10. 2. 2015.

## Weitere Grenzen von „Regierungsgestaltung“

Mit Blick auf die machtpolitischen Illusionen der sozialdemokratischen Politiker in der Weimarer Republik soll Kurt Tucholsky angemerkt haben: „Sie dachten, sie seien an der Macht, dabei waren sie nur an der Regierung.“ Offensichtlich, so lehren die geschichtlichen Erfahrungen, gibt es neben den koalitionspolitischen Grenzen von linkem Regierungshandeln, wie sie am Thüringer Beispiel deutlich werden, weitere Faktoren, die in die gleiche Richtung wirken.

Regierungspolitik ist nun einmal keine Willensfrage. Sie wird durch koalitionspolitische „Kompromisse“, aber vor allem auch durch rechtliche und finanzpolitische sowie nicht zuletzt durch machtpolitische Grenzen der Staatspolitik im Kapitalismus bestimmt.

Sehr eng sind die Grenzen des Regierungshandelns rechtlicher und finanzpolitischer Art für die Landesregierungen. Die Verfügungsmöglichkeiten über die finanziellen Mittel des Landes sind bis zu 97 Prozent durch Bundesgesetze geregelt. Wenn die Regierenden, wie in Thüringen, die Regeln der neoliberalen Schuldenbremse nicht durchbrechen, sondern strikt einhalten wollen, unterwerfen sie sich diesem Diktat der leeren Kassen.

Aber auch das Argument, dann müsse man eben in der „Zentrale“, in Deutschland auf Bundesebene, „die Macht“ übernehmen, greift nicht. Unter den Bedingungen der in der Bundesrepublik derzeit gegebenen stabilen Klassenmachtverhältnisse zu Gunsten des Kapitals, die in der rechtlichen Ordnung wie auch in dem eng mit der „Wirtschaft“ verbundenen bürokratischen Regierungsapparat ihren Ausdruck finden, ist das ein hoffnungsloses Unternehmen. In Deutschland gibt es weder eine linke politische Mehrheit in der Gesellschaft noch eine solche Mehrheit im Parteiensystem. SPD und Bündnisgrüne sind systemtreue Parteien, die eine maßgebliche Rolle dabei gespielt haben, die Sozial- und Arbeitsrechtsgesetzgebung auf die neoliberale Kapitaloffensive auszurichten. Eine Beteiligung der LINKEN an einer „Rot-Rot-Grünen“ Bundesregierung 2017 wäre ohne die Zustimmung

zur Agenda 2010 und zum Einsatz der Bundeswehr in aller Welt nicht zu haben.

Regierungsbeteiligungen ohne veränderte Klassenmachtverhältnisse sind ein Weg, der die betreffende Partei in neuer Weise in den etablierten Politikbetrieb einordnet. Wohl kaum jemals zuvor hat es links von der Sozialdemokratie in Deutschland eine derartige Ignoranz gegenüber den machtpolitischen Zusammenhängen und den Gefahren der enormen Integrationskraft des parlamentarischen Regierungssystems gegeben wie heute seitens vieler Politiker der LINKEN.

„Die Vorstellung, dass (Mitte-)Linksregierungen notwendig oder auch nur im Regelfall progressive Politik nach sich ziehen, ist falsch.“<sup>13</sup> Linksregierungen konnten nur dann substantielle Verbesserungen der Lebensverhältnisse für die Lohnarbeiter, für die einfachen Bürgerinnen und Bürger durchsetzen, wenn vorher einflussreiche außerparlamentarische Bewegungen dies „auf der Straße“ erkämpft hatten, wie das in Deutschland in der Novemberrevolution, Anfang der zwanziger Jahre (im Reichstag, aber auch während der Thüringer Landesregierungen unter dem Leitendem Staatsminister August Frölich (SPD) von Oktober 1921 bis Februar 1924) oder unter den Linksregierungen Anfang der siebziger und achtziger Jahre in

Frankreich unter Francois Mitterand der Fall war. Es waren im Übrigen zumeist konservative Regierungen, die in der Alt-BRD in den ersten zwei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg soziale Verbesserungen zu Gunsten der abhängig Arbeitenden ohne größere Klassenkämpfe in Gang setzten – unter dem Druck der Systemauseinandersetzung mit dem Realsozialismus.

PDS und LINKE haben sich bereits, ohne den Regierungschef zu stellen, an mehreren Landesregierungen beteiligt: in Berlin, in Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg. Diese Erfahrungen sind wenig ermutigend. Mit diesen Regierungen wurde jeweils die Politik der entsprechenden Landesregierungen ein wenig besser (in Berlin nicht einmal das): In Mecklenburg-Vorpommern gab es dank der PDS eine gute Umweltpolitik. In Brandenburg konnte Die LINKE u. a. auf deutliche Fortschritte bei der Sportförderung verweisen. Aber durchweg wurde das Erscheinungsbild der Partei Die LINKE in diesen Ländern schlechter und unattraktiver. Die Wähler liefen ihr davon. Sie verlor ihre Glaubwürdigkeit als Partei der sozialen Gerechtigkeit und sie verlor die Fähigkeit, Protest gegen soziale und politische Verschlechterungen zu organisieren – keine guten Aussichten für die Linken in Thüringen.

13– R. Zelik, *Emanzipation und Reformpolitik, Elf Thesen zu Mitte-Links-Regierungen in Thüringen und anderswo*, ND vom 1. 6. 2014.

Anzeige

## 1915 bis 2015 100 Jahre GENOZID



1915 begann der Genozid in der Türkei, damals dem Osmanischen Reich. Deutschland war damals Verbündeter im Weltkrieg und half beim Völkermord. 1,5 Millionen Armenier wurden ermordet. Bis heute wird er von der Regierung in Ankara geleugnet. Wie spielte sich der Genozid ab, was tat die deutsche Regierung? Wie kann man mit dem heutigen Leugnen umgehen?

Reinhard Pohl: **Völkermord. Türkei, Deutschland und die Armenier.** 2015, 48 Seiten, 2 Euro

Online bestellen: [www.brd-dritte-welt.de](http://www.brd-dritte-welt.de)

# TTIP – Freihandelsabkommen zwischen EU und USA

## Projekt der transatlantischen Bourgeoisie zur Festigung ihres Weltherrschaftsanspruchs



*Diese Herren von der Verband der Automobilindustrie freuen sich schon auf TTIP*

Die „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“, besser bekannt unter der Abkürzung TTIP für Transatlantic Trade and Investment Partnership, wird viel diskutiert. Mit diesem Projekt, das zwischen der Europäischen Union und den USA verhandelt wird, sollen Zölle und Handelshemmnisse zwischen den USA und der EU abgebaut werden, bis Ende 2015 soll dieses Freihandelsabkommen fertig sein. Ansonsten herrscht jedoch vielfach Unklarheit, die nicht zuletzt daher kommt, dass der Verhandlungsprozess unter höchster Geheimhaltung abläuft. Worum handelt es sich eigentlich bei TTIP? Was ist das Neue daran? Welche Interessen drücken sich darin aus? Wo liegen die Gefahren und für wen? Was bedeutet es für die Lohnabhängigen, wie sind die bisherigen Stellungnahmen und Protestbekundungen einzuschätzen und in welcher Weise und wogegen

genau muss versucht werden, Widerstand zu entwickeln?

In diesem Artikel beschäftigen wir uns zunächst mit dem allgemeinen Interesse der Bourgeoisie am Freihandel. Dieses besteht in dem Verlangen nach dem Abbau bzw. der Verhinderung „tarifärer“ (Zölle) und „nichttarifärer Handelshemmnisse“. In dieser allgemeinen Bestimmung ist TTIP nichts Neues, es gibt solche Abkommen wie Sand am Meer, von denen einige in ihrer Bedeutung herausstechen. Da es sich aber bei TTIP um eine Verbindung der beiden mächtigsten Wirtschaftsblöcke der Erde, USA und EU, handelt, geht davon ein starker Sog zu einer globalpolitischen Hegemonie aus, die ihresgleichen sucht. Sie stößt aber auch auf Widerstände, teilweise schon in den Reihen der herrschenden Klasse. An den gewaltig scheinenden Möglichkeiten von größeren Investitions- und Produktionsräumen bis hin zu nichttarifären Kosteneinsparungen partizipieren

in der EU in erster Linie die Unternehmen und Konzerne der hochproduktiven Länder im ökonomischen Machtzentrum wie Deutschland, Österreich, Niederlande. Andere wie Frankreich und Italien, insbesondere aber Krisenökonomien wie Griechenland und Portugal, werden weiter zurückfallen. Wird TTIP sich als notwendige „Klammer“ einer globalpolitischen Dominanz von USA und EU erweisen? Oder wird es andererseits die EU zerlegen und zu ganz neuen Konstellationen führen? Wird TTIP überhaupt zustande kommen? Wenn ja, wie wird es letzten Endes aussehen? Beim gegenwärtigen Stand sind das noch offene Fragen.

### Freihandel als Prinzip

Bundeskanzlerin Merkel stellte in einer Regierungserklärung am 20. 3. 2014 fest: „Europa und die USA erwirtschaften gemeinsam fast die Hälfte

der weltweiten Wirtschaftsleistung. Fast ein Drittel des Welthandels wird über den Atlantik abgewickelt. Wir sind deshalb der tiefen Überzeugung, dass die Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU von den Mitgliedstaaten unterstützt werden müssen und dass wir hier zu einem solchen Abkommen kommen müssen. Meine Damen und Herren, ich kenne all die Vorbehalte. Aber ich glaube, wenn wir nur mit Blick darauf, was alles schwierig ist, an dieses Thema herangehen, dann werden wir Folgendes erleben: Die USA werden mit nahezu allen anderen Regionen dieser Welt Freihandelsabkommen abschließen, und auch wir werden mit sehr vielen Regionen dieser Welt Freihandelsabkommen abschließen. Aber ausgerechnet die beiden führenden Märkte, im Übrigen noch angesiedelt in erkennbar demokratischen Gesellschaften, wären nicht in der Lage, miteinander ein Freihandelsabkommen abzuschließen. Wenn das unsere Maßgabe sein sollte, dann sind wir auf dem Holzweg; das ist meine tiefe Überzeugung.“<sup>1</sup> Diese Vorgabe der Regierung umreißt knapp und treffend die globale Dimension des Vorhabens, auch die Furcht, diesen Trend zu verpassen, beides aus Sicht der Kapitalisten und ihrer Interessenvertreter.

Auch auf dem CDU-Parteitag am 9. 12. 2014 bekräftigte die Kanzlerin diese Linie. Mit dem Freihandelsabkommen würden zwei große Wirtschaftszonen der Welt zusammen gleiche und mit ihrem Gewicht eben auch weltweite Standards setzen. Politik und Wirtschaft in Deutschland könnten da nicht abseits stehen und Bedenken hin und her wälzen. Hier wird deutlich ein (Mit-)Führungsanspruch formuliert: Entweder wir machen mit oder wir laufen den Standards hinterher, die andere setzen. „Die Welt wartet nicht auf uns“, so Merkel.

Es geht darum, durch Freihandelsabkommen einen größeren Markt zu schaffen, z. B. durch Abbau von Zöllen und „nichttarifären Handelshemmnissen“. Der Berliner *Tagespiegel* (20. 12. 2014) geht noch weiter und nennt den „extrem schwankenden Wechselkurs zwischen Dollar und Euro“ als „größtes Hemmnis für den transatlantischen Handel“. Zu nichttarifären Handelshemmnissen gehören etwa Importquoten, vertragliche Exportbeschränkungen, technische Normen

und Standards, nationale Sozial-, Umwelt- und Datenschutzbestimmungen, Antidumpingmaßnahmen, national beschränkte Ausschreibungsvorschriften etc. Es handelt sich also um Maßnahmen, die Staaten erlassen, um die Wirtschaft auf ihrem Territorium zu regeln, zu fördern, vor überlegener Weltmarktkonkurrenz abzuschirmen, aber eben auch solche, die zum Schutz der arbeitenden Bevölkerung erlassen werden, sei es, um den „sozialen Frieden“ als Wettbewerbsvorteil zu wahren, sei es aus wirklicher Überzeugung, wenn es sich um Staaten mit sozialistischer Orientierung handeln sollte.

Es ist unschwer zu erkennen, dass dies alles in der Konsequenz der kapitalistischen Entwicklung liegt. Mit dem Aufkommen frühkapitalistischer Produktions- und Handelsstrukturen im 14./15. Jahrhundert in Europa bildeten sich wirtschaftliche Zentren in Norditalien und Flandern, die miteinander in Kontakt traten. Mit der Entdeckung des Seeweges nach Amerika entstanden interkontinentale Strukturen aus einem zentralen Bereich in Westeuropa von den Niederlanden bis Spanien, einem abhängig gehaltenen, getreideexportierenden Zwischenraum in Osteuropa und der unterworfenen Peripherie jenseits des Atlantiks. Der industrielle Kapitalismus des 18./19. Jahrhunderts trieb diese Tendenz immer weiter; es bildeten sich Nationalstaaten und Kolonialreiche, die fast den ganzen Globus unter sich aufteilten. Das Krisenzeitalter der Weltkriege und der Aufbau eines sozialistischen Lagers hemmten diese Entwicklung nur vordergründig und nur über sieben Jahrzehnte. Tatsächlich folgte sie im kapitalistischen Sektor der Weltwirtschaft weiterhin ihren eigenen Gesetzen. Die Geschichte der Europäischen Union (samt ihrer Vorläufer) ist in erster Linie eine des Freihandels und des Binnenmarktes in diesem Raum. Die Erfolge, die sie unzweifelhaft hervorbrachte, waren auch Ansporn für die Kapitalisten anderer Weltregionen, sich in übernationalen Strukturen zusammenzuschließen. Solche staatenbündischen Organisationen gibt es nahezu überall, in vielfältiger Weise und zu verschiedensten Zwe-

cken, wie NAFTA, Mercosur, Golfkooperationsrat, ASEAN, APEC, Eurasische Zollunion u. v. m.

Widerstände bauen sich jedoch immer wieder an der alten Erfahrung auf, dass die Schaffung immer größerer Märkte mit dem Abbau von Zöllen und „nichttarifären Handelshemmnissen“ Gewinner und Verlierer hervorbringt, was im Kapitalismus alles andere als erstaunlich ist. Das Niederreißen solcher Schranken führt dazu, dass die unterschiedliche Produktivität der nationalen bzw. regionalen Arbeiten unverhüllt zutage tritt. Als frühes historisches Beispiel dafür kann etwa die Vernichtung der einheimischen Textilproduktion in Indien nach der britischen Eroberung des Landes im 19. Jahrhundert gelten. Von daher ist die Kritik an Kontinent übergreifenden Projekten wie TTIP, seinem kanadisch-europäischen Gegenstück CETA (inzwischen nach Abschluss der Verhandlungen im September 2014 ratifiziert, aber noch nicht rechtswirksam von den Parlamenten beschlossen), dem geplanten Dienstleistungsabkommen TISA (Trade in Services Agreement, Nachfolger von GATS) und der von den USA angestrebten Freihandelszone TPP im Pazifikraum unvermeidlich und legitim.

## Freihandel zwischen EU und USA

Anfang 2013 kündigte US-Präsident Obama den Beginn von Gesprächen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) mit der Europäischen Union an. Diese sollten 2015 in einem Abkommen umgesetzt sein. Vor allem zwei schwerwiegende Gründe mögen hierfür ausschlaggebend sein: die globale Finanzkrise von 2007/8 und das Bedürfnis, in Zeiten außenpolitischer Turbulenzen die EU-Staaten wieder fester auf das Bündnis mit den USA zu verpflichten.

Aus Washingtoner Sicht hatte die Finanzkrise gezeigt, dass ein zentraler Baustein der über mehrere Jahrzehnte hinweg gültigen US-Wirtschaftspolitik problematisch geworden war: Bekanntlich hatte man in den USA (wie auch in vielen anderen

1– Angela Merkel, Regierungserklärung in der Bundestagssitzung vom 20.03.2014, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/18/18023.pdf>, S. 1758

kapitalistischen Ländern) lange Zeit vor allem den Dienstleistungssektor gefördert (welcher das Finanzwesen einschließt), so dass der Anteil der Industrieproduktion am Bruttoinlandsprodukt immer weiter zurückgegangen war. Um besser für die Zukunft gerüstet zu sein, wird seit einiger Zeit in den USA die Parole ausgegeben, dass wieder mehr in die heimische Industrie investiert werden müsse. Investitionen von internationalen (insbesondere europäischen) Konzernen werden da als hilfreich angesehen. Ausdrücklich nannte Obama in seiner damaligen Rede Siemens.

Dass die Industrie so sehr an Bedeutung verloren hatte, hatte auch mit einem äußeren Faktor zu tun: Es war billiger und bequemer gewesen, vieles an die „Werkbank China“ zu delegieren. Gerade weil aber die chinesische Wirtschaft in den letzten Jahren eine enorme Bedeutung für die US-Ökonomie gewonnen hatte, schien es sinnvoll, sich jetzt zum Ausgleich umso nachhaltiger um eine Freihandelszone mit den Europäern zu bemühen. Je mehr Gewinne die US-Wirtschaft durch Geschäfte mit Europa machen würde, je stärker abgesichert sie durch solche Geschäftsbeziehungen wäre, umso offensiver könnte sie dann auf den asiatischen Märkten antreten. Das scheint insbesondere auch deswegen nötig zu sein, weil die US-Führung sich immer mehr auf den Pazifik orientiert und in der Rivalität mit China gegenwärtig die Hauptgefahr für ihre globale Hegemonie sieht<sup>2</sup>.

Daraus ergibt sich die außenpolitische Bedeutung. In Washington würde man es gerne sehen, wenn die EU mehr internationale Aufgaben übernehmen würde, die die USA früher selbst wahrgenommen haben. Das gilt wirtschaftlich, politisch und

militärisch. Die eigene Bevölkerung ist nach Irak und Afghanistan kriegsmüde. Das Bündnis mit der EU als verlässlichem Verbündeten soll daher gestärkt werden und mit der transat-



lantischen wirtschaftlichen Integration ein weiteres Standbein erhalten. Die anfängliche Skepsis gegen dieses Vorhaben des „großen Bruders“ verflog recht schnell, auch diesseits des Atlantiks wurden die großen Vorteile eines neuen Marktes für die Kapitalverwertung begriffen, der immerhin rund 800 Millionen Konsumenten umfassen würde und in dem fast die Hälfte der globalen Produktion gefertigt und ca. ein Drittel des weltweiten Handels getätigt werden. Die Konsequenzen werden davon abhängen, wie weitgehend letztlich der Freihandel ausfallen wird. Würden nur ein paar weitere Zölle abgesenkt, müssten die Resultate zwangsläufig niedriger ausfallen, als wenn der Handel tatsächlich sehr weitgehend liberalisiert würde.

Dies betont auch die Informationsstelle Militarismus (IMI) in Tübingen aus ihrer speziellen Sicht<sup>3</sup> heraus: Es habe den „Anschein, dass wesentliche Teile des westlichen Machtblocks aus USA und EU in dem Abkommen ein Werkzeug sehen, um die geopolitische Weltkarte wesentlich zu ihren Gunsten

zu verschieben“, der militärischen Organisation der NATO werde mit TTIP ein ökonomisches Standbein hinzugefügt. IMI bezieht sich hierbei auf einen möglichen „europäischen Rüstungsschub und Vorfahrt für die Geopolitik“, muss jedoch selbst zugeben, dass dies im Bereich der Spekulation verbleibt, weil im TTIP „der Rüstungssektor explizit ausgeklammert“ sei. Solche nicht direkt angepeilten „Synergieeffekte“ sind freilich nicht auszuschließen.

### Fragwürdige Prognosen und harte Interessen

Im Juni 2013 erschien eine von der Bertelsmann-Stiftung in Auftrag gegebene Studie des ifo-Instituts mit der euphorischen Feststellung: „Die USA und alle EU-Mitgliedstaaten würden von einer umfassenden Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) in erheblichem Umfang profitieren.“ Dort würde das reale Bruttoinlandsprodukt je Einwohner deutlich steigen und neue Arbeitsplätze könnten geschaffen werden. Freilich seien Entwicklungsländer die Verlierer. Untersucht wurden die Folgen für 126 Staaten. Dabei gehen diese wie auch andere Expertisen von der Logik aus, dass ein größerer Freihandelsmarkt mehr Absatz, damit mehr Produktion und Sinken der Arbeitslosigkeit zum Ergebnis habe. Das wiederum bedeute im Regelfall weniger Konkurrenzdruck zwischen den Arbeitenden – also höhere Löhne. Letztlich würden das real um die zwei Millionen neue Arbeitsplätze sein, konkret in Deutschland zumindest etwa 44.000. Das ist etwa so viel, wie die mittelhessische Kleinstadt Hanau auf ihrem Territorium zu bieten hat. Das kann nicht die Begründung für TTIP sein.

Die Unternehmerverbände hierzulande begrüßen das Projekt eines Freihandelsabkommens, weil sie sich einen kräftigen Schub für den Handel und die Wirtschaft im allgemeinen versprechen. US- und EU-Wirtschaft sind bisher schon eng verzahnt. Die Zölle zwischen den beiden transatlantischen Wirtschaftsblöcken sind bereits jetzt quantitativ zu vernach-

2– Ausdruck dieser Rivalität sind einschlägige Verhandlungen im asiatisch-pazifischen Raum, insbesondere: Trans-Pacific-Partnership (TPP; USA und 11 Verhandlungspartner - ohne China), Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP; ASEAN-Länder plus China, Indien, Japan u. a. - ohne USA). Hierzu ist zu ergänzen: Ein TPP genanntes Freihandelsabkommen gibt es bereits seit 2006 zwischen vier Ursprungsländern: Brunei, Chile, Neuseeland und Singapur. Die USA und mehrere APEC-Staaten streben mit ihrem Beitritt eine Ausweitung und Neufassung des Vertrages an.

3– Geopolitischer Sprengstoff: Die militärisch-machtpolitischen Hintergründe des TTIP, Studie der Informationsstelle Militarismus vom 6.10.2014, S. 2 - <http://www.imi-online.de/2014/10/06/geopolitischer-sprengstoff-die-militaerisch-machtpolitischen-hintergruende-der-ttip>



lässigen. Als abzubauenen Kostenfaktoren bleiben die „nichttarifären Handelshemmnisse“, sie sollen durch gemeinsame Standards ersetzt werden. Konkret: Derzeit muss ein Auto Spiegel in den USA anderen Normen gerecht werden als in Europa. Wem der US-Markt wichtig genug ist, der baut also eine zusätzliche US-Version. Bei großen Konzernen ist das üblich – aber auch für die sind das doppelte Kosten, die in Zukunft wegfallen können. Besonders schwer traf es bisher Mittelständler, die aus Kostengründen verzichten mussten, Extraversionen für den US-Markt zu entwickeln, bei denen es nicht allein darum ging, einige Pläne, ein paar Schrauben zu verändern. So etwas erfordert ja auch eine variierte Produktionslinie, eventuell sogar eigenständige Maschinen. Es fallen außerdem gesonderte Prüfgelder und zusätzliche Lager für Einzelteile an. Fielen solche Unterschiede weg, müsste also der Absatz auf dem US-Markt wachsen.

Die Unternehmerverbände fordern daher politische Unterstützung seitens der Regierung und der Koalitionsparteien, „mehr Transparenz“, d. h. Veröffentlichung von Dokumenten und Studien, die ihren Standpunkt unterstreichen, und auf diese Weise eine „Einbeziehung der Bürger“. Doch die Kritik wächst auch. So warnt z. B. eine Studie der Tufts University (Massachusetts) vor erheblichen Job- und Einkommensverlusten und beziffert diese für die EU-Staaten auf 600.000

Stellen bzw. zwischen 165 bis 5.000 € pro Person und Jahr, je nach Land (FR vom 19. 11. 2014). TTIP sei ein Angriff auf soziale Standards, Arbeitsrechte, Umweltschutz, nachhaltige Landwirtschaft und Demokratie sowie auf den Lebensstandard der Mehrheit der Menschen, erklärte Attac in einer Stellungnahme zu dieser neuen Studie.

### Kritikpunkte in der Öffentlichkeit

Proteste aus den Reihen der globalisierungskritischen Bewegung drohende Verschlechterung von Arbeitsrechts-, Umwelt- und Datenschutznormen etc. sind nicht neu. Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit sind das (gescheiterte) MAI-Abkommen (eine Art Vorläufer des TTIP in den 1990er Jahren) und Richtlinien der EU zu Dienstleistungen (das seinerzeit berüchtigte „Herkunftslandprinzip“) oder zur Privatisierung von Einrichtungen zur Trinkwasseraufbereitung und -verteilung. Der Widerstand gegen solche Projekte war immerhin so groß, dass die Regierungen über politische Kosten nachdenken, Änderungen vornehmen oder die Vorhaben gar zurückziehen mussten, sei es auch nur, um später einen neuen Anlauf zu nehmen.

Im Wesentlichen sind es folgende Punkte, welche aktuell zu TTIP zur Verärgerung geführt haben: 1. Die Verhandlungen werden geheim ge-

führt, befürchtet wird also ein massiver Demokratieabbau. 2. Die Zahlen zu den ökonomischen Effekten seien unrealistisch positiv, wie oben bereits dargestellt. 3. Nach Verabschiedung, so wird befürchtet, wird es zu einem deutlich verschärften Raubbau an der Natur kommen. 4. Bestimmte US-Lebensmittel, die aus Sicht vieler EU-Verbraucher höchst problematisch sind, könnten dann ungehindert auf den hiesigen Markt eingeführt werden. 5. Den Konzernen würden zu viele Rechte eingeräumt; sollten US-Konzerne Einbußen erleiden, weil EU-Staaten bestimmte einschränkende Gesetze im Bereich Soziales, Gesundheit oder Umweltschutz verabschiedet hätten, könnten die nämlich in Zukunft solche parlamentarischen Entscheidungen auf dem Rechtsweg bzw. über die nichtstaatlichen Schiedsgerichte kippen.

### Schiedsgerichte

Häufig werden in diesem Zusammenhang zwei pauschale Bestimmungen angesprochen, die in TTIP vereinbart werden sollen: die Einrichtung internationaler, nichtstaatlicher Schiedsgerichte für Streitigkeiten zwischen „Investoren“ (Konzernen) und Staaten sowie die Unumkehrbarkeit der Verträge durch ein in alle „Ewigkeit“ geltendes Austrittsverbot. Hierzu ist dreierlei zu bemerken: Zum einen sind Investitionsschutz-



bestimmungen dieser Art in internationalen Verträgen nichts Neues, mittlerweile sind weltweit ca. 3500 registriert, und an 1300 davon sind Mitgliedstaaten der EU beteiligt. Zum Zweiten: Sofern hierbei nur abstrakt die Gefährdung bürgerlicher Demokratie und nationalstaatlicher Souveränität beklagt wird, trägt die Konzentration des Protestes auf diese Regelungen wenig zur Erhellung der hinter dem TTIP-Prozess stehenden Interessen bei. Schließlich: Verträge sind nur so lange „ewig und unumkehrbar“, wie die realen Voraussetzungen und Bedingungen noch bestehen, unter denen sie abgeschlossen wurden.

Aus eigenem Interesse haben Unternehmer hierzulande Verständnis für ihre amerikanischen Klassenkollegen. Unter der Überschrift „Wirksamer Schutzschild“ beschreibt ein Gastkommentator (Vorstand bei der B. Braun Melsungen AG und Präsident der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer in New York) im *Handelsblatt* vom 19. 11. 2014 Probleme des amerikanischen Rechtssystems aus europäischer Sicht. In diesem sei die Rolle von nicht fachkundigen Juristen – teilweise als Laienrichter – so groß, dass der Ausgang eines Prozesses häufig unberechenbar sei, zudem die Gerichtskosten hoch liegen und nicht erstattet werden etc., so dass der Staat solche Verfahren durch Verhandlungen unter seinem Vorsitz ersetze, was aber auch nicht billig sei. Als Konsequenz daraus seien für amerikanische Unternehmen nichtstaatliche Schiedsverfahren der übliche Weg geworden, Investitionsstreitigkeiten zu klären. Was im TTIP angedacht werde, sei aus dieser Perspektive im Kern eine notwendige Anpassung für europäische Konzerne, um auf amerikanischem Boden nicht über den Tisch gezogen zu werden. Aus dieser Argumentation ist wohl zu schließen, dass die US-Konzerne hier nicht zu kampflosem Nachgeben bereit sind und ihre europäischen Partner aus Wirtschaft und Politik ihnen die Stange halten werden.

Ohne diese Praxis beschönigen zu wollen, lässt sich also feststellen,

dass der zentrale Stellenwert, den die Implementierung nichtstaatlicher Schiedsgerichte in ein TTIP-Abkommen in der Kritik häufig einnimmt, relativiert und genauer bestimmt werden muss. Solche Gremien<sup>4</sup> arbeiten bisher schon nach Regelwerken, die von internationalen Organisationen aufgestellt werden: *ICSID (International Center for Settlement of Investment Disputes)*, angesiedelt bei der Weltbank), *UNCITRAL (United Nations Commission on International Trade Law)*, angesiedelt bei der UNO), *ICC (International Chamber of Commerce)* mit Sitz in Paris und Filialen in mehr als 90 Ländern). Deren Regelwerke wurden auch bisher schon durch internationale Verträge und jeweilige staatliche Gesetzgebung anerkannt. Auch dies ist zunächst Folge der kapitalistischen Globalisierung und zu deren Funktionieren notwendig. Letzten Endes sind es die kapitalistischen Staaten selbst, die im Interesse ihrer Bourgeoisie die Schiedsgerichtsbarkeit vereinbaren und anwenden. Im Investorenschutz wird der bürgerliche Rechtsstaat mit Wissen und Mitwirkung von Regierungen und Parlamenten ausgehebelt. Wenn ein Konzern – in welcher Form der Gerichtsbarkeit auch immer – die BRD verklagt und Recht bekommt, ist es die Bundesregierung, die das Urteil vollstreckt und von uns, den SteuerzahlerInnen, die Summe einzieht.

Die Vermutung der weitgehenden Ablehnung von Investitionsschutzbestimmungen und Schiedsgerichten in der Bevölkerung der EU wird von einer Umfrage gestützt, die die EU-Kommission selbst auf einer hierzu eingerichteten Internetseite durchführte (*FAZ* vom 13. 1. 2015). Demnach erhielt unter 149.399 Befragten, z. B. GewerkschafterInnen, Mitglieder von NGO's, JuristInnen, aber auch Unternehmern, eine Ablehnungsquote von 97 %. Davon sei der Hauptteil aus Großbritannien, (35 %), Österreich (23 %) und Deutschland (22 %) gekommen. Dennoch wolle die Kommission an Schiedsgerichten festhalten, so Handelskommissarin Cecilia Malmström. Sie will nun in

die Verhandlungen Schutzbestimmungen einbringen, die einigen der vorgebrachten Kritikpunkte Rechnung tragen sollen.

## Standards, Rechtssysteme, Lebensgewohnheiten

In vielen Bereichen des Arbeitsrechts, Umwelt-, Verbraucher-, Datenschutzes wird ein Freihandelsabkommen, je nachdem, wie es am Ende im einzelnen aussieht, derzeit bestehende Praktiken und Tendenzen verschärfen. Insoweit wendet sich die globalisierungskritische Bewegung gegen zusätzliche Wirkungen, nicht unbedingt Ursachen. Die Konkurrenz zwischen amerikanischen, japanischen und deutschen Automobilkonzernen, die bisher schon zu Lohnsenkungen und Rationalisierung führte, wird das weiterhin tun. Investitionsschutzklagen, auf normalem oder nichtstaatlichem Rechtsweg, gab es bisher schon (Beispiel: Klagen bzw. Drohungen der Energiekonzerne gegen den politisch begründeten Atomausstieg der Bundesregierung), sie werden weiter zunehmen. Besonders verunsichernd wirkt sich aus, dass völlig unterschiedliche Rechtssysteme und Lebensgewohnheiten diesseits und jenseits des Atlantiks über die angestrebte Vereinheitlichung und Vergleichbarkeit von Standards und Verfahrensweisen in enge Berührung miteinander kommen.

Welche Standards durch TTIP zwischen USA und EU geregelt werden sollen und wie diese Regelungen im einzelnen aussehen werden, ist kaum zu klären, weil es ja Gegenstände von Geheimverhandlungen sind. Einen gewissen Überblick verschafft z. B. Attac<sup>5</sup>. Auch bei dieser Lektüre muss man sich zunächst von der Panikmache befreien, die im Titel der Broschüre und in Passagen des Textes zum Ausdruck kommt. Der Staat behält seine Funktion, wie wir schon am Beispiel der Schiedsgerichtsbarkeit dargelegt haben, und er wendet sie nicht zu unserem Wohl an, weil er ein Klassenstaat im Kapitalismus ist. Aber er achtet darauf, seine Aufgaben in der Gewährleistung der Kapitalverwertung ebenso zu erfüllen wie in der Wahrung des „sozialen Friedens“, soweit er notwendig ist, und im internationalen Auftreten.

4– Solche Schiedsgerichte bestehen in der Regel aus drei Personen (meist international renommierten Anwälten), die jeweils von den streitenden Parteien sowie der vertraglich vereinbarten Kontrollstelle (also ICSID, UNCITRAL oder ICC) benannt werden.

5– Thomas Fritz, TTIP: Die Kapitulation vor den Konzernen - [http://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2014/04/TTIP-KapitulationKonzerne-PowerShift-Broschu%C3%BCre\\_ThomasFritz\\_2014.pdf](http://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2014/04/TTIP-KapitulationKonzerne-PowerShift-Broschu%C3%BCre_ThomasFritz_2014.pdf)

Wenn das TTIP-Abkommen am Ende unterzeichnet werden muss, werden die wichtigsten Funktionsträger wie Merkel und Hollande wissen, warum sie es tun, und sich die Legitimation in ihren Kreisen durch entsprechende Aushandlungen verschafft haben. „Konzerne schreiben Gesetze“, formuliert Attac. Dies trifft leider auch in unserem jetzigen Alltag zu. Lobbyismus ist ein altes Phänomen.

Nützliche und bedenkenswerte Informationen liefern solche Broschüren durchaus, wenn man sie unter dem Vorbehalt liest, dass es sich hierbei um Befürchtungen handelt, die wahr werden können, weil sie herrschenden Interessen ganz oder teilweise entsprechen. Attac rechnet damit, dass „Union Busting“, also „amerikanische“ Methoden, gewerkschaftliche Präsenz in den Betrieben zu bekämpfen, auch hierzulande eingeführt wird. Amerikanische und europäische Auffassungen und Gewohnheiten zu gewerkschaftlichen Organisationsformen unterscheiden sich fundamental. Gerade das ist aber auch eine Garantie dafür, dass das „amerikanische System“ nicht eins zu eins übernommen werden kann. Historisch gewachsene Klassenbeziehungen sind dermaßen komplex, dass sie nicht nach einem „Masterplan“ plötzlich umgekrempelt werden können (es sei denn, durch eine faschistische Diktatur). Dass Unternehmen hierzulande trotzdem an Union-Busting-Modellen basteln, dass sich kapitalhörige Anwaltskanzleien für solche Zwecke zur Verfügung stellen und damit ihr Geld verdienen, ist dennoch seit längerem Realität. Hiergegen wehren sich Gewerkschaften, Betriebsräte und Belegschaften juristisch und mit Organizing-Strategien. Diese punktuellen Erscheinungen sind aber etwas anderes als der Verdacht einer großflächigen Systemänderung im bisherigen Kapitalismusmodell in Deutschland und anderen EU-Staaten. Derart gravierende Änderungen in den Klassenbeziehungen hätten negativen Einfluss auf die Produktivität und würden von den Unternehmen selbst nur unter schwerwiegenden Bedingungen akzeptiert.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die öffentliche Daseinsvorsorge bzw. die Privatisierung des öffentlichen Dienstes. Hier behauptet die EU-Kommission, dass TTIP damit nichts zu tun

habe. Attac fragt in der Broschüre, warum dieser Bereich nicht ausdrücklich aus den TTIP-Verhandlungen ausgeklammert sei. Auch hier ist also nichts Genaueres bekannt. Es kann damit zu tun haben, dass der Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge zu den Gegenständen der TISA-Verhandlungen gehört. Risiken können auch durch TTIP-Bestimmungen zur Ausschreibungspflicht öffentlicher Dienstleistungen entstehen. Vor allem aber befürchten Attac wie auch andere Gruppen, dass Privatisierungen, einmal durchgesetzt, nach TTIP nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Dies schließt aber z. B. die Bundesregierung für die Rekommunalisierung von Dienstleistungen aus. Letzteres spielt auf einen Trend an, der gegenwärtig besonders im Bereich der Energieversorgung zu beobachten ist: Seit längerem werden ehemals privatisierte Stadtwerke von Kommunen wieder zurückgekauft, was zum einen der Einsicht von Verantwortlichen geschuldet ist, dass sie es eben doch billiger selbst machen können, als den Strom von renditeorientierten Unternehmen zu kaufen, andererseits aber den enttäuschten Gewinnerwartungen der Privatunternehmen. Auch für TTIP gilt: Die Realität wird zeigen, was aus all dem wird.

Weitere Schwerpunkte der Verhandlungen sind Verbraucherschutz/Ernährung, Energiegewinnung durch Fracking, Finanzdienstleistungen und Datenmissbrauch. Es ist grundsätzlich positiv, dass diese Dinge aufgearbeitet werden, um die Informationen breit zu streuen, sonst würde eben nichts passieren. Aber wichtig ist auch, darauf hinzuweisen, dass diese Entwicklungen, die mit TTIP, CETA, TISA usw. juristisch fixiert werden sollen, kapitalistischen Triebkräften entspringen, die mit der Abwehr solcher Abkommen nicht aufgehoben sind.

Inzwischen hat, offensichtlich unter dem Druck der öffentlichen Kritik, die EU-Kommission Dokumente zu den Verhandlungen ins Netz gestellt<sup>6</sup>. Es handelt sich hier bei den ausschließlich in englischer Sprache und zumeist in einem sehr technokratischen Fachjargon verfassten Texten jedoch keineswegs um bereits ausformulierte Vertragspas-

sagen oder gar um einen kompletten Entwurf, sondern lediglich um Formulierungsvorschläge der EU, Positionspapiere, Anhörungsberichte und juristische Erörterungen. Sie enthalten nicht die Forderungen der USA. Im Grunde handelt es sich um eine Textsammlung unter dem Motto: „Was die EU gerne durchsetzen würde.“ Dagegen fehlen Hinweise darauf, an welchen Punkten Zugeständnisse gemacht oder Verhandlungserfolge erzielt wurden. Auch bisher unge löste Fragen bleiben ungenannt. Als Information zu einzelnen Verhandlungsgegenständen sind sie völlig ungeeignet (s. a. „Ein bisschen Transparenz“, FR vom 9. 1. 2015).

### Widerstand gegen TTIP

Wird TTIP überhaupt zustande kommen? Ob Blütenträume des Kapitals reifen, hängt ja von den Umständen ab. Dass es zu Streitigkeiten zwischen Kapitalfraktionen und Staaten kommt, wurde schon angedeutet. Es formiert sich aber auch von unten Widerstand. Charakteristisch ist hier erneut, dass sich in einem der voraussichtlichen „Gewinner“ – wenn man die staatliche Ebene nimmt –, Deutschland, am wenigsten tut. Hierzulande ist der gewerkschaftliche Protest noch schwach und vereinzelt, er macht sich nicht in betrieblichen Aktionen und großen Demonstrationen geltend. Die Organisationen aus dem Spektrum der „Nichtregierungsorganisationen“ wie Attac, Greenpeace, Umweltverbände, Blockupy etc. formulieren ihre jeweilige Kritik an TTIP (wie auch CETA, NAFTA etc.). Sie beziehen sich zumeist direkt auf zu erwartende Verschlechterungen in ihrem unmittelbaren Betätigungsfeld. Das ist legitim und begründet, jedoch nicht ausreichend. In der Regel gehen sie nicht von der grundsätzlichen Kritik an den Klasseninteressen der Bourgeoisie, am Kapitalismus aus. Daher ist ihre Kritik auch häufig ein Feld, in dem Spekulationen und Verschwörungstheorien Anklang finden, die aufgrund mangelnder Bekanntheit der Einzelheiten noch nicht konkret begründet sein können.

6– Now online - EU negotiating texts in TTIP - <http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1230>.

„An vielen Punkten“, so IMI in der oben zitierten Studie (siehe Fußnote 3), „bleiben die Analysen des Elitendiskurses um das TTIP unscharf, und es bleibt abzuwarten, welche Strategien durch das Abkommen tatsächlich an Relevanz gewinnen.“ Damit laufen aber auch Gegenstrategien derzeit noch ins Leere, solange es an konkreten und vermittelbaren Anlässen fehlt.

Mehr tut sich in anderen EU-Ländern und auf europäischer Ebene in Form einer Europäischen Bürgerinitiative, die als Bündnis von 250 Gruppen und Verbänden unter dem Namen „Omnibus“ auftritt, jedoch von der EU-Kommission nicht als Verhandlungs- und Gesprächspartner akzeptiert wird. Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) ist ein Rechtsbegriff des EU-Rechts. Durch dieses Instrument sei es möglich, sich an der europäischen Gesetzgebung durch „Vorschläge“ zu beteiligen. Hierfür sind bestimmte Verfahrensweisen und Kriterien (z. B. die förmliche Gründung einer EBI mit mindestens einer Million Unterschriften) vorgeschrieben, bis es zu einer Registrierung bei der Kommission und einer

Anhörung im EU-Parlament reicht. Die EBI „Omnibus“ schaffte zwar die eine Million Unterschriften in knapp zwei Monaten, fand jedoch keine Gnade vor den Augen der EU-Kommission; deren formale Begründung der Registrierungsverweigerung lautet: „Ihre geplante Bürgerinitiative liegt offenkundig außerhalb des Rahmens, in dem die Kommission befugt ist, einen Vorschlag für einen Rechtsakt der Union vorzulegen, um die Verträge umzusetzen.“ So kann es kommen, wenn über die Zulässigkeit einer Initiative der Adressat (die EU-Kommission) selbst zu befinden hat. Das Bündnis arbeitet weiter mit der Herausgabe von Informationsmaterial, mit Aktionen wie Demonstrationen von Landwirten, Arbeitern, Erwerbslosen, Künstlern in Brüssel etc.

**Weitere Stärkung des Kapitals**

Im Endeffekt wird TTIP eine weitere Stärkung des Kapitals bringen, auf internationaler Ebene wie auch im nationalen Rahmen, so weit, so klar. Man stelle sich vor, TTIP kommt

nicht zustande. Es liegt auf der Hand, dass damit nicht alles wieder „gut“ ist, sondern nur weitere Verschlechterungen abgewehrt sind, vielleicht eine Etappe gewonnen wäre. Ebenso muss man sehen, dass andererseits, wenn TTIP (mit voraussichtlich vielen Kompromissen) eben doch kommt, nicht alles verloren wäre, „was wir in den letzten Jahrzehnten erreicht haben“ (wie manchmal zu hören ist), sondern der Kampf weiter geht. Sollte dies hier Gesagte den Eindruck erwecken, dass wir TTIP verharmlosen, so halten wir dem entgegen, dass es grundsätzlich darum geht, Kapitalismus zu bekämpfen und perspektivisch abzuschaffen, auch in seinen konkreten Entwicklungsformen und Auswüchsen. Protest und Widerstand gegen TTIP, seine Ursachen und Folgen sind notwendig, aber sie dürfen nicht verbunden werden mit nationalstaatlichen Illusionen. Man kann möglicherweise ein Abkommen wie TTIP zum Kippen (siehe MAI) bringen, aber die zugrundeliegenden ökonomischen und sozialen Tendenzen damit allein nicht aufheben.

14.2.2015

Anzeige

**ABONNIEREN SIE JETZT!**



**C O U P O N**

Ich/wir abonnieren für ..... € jährlich.  
 (Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

Ich/wir spende/n zur Stärkung von SWB an den SWB-Solifonds ..... €

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen.

Bank \_\_\_\_\_

IBAN \_\_\_\_\_

BIC \_\_\_\_\_

Name/Vorname \_\_\_\_\_

Straße/Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_ Alter \_\_\_\_\_

Bitte zurücksenden an:  
 Coordination gegen BAYER-Gefahren,  
 Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,  
 Fax 02 11 - 33 39 40, e-mail: CBGnetwork@aol.com



# TTIP – die globalen Zusammenhänge

## Sicherung der Vormachtstellung des Westens und industrielle Vormachtstellung außerhalb der kapitalistischen Zentren



Nach der Auflösung der Sowjetunion und damit des sozialistischen Lagers ist die verbliebene Weltmacht USA zwar militärisch führend geblieben, doch die Ergebnisse ihres militärischen Eingreifens haben nicht nur in Afghanistan, sondern auch im Irak, in Libyen und wie es sich andeutet dann auch in Syrien zerfallene Staaten zurückgelassen, in denen die Menschen, gegeneinander gestellt, keine Entwicklungsperspektiven sehen und zur Quelle staatsübergreifender Unruheherde werden. Die ökonomische Ausbeutung, die politische Ausnutzung religiöser Spaltung und die Instrumentalisierung religiöser Gruppen in diesen Ländern sind zum Bumerang gegen die USA und ihre Verbündeten geworden.

Nicht nur auf politischer, auch auf ökonomischer Ebene wachsen Probleme heran. Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 ff hat gezeigt, dass die kapitalistischen Zentren Wirtschaftswachstum brauchen. Nicht nur für die Warenausfuhr brauchen sie den Weltmarkt. Die Kapitalisten der industriell hochentwickelten Staaten sind gezwungen, ihren riesigen Kapitalüberschuss im Ausland gewinnträchtig anzulegen. Indem in den Industriezentren Maschinen und Kommunikationstechnologie weiter zusammenwachsen, entstehen Pro-

duktionskapazitäten, die die Absatzprobleme erhöhen.

Während die deutsche Wirtschaft seit der Krise 2008 ff in der EU dominiert, werden die südlichen Staaten der EU zu Industriebrachen und damit zu sozialen Problemregionen. Da der EU-Binnenmarkt kaum noch wachsen kann, wird weiterhin Produktion zu den großen Absatzmärkten verlagert, wo zudem die Produktionskosten geringer sind. Der chinesische Markt ist deshalb für die Weltwirtschaft, die sich von der Krise 2008 ff noch immer nicht wirklich erholt hat, wichtiger denn je. Zwar ist die pro Kopf-Produktion der USA viermal so groß wie die Chinas, doch nach Berechnungen des IWF beträgt der chinesische Anteil an der Weltwirtschaft inzwischen 16,5 % gegenüber einem US-Anteil von 16,3 %. Und die Kaufkraft der chinesischen Bevölkerung liegt laut IWF über der der US-amerikanischen. Wenn man vergleicht, was ein US-Amerikaner und ein Chinese für eine Tasse Tee oder Kaffee ausgeben müssen<sup>1</sup>.

Der Anteil der Schwellen- und Entwicklungsländer am Welthandel ist auf rund 50 Prozent gestiegen. Über die Schwellenländer hinaus findet weltweit in einer wachsenden Zahl von Entwicklungsländern ein Wirtschaftswachstum statt, das einen Prozess der Industrialisierung über

Sonderwirtschaftszonen einschließt – relativ viele auch in Afrika. Die selbstversorgende Wirtschaftsweise wird in diesen Regionen nach und nach abgelöst. Außerhalb der kapitalistischen Zentren wachsen also Kräfte heran, denen sich die kapitalistischen Zentren nur noch gemeinsam entgegenstellen können.

Was Unternehmerkreise schon seit vielen Jahren im Auge und beraten haben, eine gemeinsame transatlantische Handelszone, wird unter dem Eindruck und der Entwicklung nach der Wirtschafts- und Finanzkrise nun von den Regierungen vorangetrieben.

### Ziele der transatlantischen Bourgeoisien mit TTIP

Unter den veränderten internationalen Verhältnissen wollen sich die USA und EU gemeinsam neu formieren. Mit der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft TTIP wollen sie nicht nur über den Abbau nichttariffähiger Handelshemmnisse eine Intensivierung des Handels zwischen den USA und der EU erreichen. Ist Freihandel auch ein Motor für rasante Weiterentwicklung und Konzentration der Produktivkräfte und wird in TTIP auch ein Freifahrtschein für die Ausbeutung von Mensch und Natur befürchtet, so hat

eine Freihandelszone durch ihre Begrenzung weitere Ziele: Mit TTIP soll der mächtigste ökonomische Block auf der Erde entstehen.

Deshalb ist dieses Abkommen nicht einfach ein Abschotten gegen die Schwellen- und Entwicklungsländer, wie es auch von bürgerlichen Journalisten kritisiert wird. Stehen auch die Unternehmen der USA und der EU zueinander in Konkurrenz, die Bourgeoisien dieser Wirtschaftsmächte positionieren sich mit TTIP gemeinsam gegen die großen, wirtschaftlich aufstrebenden Länder, die ihre eigene Industrialisierung voranbringen wollen. Die Wirtschaftsmacht von TTIP soll sie dazu bringen, die von ihr vorgegebenen Handelsregeln anzuerkennen – vor allem China. Die Bundesregierung antwortete auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke: *„Die normsetzende Kraft des Abkommens kann zum Hebel einer politischen Gestaltung der wirtschaftlichen Globalisierung werden.“* Und das mit dem generellen Ziel, die Staaten, die im Aufbau ihrer Industrie sind, auf Abstand zu halten.

Gemeinsam wollen die kapitalistischen Zentren ihren technologischen Vorsprung als Herrschaftsmittel sichern und vergrößern. Dazu soll ihnen TTIP dienen. Alles wird dem Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt unterworfen, also nicht nur die Wirtschaft. Auch die Dienstleistungen am Menschen, Vorsorge, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sollen darauf ausgerichtet werden, dass der höchstmögliche Profit erzielt wird.

Wie das Transpazifische Freihandelsabkommen TPP zeigt, wird bei solch einem Abkommen tief eingegriffen in bisher national bestimmte Bereiche wie Dienstleistungen, Investitionsschutz, Niederlassungsrecht, Gesundheits- und Pflanzenschutz, technische Handelsbarrieren, öffentliche Beschaffung, Schutz des technischen Know-hows (*„geistigen Eigentums“*), Arbeits- und Umweltstandards.

Entsprechend fordert der Bundesverband der Deutschen Industrie, *„in Bezug auf den Schutz von geistigem Eigentum, den Zugang zu Rohstoffen und Energie, Wettbewerbs- und Handelserleichterungen Regeln zu erarbeiten“*. Es ist bemerkenswert, dass die USA schon bei den bisherigen Mitgliedern von TPP Wert auf gleichen Wettbe-

werb mit Staatsbetrieben legen, obwohl sie bisher diesem Freihandelsabkommen noch gar nicht angehören.

Im Ausbau transatlantischer Energiekooperation zeigt sich der EU ein Weg zur Verringerung der Abhängigkeit von Energielieferungen aus Russland. Mit TTIP als Rechtsrahmen und als wirtschaftliche Einheit kann auch eine strategische Einigkeit gefördert werden: TTIP als wirtschaftliche Grundlage der NATO, die die Politik der Gewinnmaximierung *„mit anderen Mitteln fortsetzt“*, mit Hilfe ihrer überlegenen Waffensysteme. Die ökonomische Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten wird bereits in der Satzung der NATO angesprochen.

### Die weltpolitischen Adressaten

Können die transatlantischen Industriezentren auch weltweit vielen Staaten ihre Bedingungen aufdrücken, so doch nicht den Ländern mit starkem staatlichen Einfluss auf die Wirtschaft und ihre Entwicklung – wie besonders China und Russland. Betonte Obama auch öffentlich, Amerika habe darauf hingewirkt, China überhaupt erst in die Weltwirtschaft zu integrieren – die Politik der USA ist darauf ausgerichtet, China und Russland, die sich ihrer aggressiven Politik der Förderung ihrer wachsenden Unternehmerrgewinne nicht unterwerfen, zu *„zähmen“*. In diese Richtung zielen ihre weltweiten militärischen Stützpunkte sowie aktuell ihre verstärkten Aktivitäten im pazifischen Raum gegen China und die direkte Einflussnahme auf ehemalige Sowjetrepubliken. Ein Beispiel ist ihre aktuelle konfrontative Politik in der Ukraine.

Russland, das eine Modernisierung seiner Wirtschaft benötigt, ist besonders für europäische Unternehmer ein Markt, den sie zum so notwendigen Wachstum ihrer Profite brauchen. Allerdings sind sie von diesen Geschäften nicht so abhängig wie vom chinesischen Markt. Aufgrund seiner nuklearen Zweitschlagskraft lässt sich Russland jedoch nicht einfach durch den Westen gängeln.

Chinas Marktgröße ist von solcher Bedeutung, dass die Weltwirtschaft nicht mehr auf den Handel mit und die Produktion in China verzichten kann; denn hier findet inzwischen

das entscheidende Wachstum ihrer Gewinne statt – trotz der chinesischen Anteile an den Unternehmen (Joint Ventures). Allerdings müssen sie sich inzwischen den Bedingungen Chinas beugen. Die Chinesen können den Konkurrenzkampf der kapitalistischen Unternehmen für ihre technologische Entwicklung nutzen und durchsetzen, nicht nur eine billige Werkbank zu sein. Sie fordern z. B., dass ausländische Unternehmen im Lande in die Forschung investieren müssen, wenn sie in China expandieren wollen. Wenn Chinas Wirtschaftswachstum nicht mehr zweistellig ist, so weil die Wirtschaft von Quantität auf Qualität umgestellt wird: Statt Verschwendung soll der Wirkungsgrad erhöht werden. Das wirkt sich dann auch auf den Export aus.

Die Schwellen- und Entwicklungsländer bilden keine Einheit. Wie sie von den Unternehmen der kapitalistischen Zentren gegeneinander auskonkurriert werden können, zeigt sich z. B. in der Textilindustrie. In Kambodscha haben sich die Textilarbeiterinnen in einem langen opferreichen Kampf einen staatlich garantierten Mindestlohn erkämpft. Nun schießen in Myanmar (Birma) Textilfabriken aus dem Boden. Und der Lohn der Arbeiterinnen liegt noch unter dem in Bangladesch und Sri Lanka. Essentiell sind sie für industriell hochentwickelte Staaten als Rohstoffquellen, Absatzmärkte und (verlängerte) Werkbank für Billigproduktion, wie es auch aktuell in den Forderungen der deutschen Industriellen zum Ausdruck kommt.

Ein transatlantischer Wirtschaftsblock wird die aufstrebenden Länder verstärkt unter Druck setzen, ihre Rohstoffe zu verschern und noch preisgünstiger zu produzieren – auch über eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für Arbeiter. Wenn mit TTIP die Zölle für den Handel zwischen den USA und der EU gesenkt und z. B. Prüfverfahren, nationale Produktnormen und Standards angeglichen werden, sinkt die Konkurrenzfähigkeit von Drittstaaten, weil ihre Waren im Verhältnis teurer werden. Schon jetzt richten sich die Klagen vor Schiedsgerichten überwiegend gegen Schwellen- und Entwicklungsländer.

Über diesen Weg, der schon bei TPP vorgezeichnet ist, soll nun mit

bilateralen und interregionalen Abkommen versucht werden, jegliche Handels- und Wirtschaftsregulierung durch die Regierungen der Vertragspartner auszuschalten. Mit ihrem technologischen Entwicklungsvorsprung erhoffen die kapitalistischen Zentren dafür genügend Druck ausüben zu können. Der transatlantische Block will also mit TTIP grenzenlose Rechte in Produktion, Handel und Dienstleistungen global durchsetzen, um so der eigenen Wirtschaft die im Kapitalismus notwendige wachsende Gewinnmaximierung weiterhin zu ermöglichen.

Die Perspektive dieser Entwicklung heißt Verschärfung der weltweiten politischen und sozialen Konflikte, die sich so schon in den Folgen des Klimawandels, der Flüchtlings- und Hungerprobleme in Ländern des Südens zeigen.

### Das Projekt TTIP in den globalen Widersprüchen

Die Zielsetzung der industriell hochentwickelten Staaten ist erheblichen Widersprüchen ausgesetzt. Während in den Industriezentren der Einfluss des Staates auf die Wirtschaft zurückgeschraubt und den Kapitalisten durch Privatisierungen Möglichkeiten zu Kapitalanlagen gegeben wird, können sich in Schwellen- und Entwicklungsländern Industrien nur mit anfänglichem Schutz durch den Staat entwickeln (selbst in England begann die Entwicklung der Industrie Ende des achtzehnten Jahrhunderts unter Zollschutz). Neben China und Russland sind es auch andere Schwellen- und Entwicklungsländer – wie auch in Südamerika – in denen der Staat und seine Regierung bei der Industrialisierung eine große Rolle spielen.

Da die Entwicklungs- und Schwellenländer mit China an der Spitze die Stimmenmehrheit in der Welthandelsorganisation WTO haben, kann diese nicht mehr ohne weiteres von den USA und der EU zur Durchsetzung ihrer ökonomischen Ziele genutzt werden – was ihnen jahrzehntelang möglich war. Mit der Weigerung, ihre Agrarmärkte zu öffnen, trugen Indien und China erheblich zum Scheitern der Doha-Welthandelsrunde bei.

Auch die wirtschaftlich aufstrebenden Staaten sehen sich in einem Widerspruch. Ist für sie – auch in Erwartung von Investitionen – die Perspektive attraktiv, einen garantierten Marktzugang zu den großen Volkswirtschaften USA und EU zu erhalten, so können Länder wie z. B. Russland, China, Vietnam, Indien, Indonesien, Kambodscha, Laos, Myanmar die totale Öffnung ihres Binnenmarktes nicht hinnehmen. Eine umfassende Deregulierung des Waren-, Dienstleistungs- und Investitionsverkehrs würde sie ihrer selbstbestimmten Wirtschaftsentwicklung berauben.

Arbeitsbedingungen, wie sie in Bangladesch und anderen Billigstandorten herrschen, können in China und auch in Russland nicht so einfach dauerhaft durchgesetzt werden. Und das ist keine Perspektive für die transatlantischen herrschenden Klassen. Der Abhängigkeit besonders europäischer Unternehmen vom chinesischen Markt steht also das Gesamtinteresse der transatlantischen Bourgeoisien – formuliert von der US-Bourgeoisie – gegenüber, China ihre Wirtschaftsnormen aufzuzwingen, wie z. B. gleiche Konkurrenzbedingungen, Offenlegung staatlicher Unterstützung für Staatsunternehmen, Regelungen durch Schiedsgerichte durchsetzen.

Die Versuche der USA, China zu isolieren, beantworten die Chinesen strategisch mit ihrer Außenwirtschaftspolitik: Ist China auch nicht konfliktfrei mit seinen Nachbarn Indien und Vietnam, die USA konnten nur geringe Vorteile daraus ziehen. Auf ihrem 6. Gipfeltreffen im Juli 2014 haben Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika beschlossen, eine eigene Entwicklungsbank und einen Reservefonds zu gründen, um die Entwicklungsländer in ihrem selbständigen ökonomischen Weg zu unterstützen. Damit hat die Kooperation dieser BRICS-Staaten ein höheres

Niveau erreicht und ein Zeichen für selbstbestimmte Entwicklung gesetzt.

Auf der Konferenz der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (Apec) im November 2014 in Peking konnte China mit einem Fahrplan für die Freihandelszone RCEP, der 16 Staaten<sup>2</sup> angehören, punkten. Insbesondere die bevölkerungsreichen Staaten Indien und Indonesien, die die weitreichenden Liberalisierungsforderungen der TPP nicht erfüllen können, stehen dahinter. Das RCEP-Abkommen sieht vor, die besonderen wirtschaftlichen Gegebenheiten der beteiligten Länder zu berücksichtigen. Über Ziele und Verpflichtungen wird nur im Konsens entschieden. 2015 sollen die Vereinbarungen abgeschlossen werden.

Ebenfalls im November unterzeichnete China mit 21 Staaten die Absichtserklärung, eine Asiatische Infrastruktur-Investment-Bank (AIIB) zu gründen<sup>3</sup>. China stellt 50 Milliarden US Dollar für den Bau von Häfen, Eisenbahnen oder Straßen zur Verfügung, und setzt damit ein weiteres Zeichen für eigenständige Entwicklung. Außerdem soll ein 32-Milliarden-Euro-Fonds den Bau einer neuen „Seidenstraße“ in Zentralasien beschleunigen. Diese Vorhaben werden zweifellos eine stärkere Verknüpfung der Märkte und Wirtschaftswachstum der Region zur Folge haben, eine Politik, mit der China in Afrika angefangen hatte.

Einer möglichen Blockierung von Energielieferungen auf dem Seewege beugt China durch Gaslieferverträge mit Russland vor, das diese Wirtschaftsverbinding wegen der Sanktionen des „Westens“ dringend braucht.

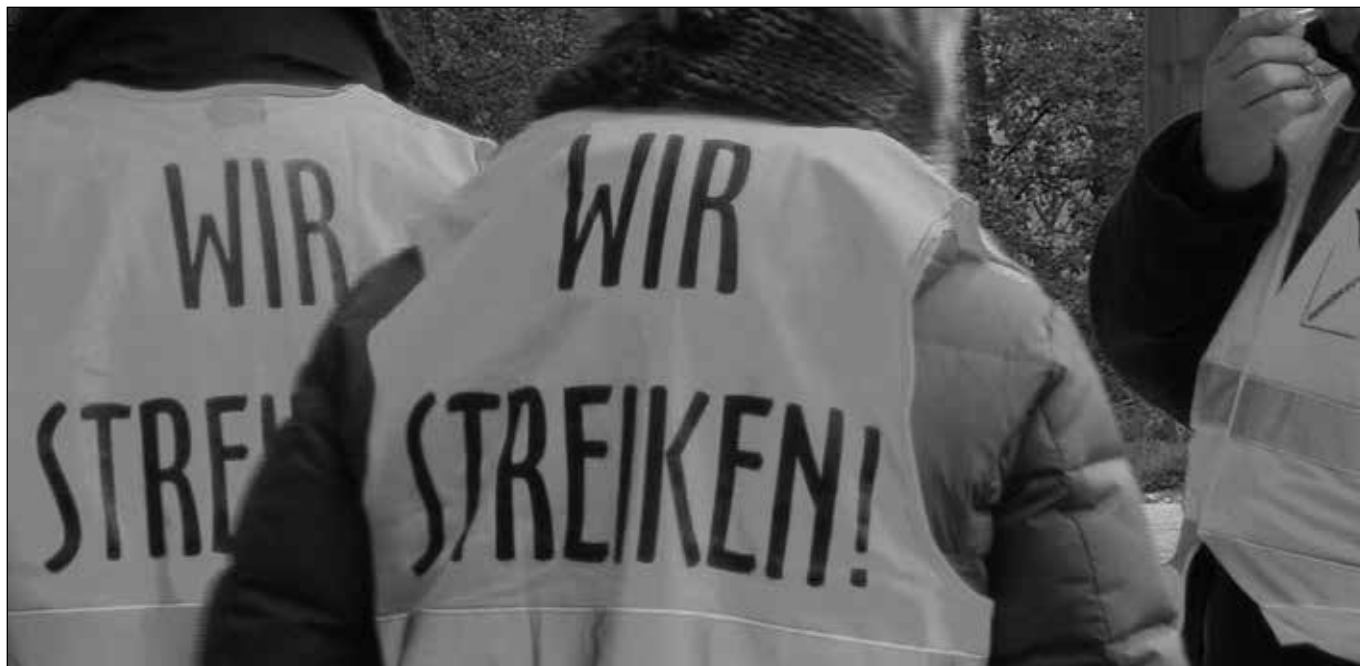
Obama warb auf dieser Apec-Konferenz vergeblich für die Transpazifische Partnerschaft TPP – mit dem Ziel, China davon auszuschließen. TTIP steht also wie TPP für die Blockbildung der kapitalistischen Zentren.

17.2.15

2– Die Mitgliedstaaten der Regional Comprehensive Economic Partnership RCEP umfassen den Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) mit Brunei, Myanmar, Kambodscha, Indonesien, Laos, Malaysia, die Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam sowie die sechs Staaten, mit denen ASEAN das Freihandelsabkommen vereinbarte: Australien, China, Indien, Japan, Südkorea und Neuseeland.

3– Die 21 Gründungsstaaten sind: Bangladesch, Brunei, China, Indien, Kambodscha, Kasachstan, Katar, Kuwait, Laos, Malaysia, Mongolei, Myanmar, Nepal, Oman, Pakistan, Philippinen, Singapur, Sri Lanka, Thailand, Usbekistan und Vietnam. Laut Medienberichten in den USA und Australien soll der amerikanische Außenminister John Kerry zuletzt heftigen Druck ausgeübt haben, um dafür zu sorgen, dass US-Bündnispartner der AIIB-Gründung fernbleiben.

# Schwarz-rotes Streikverbot



Von Detlef Hensche

Schon einmal, im Jahr 2010, forderte die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), aufmüßige Berufsgewerkschaften unter dem Deckmantel der Tarifeinheit einem Streikverbot zu unterwerfen. Die Bundeskanzlerin war dazu bereit. Was damals – ironischerweise – an der FDP scheiterte, könnte heute mit dem Segen der SPD gelingen.

Auslöser der BDA-Initiative war eine Änderung der Rechtsprechung zum Problem sich überschneidender Tarifverträge. Haben konkurrierende Gewerkschaften für dieselbe Beschäftigtengruppe unterschiedliche Tarifverträge abgeschlossen, hatten die Arbeitsgerichte ursprünglich nur einen Tarifvertrag gelten lassen: den, der den Besonderheiten der betrieblichen Arbeitsverhältnisse am meisten gerecht wird („Spezialitätsgrundsatz“). Diese Rechtsprechung war schon immer auf Widerspruch gestoßen, da sie der zurückgesetzten Gewerkschaft die Freiheit verweigerte, eigenständige Tarifverträge abzuschließen.

Nur war der Streit darüber lange Zeit eher akademischer Natur: Solange die Branchengewerkschaften des DGB das Feld beherrschten und konkurrierende Verbände in Tarifgemeinschaften eingegliedert waren

oder in Folgeverhandlungen dieselben Verträge abschlossen, entsprach das industriegewerkschaftliche Postulat „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft – ein Tarifvertrag“ durchaus der sozialen Realität. Erst als die Tarifergebnisse in Zeiten der Arbeitslosigkeit und gewerkschaftlichen Schwäche hinter dem zurückblieben, was verteilungspolitisch möglich und volkswirtschaftlich notwendig war, zerbrachen einige der bisher praktizierten Tarifgemeinschaften. Insbesondere in den der Privatisierung preisgegebenen Sektoren des Verkehrs- und Gesundheitswesens verlor die Verallgemeinerungslogik des einheitlichen Tarifwerks des öffentlichen Dienstes ihre Anerkennung. So konnte es nicht überraschen, dass einige der bestehenden Berufsverbände meinten, auf sich allein gestellt besser zu fahren.

Damit aber war die soziale Grundlage der gerichtlich dekretierten Tarifeinheit entfallen. Folgerichtig verabschiedete sich das Bundesarbeitsgericht im Jahr 2010 von der Einheitsdoktrin. Von Stund an galt, was Verfassung und Tarifvertragsgesetz schon immer vorschreiben: Was tariffähige Gewerkschaften im Tarifvertrag durchsetzen, ist auf die Arbeitsverhältnisse der jeweiligen Mitglieder der vertragsschließenden Gewerkschaft anzuwenden. Klinikärzte etwa, die Verdi angehören, fal-

len unter den Verdi-Tarifvertrag, Mitglieder des Marburger Bundes (MB) unter den von diesem abgeschlossenen Vertrag.

Gegen diese neue Rechtsprechung laufen die Arbeitgeber seither Sturm und rufen nach einer gesetzlichen Festschreibung der Tarifeinheit. Im Falle konkurrierender Tarifverträge soll kraft Gesetzes allein der Vertrag anwendbar sein, der die Mehrzahl der im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer aufgrund ihrer jeweiligen Gewerkschaftszugehörigkeit erfasst; dem Minderheitenvertrag soll die Anerkennung versagt sein. Doch die damit hergestellte betriebliche Geltung einheitlicher Tarifbedingungen ist nicht das eigentliche Anliegen der Arbeitgeber. Überhaupt ist es ein Stück aus dem Tollhaus, wenn ausgerechnet jene nach dem Einheitsvertrag rufen, die seit Jahren Belegschaften und Betriebsräten das Leben schwer machen, indem sie ein wahres Chaos unterschiedlicher Arbeitsbedingungen produzieren – durch flexible Betriebsorganisation, durch Betriebsteilung und -auslagerungen, durch Tarifflucht, durch Zeitarbeit und Werkvertragsarbeitnehmer, durch geringfügige Beschäftigungen usw. Unterschiedliches Vertragsrecht in einem Betrieb gehört infolgedessen längst zum Alltag.

Nein, was hier treuherzig als Rückkehr zur früheren Rechtsprechung eingefordert wird, erweist sich bei näherer Betrachtung als veritables Streikverbot. Der Kern der BDA-Initiative liegt nicht in der Tarifeinheit, sondern darin, dass die aus dem dominierenden Tarifvertrag folgende Friedenspflicht auch auf die konkurrierende Gewerkschaft erstreckt werden soll. Das ist neu und stellt nicht etwa die frühere Rechtsprechung wieder her. Diese hatte nämlich die Einheitsdoktrin aus guten, verfassungsrechtlichen Gründen nicht etwa dahin überdehnt, dass sie der konkurrierenden Gewerkschaft auch noch das Streikrecht beschnitten hätte. Genau dies aber soll in Zukunft geschehen.

### **Der BDA gelang der Coup, den DGB vor ihren Karren zu spannen**

Nachdem das Vorhaben in der letzten Legislaturperiode mit der FDP nicht durchsetzbar war, winkt nunmehr Erfolg. Im Koalitionsvertrag heißt es: *„Um den Koalitions- und Tarifpluralismus in geordnete Bahnen zu lenken, wollen wir den Grundsatz der Tarifeinheit nach dem betriebsbezogenen Mehrheitsbetrieb unter Einbindung der Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gesetzlich festschreiben. Durch flankierende Verfahrensregelungen wird verfassungsrechtlich gebotenen Belangen Rechnung getragen werden.“* Gewiss, das klingt harmlos. Wer hätte schon etwas gegen Verfahrensregeln einzuwenden, noch dazu wenn sie den *„verfassungsrechtlich gebotenen Belangen“* Rechnung tragen sollen? Schaut man jedoch genauer hin, stößt man auf die mittlerweile übliche Chuzpe semantischer Schönfärberei. Wollten die Koalitionäre nämlich die Streikfreiheit unangetastet lassen, erübrigten sich besondere Verfahrensregeln.

Diskutiert werden in diesem Zusammenhang ein Anspruch der Minderheitsgewerkschaft auf Verhandlungsteilnahme und/oder die gesetzliche Erstreckung des Mehrheitstarifvertrages auf die Mitglieder der Minderheitsgewerkschaft. Beide Vorschläge bestätigen jedoch vor allem eines – die geplante Streikbeschränkung.

Denn die Geltung des dominierenden Tarifvertrages auch für die

Minderheit ist die konsequente Widerspiegelung der Ausdehnung der Friedenspflicht; ohne diese macht die Tariferstreckung keinen Sinn. Der Verhandlungsanspruch gibt zwar Gelegenheit zu Gesprächen, aber nur in einem fremdbestimmten Zeitfenster: Schließt der Arbeitgeber mit der Mehrheitsgewerkschaft ab, schnappt die Falle zu und die Friedenspflicht tritt in Kraft. Ein Streik kleinerer Gewerkschaften für die eigenen, abweichenden Ziele ist damit ausgeschlossen.

Als die BDA vor drei Jahren die Initiative startete, gelang ihr der Coup, den DGB vor ihren Karren zu spannen. Doch währte die unappetitliche Allianz nicht lange; sie stieß bei Verdi auf beinahe einhellige Ablehnung, so dass sich zunächst Verdi, später auch der DGB aus der Partnerschaft verabschiedeten. Das hindert jedoch nunmehr die IG Bergbau Chemie Energie, die IG Metall und den DGB nicht, die Absicht der großen Koalition mit Wohlwollen, wenn nicht gar mit Zustimmung zu begleiten. Damit stehen wir abermals vor einem breiten, auch von DGB-Gewerkschaften getragenen Bündnis zwecks partieller Aufhebung des Streikrechts.

Die Kurzsichtigkeit, die die DGB-Gewerkschaften zu einer Beteiligung bewogen hat, verblüfft. Selbst wenn sie hoffen, eine Handvoll konkurrierender Berufsverbände mit staatlicher Hilfe aus dem Tarifgeschäft verdrängen zu können, ist keineswegs sicher, ob der Schuss nicht nach hinten losgeht. Da der Gesetzgeber die Tarifeinheit nach dem betrieblichen Mehrheitsprinzip regeln soll, ist die Entscheidung in die Hände der Arbeitgeber gelegt. Denn allein diese bestimmen, welche Arbeitseinheiten zu einem Betrieb zusammengefasst bzw. ausgegliedert werden. Der Arbeitgeber erhält damit die Hoheit festzulegen, welcher Tarifvertrag kraft Mehrheit dominiert und welcher infolge gewerkschaftlicher Minderheitenposition nicht gilt, mit der Folge, dass dieser Gewerkschaft auch das Streikrecht genommen ist. Will etwa der Krankenhausbetreiber künftig dem Marburger Bund seine Gunst gewähren, ist es ihm ein Leichtes, die ärztlichen Leistungen in eine eigenständige GmbH auszulagern. Verdi, obwohl in der Klinik insgesamt

mehrheitlich vertreten, würde in der Ärzte-GmbH in die Minderheitenrolle geraten und hätte bezüglich der Tarifierung ärztlicher Arbeitsbedingungen das Streikrecht verloren. Selbst der Solidaritätsstreik der übrigen Klinikbeschäftigten würde nachzeitigem Stand der Rechtsprechung an der Friedenspflicht aus dem vom Marburger Bund abgeschlossenen Tarifvertrag scheitern!

Doch schauen wir uns die Begründung der Gesetzesinitiative einmal genauer an: Da wird die Öffentlichkeit mit der Gefahr einer ausufernden Verbandsvielfalt konfrontiert. Was für ein Unsinn! Seit Berufsverbände durch selbstständige Tarifpolitik von sich reden machen, haben sich ihre Zahl und die davon betroffenen Sektoren nicht erhöht. Es handelt sich unverändert um die Ärztevereinigung Marburger Bund (MB), die Vereinigung Cockpit der Piloten (VC), die Gewerkschaft der Flugsicherung (GdF), die Unabhängige Flugbegleiterorganisation (UFO) und die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL). Ihre Zuständigkeit beschränkt sich auf die – ganz oder teilweise dem öffentlichen Dienst entwachsenen – Bereiche der Kliniken, des Luftverkehrs und des schienengebundenen Personenverkehrs. Dabei haben wir es bis auf eine Ausnahme mit gefestigten und seit Jahrzehnten bestehenden Verbänden zu tun; lediglich die UFO ist eine Neugründung aus dem Jahre 1992. Weitere tariffähige Gewerkschaften mit vergleichbarem Konfliktpotential sind nicht in Sicht.

Natürlich gibt es auch andere Berufsorganisationen in großer Zahl. Doch der Schritt zu einer tarif- und arbeitskampffähigen Gewerkschaft ist nicht leicht getan. Zum einen sind rechtliche Hürden in Gestalt sozialer Mächtigkeit und organisatorischer Leistungsfähigkeit zu überwinden. Zum anderen bestehen soziale Schwellen. Es ist ja kein Zufall, dass gerade Klinikärzte, Lokomotivführer, Piloten und Fluglotsen sich für eine eigenständige Tarifpolitik unter Einschluss von Arbeitskampfmaßnahmen entschieden haben. Es handelt sich um Berufsgruppen, deren Leistungen – derzeit – schwer zu ersetzen sind. Das Wissen um die betriebliche Schlüsselfunktion ist ein wesentlicher Faktor des kollektiven Selbstbewusst-



seins und damit der gewerkschaftlichen Konfliktbereitschaft. Auch diese Konstitutionsbedingungen der Arbeitskämpfungsfähigkeit halten die Anzahl streikfähiger Konkurrenzverbände im überschaubaren Bereich.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Wir wissen um die oft fragwürdige Rolle einiger Berufsorganisationen, gegen die sich die Gesetzespläne richten. Und es dient nicht dem sozialen Fortschritt, wenn einzelne Verbände sich dadurch zu profilieren versuchen, dass sie sich standespolitisch nach unten abgrenzen. Der gewerkschaftliche Zusammenschluss aller Beschäftigten in Betrieb, Verwaltung und Wirtschaftszweig ist ein hohes Gut, gerade wenn die Interessen der Schwachen nicht unter die Räder kommen sollen. Doch die Einheit zu schaffen und zu erhalten, ist politisch aufgegeben und nicht mit dem Büttel gesetzlichen Oktroys zu lösen.

### Was immer wieder verfängt, ist das Schreckbild der kleinen Zahl streikender Spezialisten mit breitflächigen Folgen

Vollends realitätsfern wird die Debatte mit der Warnung vor einer angeblichen Inflationierung von Streiks. Unter allen vergleichbaren Industrienationen zählt die Bundesrepublik zu den streikärmsten Ländern, unterboten nur noch von der Schweiz und Liechtenstein; von Nordkorea reden wir lieber nicht. Dieses Idyll sollen wenige Berufsverbände in „englische Verhältnisse“ stürzen? So zügellos können sich Piloten, Flug-

lotsen, Klinikärzte und Lokführer gar nicht gebärden, dass die soziale Ruhe signifikant gestört werden könnte. Wenn etwas an der Sozialordnung der Bundesrepublik pathologisch ist, so ist es die Entwöhnung von kollektivem, demokratischen Ungehorsam, keinesfalls jedoch die Gefahr überbordender Streiks.

Mittlerweile scheinen die Arbeitgeber selbst nicht mehr vom furchterregenden Störpotential einiger Berufsverbände überzeugt. Seitdem auch Piloten, Fluglotsen und Lokführer auf das Normalmaß kalkulierbarer Warnstreiks eingeschwenkt sind, machen die Arbeitgeber ein anderes Übel aus: die aus der Konkurrenzsituation geborene Radikalisierung der DGB-Gewerkschaften. So habe sich Verdi in der Tarifrunde 2012 mit der Forderung nach einer monatlichen Pauschale von 90 Euro für die Flughafenbeschäftigten zu profilieren versucht und damit zur Verschärfung des Tarifkonflikts beigetragen.

Auch der von Verdi organisierte Streik des Sicherheitspersonals in den Flughäfen muss als Beleg konkurrenzbedingter Imagepflege herhalten. Folglich müssten, so die krude Logik, die konkurrierenden Berufsverbände einem Streikverbot unterworfen werden, damit die Branchengewerkschaften auf dem Boden maßvoller Tarifpolitik bleiben! Ob sich der DGB auch dieses Argument zu eigen macht?

Solche argumentativen Krücken muss man nicht ernst nehmen. Was dagegen immer wieder verfängt, ist das Schreckbild der kleinen Zahl streikender Spezialisten mit breitflächigen Folgen. Mit diesem Bild lehren



## Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

### Nr. 186 Winter 2014, 32 S.

- Portugal im revolutionären Aufbruch, Teil II
- Wahlen in Sachsen-Thüringen-Brandenburg
- Islamischer Fundamentalismus, Islamischer Staat und der Westen
- Viktor Agartz
- Lebenszeugnis und Plädoyer eines Wehrmachtsdeserteurs
- Karl Wastl – aktiver Gewerkschafter und Antifaschist

### Nr. 185 Herbst 2014, 28 S.

- uz-Pressfest in Dortmund
- Portugal im revolutionären Aufbruch 1974/75 – Teil I
- Hiroshima, 6. Aug. 1945...
- Die Legende vom deutschen Oktober 1923
- Rezensionen

### Nr. 184 Sommer 2014, 32 S.

- Zum Zustand in der Türkei
- Venezuela: Orientiert die Bourgeoisie wieder auf einen Putsch?
- Bericht von unserem Wochenendseminar in München
- Tschechien: Besiegte Sieger
- Machtpoker um die Ukraine
- Die Subventionierung der Ukraine durch Russland
- Faschisten in Kiew?
- Weltmachtrolle der BRD – Wozu ist deutsches Militär weltweit in der Lage?

### Nr. 183 Frühjahr 2014, 36 S.

- Mindestlohn – ein historisches Ereignis?
- Schwarz-Rote Weltmachtambitionen
- Der Krieg beginnt hier!
- Gefährliche imperialistische Machtprobe um die Ukraine
- Zu den Wahlen in Chile
- Zu Ehren der Verteidiger\_innen der Bremer Räterepublik
- Von der Solidarität mit Chile zum Solidaritätsfonds

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

auch die Medien gerne das Gruseln. Kein Streik von Fluglotsen, Piloten und Lokführern ohne die reflexartige Vorführung wartender Fahr- und Fluggäste und ohne die, nie belegte, Aufsummierung volkswirtschaftlicher Schäden. Die, letztlich erfolglose, Arbeitsniederlegung von 160 Fluglotsen im Frankfurter Flughafen habe den „gesamten Wirtschaftsstandort Deutschland bedroht“<sup>1</sup> und „20 000 Arbeitnehmern die Möglichkeit genommen“, ihrer Arbeit nachzugehen<sup>2</sup> – das ist übrigens einer der seltenen Fälle, in denen Arbeitgeber ein Recht auf Arbeit anerkennen.

Der Versuch, den Streik wegen seiner mittelbaren Folgen zu delegitimieren, ist so alt wie die arbeitsteilige und verflochtene Wirtschaft und weist weit über die Situation gewerkschaftlicher Konkurrenzen im Gesundheits- und Verkehrswesen hinaus. Namentlich für Sektoren der Daseinsvorsorge, gleich ob in öffentlicher oder privater Hand, werden immer wieder Streikeinschränkungen oder gar -verbote gefordert. Die Liste reicht von Bildungseinrichtungen, Beerdigungsinstituten über die Energieversorgung bis zur Presse.

und mit ihr das Recht auf kollektive Arbeitseinstellung garantierte, hat er den Streik in seiner Einbettung in eine arbeitsteilige Gesellschaft vorgefunden und einschließlich der damit verbundenen Ausstrahlung geschützt. Nicht nur die Arbeitgeber, auch Dritte haben die Streikfreiheit derer, deren Leistungen sie in Anspruch nehmen, zu akzeptieren. Im Übrigen sind es nicht die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften, die die Störanfälligkeit der Wirtschaft durch exzessive Arbeitsteilung, durch Just-in-time-Produktion, durch Betriebspaltung etc. auf die Spitze treiben. Die Hoheit über die Organisation der Arbeit liegt bei Unternehmern und öffentlicher Hand. Wenn der Flughafenbetreiber die Sicherheitsdienste zwecks Kostensenkung zu Dumpinglöhnen auslagert, beklage sich der streikbetroffene Fluggast beim Verursacher und nicht bei der Gewerkschaft!

**Man kann nur staunen, mit welcher Selbstverleugnung DGB-Gewerkschaften ein Streikverbot unterstützen**



Robert Koehler, *Der Streik*, 1886

Natürlich ist in Krankenhäusern, bei Feuerwehr und Rettungsdiensten eine existenziell notwendige Mindestversorgung aufrechtzuerhalten; die dazu einvernehmlich organisierten Notdienste waren nie streitig. Doch jenseits solcher, für Leben und Gesundheit Dritter unaufschiebbarer Leistungen sind mittelbare Streikfolgen hinzunehmen. Als der Verfassungsgeber die Koalitionsfreiheit

Vor diesem Hintergrund, der wohlfeilen Denunziation von Streiks sogenannter Funktionseliten und dem Ruf nach rechtlicher Disziplinierung, kann man nur staunen, mit welcher Selbstverleugnung DGB-Gewerkschaften ein Streikverbot unterstützen, das aus Sicht der Initiatoren

und der von diesen gelieferten Begründung alles Zeug hat, als Einstieg in weiterreichende Restriktionen zu dienen. Ohnehin sind soziale Grundfreiheiten ungeachtet ihrer verfassungs-, ja völkerrechtlichen Verankerung keineswegs in Stein gemeißelt. Namentlich das Streikrecht steht, gleich einem Fremdkörper, immer wieder unter Rechtfertigungsdruck und muss sich mannigfaltiger Versuche der politischen und rechtlichen Einschränkung erwehren.

Bisher waren die deutschen Gewerkschaften in der langen Phase der Nachkriegsstabilität in dieser Frage durchaus erfolgreich. Gesetzliche Interventionen unterblieben, die Rechtsprechung hat die Streikfreiheit tendenziell gestärkt – sieht man einmal von fortgeschleppten Restriktionen ab, wie dem Verbot des Beamtenstreiks und der jüngst den kirchlichen Arbeitgebern zugespielten Befugnis, Verhandlungen mit den Gewerkschaften von deren Streikverzicht abhängig zu machen. Doch ein Blick über die Grenzen, etwa nach Portugal, Spanien und Griechenland, zeigt, wie verletzlich soziale Grundrechte sind. Ist in Zeiten der Krise die Klassenbalance gestört, halten sich die Sachwalter und Profiteure marktradikalen Umbaus nicht mit der Gewährleistung verfassungsrechtlicher Gebote auf, wenn es gilt, die Folgen ihrer Krise bei den Arbeitnehmern abzuladen. Aktuell wurden zum Beispiel in Griechenland auf Geheiß der Troika in kurzer Frist wesentliche Elemente der Tarifautonomie wie die überbetriebliche Verbindlichkeit, das Günstigkeitsprinzip und die Unabdingbarkeit von Tarifnormen abgeräumt. Wenn Gewerkschaften da in einem immer noch prosperierenden Land schon aus nichtigem Anlass eine gesetzliche Streikbeschränkung dulden, offenbart dies ein schwer nachvollziehbares Maß an Grundrechtsvergessenheit und lässt für die Standfestigkeit in existenziellen Herausforderungen nichts Gutes erwarten.



aus: Blätter 1/2014  
Blätter für deutsche und  
internationale Politik  
[www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)  
[redaktion@blaetter.de](mailto:redaktion@blaetter.de)

1– Schreiben der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) vom 17. 10. 2013.

2– BDA vom 9. 10. 2013.

# Absoluter Tiefpunkt im Drama der Moderne

## Vor 70 Jahren wurde das KZ Auschwitz befreit

Von Prof. Dr. Gerhard Armanski

Worte sind arme Boten, wenn es um das Großverbrechen des letzten Jahrhunderts geht. Sie mögen dem Entsetzlichen nachklappern. „Sing kein Trauerlied, / entehre die Trauer nicht. / Worte verraten. / Namen verwandeln sich in ihr Gegenteil“, schrieb Abraham Sutzkever in seinem Epos über das Wilnaer Ghetto. Salomon Finkelstein, Überlebender von Auschwitz und des finalen Todesmarsches, mißtraut den Erzählungen und hat lange geschwiegen. Reden konnte er nur mit Schicksalsgenossen wie dem Pianisten Wladyslaw Szpilman, dessen Leben Roman Polanski verfilmte. Scham und Ausgeliefertsein überkam ihn gegenüber Fremden. Beides hat er jedoch überwunden, um jungen Menschen von den Geschehnissen zu berichten. Schließlich spricht er auch im niedersächsischen Landtag.

Heute begegnet uns Auschwitz überall, von Oberbayern bis Emsland, in Medien, Debatten und Gedenktagen. Viele KZ-Häftlinge haben von den Niederungen des Menschengeschlechts berichtet, um sie mindestens ansatzweise zu verstehen und der Nachwelt Zeugnis zu geben. Die mörderische Destruktivität weist eine vielfach durchbrochene Grenzlinie zwischen moderner Perfektion und Barbarei auf. Realität und Irrealität überschneiden sich. Über sie zu schreiben, war auch ein Versuch, das Ich zu erhalten, das unter dem Ansturm der Gewalt bis in die Träume hinein zertrümmert wurde – eine (Spät)Form, den nationalsozialistischen Terror zu bewältigen. Vor allem ab 1980 fanden die Schriften ihren Weg zu den Lesern, niedergelegte Einzelerfahrungen, die auch stets Gruppenschicksale widerspiegeln. Ebenfalls das Lesen als Widerstandsform hatte im KZ seinen Platz, wie denn die Künste soweit möglich von etlichen Insassen gepflegt wurden, Protestsignal gegen das Nazi-Herrenmenschen-



tum. „Ist das ein Mensch?“ fragte Primo Levi. Wer es (ver)mochte, floh in den einzigen, inneren Raum, der ihnen noch frei war, abgeschnitten vom Leben und sich an Worte wie Treibanker klammernd.

Wir wissen (fast) alles, was es über die KZs zu wissen gibt. Sie sind, mindestens an Gedenktagen, zum Tagesthema geworden. Aber was verstehen wir wirklich? Die Grundfesten der europäischen Kultur schmelzen im Nazi-Vernichtungswahn dahin. In höchst geraffter Weise zerbricht das Menschentum. Ungeziefer, herrscherliche Uniform, ratlose Angst und der allfällige Tod regieren die Szene. Mit grimmigem Humor skizzieren das sowohl Spiegelmanns *Maus* wie Jakob der Lügner von Jurek Becker. Im Danach tauchen auch Spott und Sarkasmus auf. Wir suchen zu verstehen, dass sich das KZ „nicht nur als psychopathologische Ausnahme, sondern als immerwährende Möglichkeit erwiesen hat.“ (Ruth Klüger)

Die einschlägige Literatur ist zwischen Singularität und Wiederholbarkeit des Massenverbrechens angesiedelt. Ihre dringliche Botschaft lautet, die beklemmendste Wahrheit des Menschseins und -erleidens ins Auge zu fassen. Paul Celan beschritt diesen Grenzweg im poetischen Bewußtsein, für welches die *Schleuse* als Übergang zwischen der Lebens- und der Todeszone

steht. Die Sprache gräbt im Niemandsreich des Untergangs. „Wohin gings, da's nirgendwohin ging?“ Nur Widersprechen und Ansprechen sind der Dichtung nach dem Holocaust angemessen, „Gedichte sind wirklichkeitswund.“ Lausche dem „zweiten Ton“ der „Worthöhlen“, kreisend um die „Silbe Schmerz“.

### Maschinen jenseits von Moral

Maschinalität grundiert die Rhythmik moderner Gesellschaften. Der im KZ ins Werk gesetzte Terror war tief im Herrschaftscharakter der zivilisatorischen Entwicklung verwurzelt. Ihre „Tendenz, zu einer gigantischen Maschine zu werden, liquidiert schleichend den Menschen auch als verantwortlich zu machenden Urheber seiner Taten.“ (K. P. Liessmann) Seit Zygmunt Baumanns Arbeiten hat sich diese Sicht im Forschen und Nachdenken über den Holocaust eingelagert. Der arbeitsteilig organisierte bürokratisierte Mord wurde von Tätern verrichtet, die Gewissen und Moral von ihrem Tun abgespalten hatten, was sich in der europäischen Mentalitätsgeschichte lange vorbereitete. Die ihm eingeschriebene Macht konnte im Gegenteil zu Gleichgültigkeit oder sadistischen Impulsen führen. Die Lager waren Produkt und Krisensymptom der abendländischen Kultur- und Ge-

sellschaftsgeschichte mit ihrer spezifischen feindlichen Abgrenzung vom Anderen und Fremden, ohne strikt aus ihr herleitbar zu sein. Ihre Achse zielte darauf, der Herrschaft mißliebige Ausgegrenzte in einem Kosmos des Todes zu beseitigen und/oder zu „verwerten“, das Leben und die Freiheit der Häftlinge zu vernichten.

Deutschland hat die zugespitzteste Form dieses Vorgangs hervor gebracht. Aus schwerhändigem Bürokratismus und Militarismus speiste sich ein Herrschaftsprojekt, das in der bürgerlichen Gesellschaft seinesgleichen suchte. So konnte die latente Gewaltbereitschaft des gechurigelten Untertanen in Dienst genommen werden. Im NS-Staat wurde sie gewissermaßen „alltagsreligiös“ befestigt und gegen „undeutsche“ Außenfeinde gerichtet. „Als Folge der Lage nach 1933 hörten humanistische Werte zunehmend auf, als Referenzrahmen zu dienen.“ (Pawelczynska) Der gesellschaftliche Gesamtmörder verband die Hierarchien der Beamtenschaft, Wehrmacht, Partei und Industrie. Hermann Langbein, kommunistischer Auschwitz-Überlebender, war bis zum Schluß seines Lebens davon überzeugt, „Unzählige hätten sich nicht anders verhalten als das Gros der Wachmannschaft von Auschwitz, wenn sie dorthin kommandiert worden wären.“

Es war der Krieg, der die politische Pathologie des Nationalsozialismus vollends entband, indem er etwa noch vorhandene Hemmungen beseitigte. In ihm erreichte die kapitalistisch-imperialistische Logik ihren menschenfeindlichen Höhepunkt – Wahrzeichen der ihr innewohnenden Tendenzen. Das KZ-Systemwuchs sich zu einem gigantischen Moloch aus, der zahllose Menschen, vor allem Juden und Russen, verschlang. Er war rassistisch unterlegt, zugleich ein Vorhaben militärisch-politischer Expansion und ökonomischer Ausplünderung der besetzten Gebiete. In Tat und Wahrheit wurden diese zu einem riesigen Konzentrationslager, das seinen Charakter absoluter Macht nach außen kehrte. Es konnte auch erst mit dem NS-Zusammenbruch ans Ende kommen. Der fremde Planet zerschellte.

## Entzifferbarer Schmerz

Der moralische und praktische Kampf gegen die entartete Gewalt verlangte die basale Entscheidung, zu vegetieren und zu sterben oder ums Überleben zu kämpfen. Den Antrieb dazu „bezogen wir aus dem wahnsinnigen und an uns selbst gestellten Anspruch, bis zum Ende Menschen zu bleiben.“ (Robert Antelme) Erst das Begreifen der Lagerwelt und die Bildung von Widerstandspunkten ermöglichten das Überleben jenseits von Willkür und Zufall. Ein wie auch immer minimaler Gegenbereich von Eigenaktivität, Hoffnung und Solidarität konnte ermöglichen, sich zu schützen. Transzendierende und handlungsleitende christliche oder kommunistische Auffassungen wirkten ebenso wie die Künste. Es galt, die allgegenwärtige Todeszone vermittelt Flucht in ein Traumreich zu unterlaufen, ohne ihre sehr realen, allfälligen Zeichen zu übersehen – „eine Art kontrollierte Schizophrenie“ (W. Unger). Es muß einen nicht wundern, daß das Auftauchen aus dieser Zwangswelt vielen Überlebenden sehr schwer fiel. Miriam Dubi-Gazan hilft solchen in Israel, Erinnerungsbücher zu verfassen und sich des lastenden Drucks der beschwiegene Vergangenheit zu entledigen.

„Die böse Kunde, was in Auschwitz Menschen aus Menschen zu machen gewagt haben“ (P. Levi), drängte nach der Befreiung der letzten tausende geschwächter und sich selbst überlassener Häftlinge durch die Rote Armee am 27. Januar 1945 gleichwohl rasch und vielfach an die Oberfläche. Dabei ist ihr Zeugnis von Abgründen und Überleben im KZ unersetzliches Moral- und Handlungserbe der Menschheit, selbst wenn es in der unmittelbaren Nachkriegszeit keineswegs stets mit offenen Ohren aufgenommen wurde. Es berichtet von der Hölle auf Erden und warnt vor Exzessen der Entmenschlichung, die (in anderen Formen) nicht ständig und überall gebannt sind, denken wir nur an die letzten Kriege der USA und des Westens oder das Folterlager Guantanamo. Elie Wiesel erzählte bei seiner Erinnerungsrede in Buchenwald von seinem Vater, den er hilflos in Auschwitz sterben lassen mußte.

„Kann ich ihm jetzt sagen, dass die Welt ihre Lektion gelernt hat? – Da bin ich mir nicht so sicher, Herr Präsident [Obama]“ Es steht nicht der „Quellenwert“ der Berichte im Vordergrund, sondern das mit allen Fasern erlebte Grauen an den Grenzen des Sagbaren. Immer wird man sich ihm sowohl hoch emotional wie geistig erkennend nähern. Gedenkinitiativen, die beides ermöglichen, sind daher besonders wert zu schätzen. Sie geben dem Opfergang Gesichter und Einsichten. Dazu gehören Ortstermine, Lesungen und Ausstellungen, aber auch der „Zug der Erinnerung“, der Tanz des Auschwitz-Überlebenden Adam Kohn auf dem KZ-Gelände zum Discohit *I will survive*, (ein anderer kommt nicht über die Vergangenheit hinweg und lebt in bitterer Armut), Schülerprojekte der Spurensuche, mehr oder minder würdige und angemessene Gedenkreden, Straßenbenennungen, Max Mannheimer, einer der letzten Holocaust-Überlebenden mit seinen unermüdlichen Auftritten in Schulen, KZ-Schauspiele und -Opern, Publikationen, Tagungen. Ein Kreuzweg in der katholischen Kirche von Oesede bettet die Passion Jesu ein in die Leidensgeschichte der Naziopfer...

Die Eumeniden des Aischylos aus dem 5. Jh. v. Chr. thematisieren die Bürde verbrecherischer Vergangenheit. „Wer nicht erfuhr / Ihre fuchtbare Last. Der weiß nicht, woher / Ihm Schlag kommt auf Schlag; führt der Vorfahren Schuld / Und Frevel doch ihn unter ihre Gewalt.“ Vor zehn Jahren zitierte das Micha Brumlik in seinem Aufsatz „Jenseits der Schwelle. Auschwitz im 21. Jahrhundert“. Er spricht auch vom Paradox, das Unvorstellbare dennoch darstellen zu wollen und zu sollen. Gleichwohl gibt es mannigfache Versuche dazu, so lange das Gedenken reicht. Sie schicken sich an, die blinde Kette der Geschichte zu durchbrechen. Sofern sie sich nicht in leerem Ritual und formelhaften Bekenntnissen erschöpfen, sind sie allesamt nötig und willkommen. Dann erst ist das Todesreich ansatzweise überwunden.

# Das Atombdilemma

## Vom Bau der Atombombe zum „Regime nuklearer Weltordnung“



Explosion der US-Atombombe „Baker“ im Bikini-Atoll, Juli 1946

Im Jahr 2015 jährt sich zum 70. Mal der bisher einzige Großeinsatz atomarer Kriegswaffen. Grund genug, über die Ursachen und unmittelbaren fürchterlichen Folgen dieses epochal tief einschneidenden Ereignisses für die Menschheit kritisch nachzudenken. Modernste nukleare Waffenarsenale samt Trägersysteme von kurzen bis globalen Reichweiten an vielen bekannten wie geheim gehaltenen Orten der Welt bedeuten ein unwägbares Gefahrenpotential und Belastungsrisiko für Mensch, Natur und Umwelt und bedrohen den Weltfrieden. Die Doktrin der atomaren Abschreckung stellt nach wie vor den Kern militärischer Strategie aller neun Atomwaffen besitzender politischer Mächte dar. In einem nie geahnten Ausmaß kam es zu einem verhängnisvollen Rüstungswettlauf gerade bei der Entwicklung und Bereitstellung nuklearer Waffensysteme, der die Menschheit bisher einen ungeheuren materiellen Preis gekostet hat, Mittel, die anderweitig besser für soziale, kulturelle, wirtschaftliche und völkerverständigende Zwecke hätten verwendet werden können. Heute gibt es „die Atombombe“ in jeder wünschbaren Größe und Wirkung sozusagen von der Stange,

vom transportablen Aggregat im Handkoffer bis zum tonnenschweren Sprengkopf auf Interkontinentalraketen. Zeitweise kann man in einzelnen Phasen des Ost-West-Konflikts und Kalten Kriegs von eskalierenden (Atom-) Psychosen und Hysterien sprechen, die zu bedrohlich labilen Konstellationen in der internationalen Politik führten, bei denen es nur noch eines einzelnen Funkens oder Befehls bedurfte, einen dritten atomaren Weltkrieg auszulösen. Dass dies nicht geschah, ist einerseits in mancher Hinsicht nur purer Zufall, in anderer trotz und nicht wegen der bestehenden gegenseitigen Bedrohungen der Besonnenheit verantwortlich handelnder Menschen zu verdanken. So hatte im Herbst 1983 der zuständige Raketenkommandeur auf sowjetischer Seite die Lage richtig einschätzend keinen Vergeltungsschlag ausgelöst, nachdem ihm vom eigenen defekten Spionagesatelliten irrtümlich mehrere Starts von US-Interkontinentalraketen in Montana mit Ziel Sowjetunion gemeldet worden waren.

Atomwaffen sind Massenvernichtungsmittel, gehören als solche weltweit geächtet und wie die zivile Atomkraftnutzung, mit der sie eng korrelieren, restlos abgeschafft. Es gilt

zu verstehen, warum und wie es zur Entwicklung und Perfektionierung dieser technologisch auf die Spitze getriebenen Weltuntergangswaffe unter einst begünstigenden Weltkriegsbedingungen kam. Gleichermäßen gilt es zu erkennen, welche Bedingungen und Faktoren politisch wie wirtschaftlich und strategisch dabei eine wesentliche Rolle einnahmen, um auf diese heute verändernd einwirken zu können. Hintergründe und Fakten dazu sollen in einem weiteren noch folgenden Beitrag dargelegt und untersucht werden. Es können hier nicht alle Einzelheiten und Aspekte der umfassenden Thematik angesprochen und ausgeführt werden, die Fülle an einschlägiger Literatur ist zudem übergroß. Es muss daher genügen, wenn die wichtigsten Ereignisse, Stationen und Entwicklungen geschildert und kritisch erörtert werden.

### Realität und Legende von Hitlers „Bombe“

Dass es bereits während des Zweiten Weltkriegs einen Rüstungswettlauf um den Bau der ersten einsatzfähigen Atombombe zwischen Nazideutschland und den USA ge-

geben haben soll, ist nach heutigen Erkenntnissen eine Legende. Es würde voraussetzen, dass beide beteiligte Seiten jeweils über einen ungefähren wissenschaftlich-technischen Gleichstand der Entwicklung verfügten und über den Fortgang der anderen genau im Bilde gewesen wären, was zumindest für die deutsche mit zunehmender Kriegsdauer nicht zutrifft. So waren noch nach der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 bis zum Bombeneinsatz gegen Hiroshima die namhaften deutschen Atomwissenschaftler fest davon überzeugt, die einzigen zu sein, die im Besitz des effektiven Know-hows eines Uranreaktors und damit verbundenen Baus einer Uranbombe wären. Die von dem Wirtschaftshistoriker Rainer Karlsch seit 2005 so spektakulär wie zugleich spekulativ vorgetragen „Befunde“ für erste kleinere „Kernwaffentests“ unter findiger Umgehung gewisser normierter Entwicklungsschritte durch die Forschergruppe um den Physiker Kurt Diebner (1905-1964) von der NS-Heeresversuchsanstalt, sind in der Fachwelt nicht unumstritten. Sie entbehren für diese überwiegend des wissenschaftlich-technischen, plausibel einzuordnenden Nachweises aufgrund verbürgter dokumentierter Berichte und Quellen, die es nicht bzw. nur spärlich gibt. Unterlagen darüber wurden danach offenbar gezielt beiseite geschafft bzw. vernichtet. Die daran Mitwirkenden hüllten sich auch nach dem Krieg in eisernes Schweigen. Die Annahmen aus den jahrelangen Recherchen und versuchten Verifizierungen von Karlsch müssten sich mindestens heute noch immer durch deutlich erhöhte Spuren von radioaktivem Material im Boden der angegebenen Testareale auf Rügen (Marineforschungsstelle in Bug, wo sog. Hohlladungs-Explosionsversuche stattfanden) und in Thüringen (Truppenübungsplatz der Wehrmacht bei Ohrdruf) feststellbar bestätigen lassen. Seriöse Messungen in von der Bodenoberfläche entnommenen Proben des Geländes bei Ohrdruf weisen auf geringe bis durchaus deutlich erhöhte Werte radioaktiver Spaltsubstanzen hin, was bislang die damit betrauten Experten dazu veranlasste, zumindest vorsichtig zurückhaltend von einem möglichen stattgefundenen „nuklearen Ereignis“ als Ursache zu sprechen.

### Deutsche Kernwaffentests vor den Amerikanern?

Diebner, Mitglied der NSDAP, hat sich selbst nie bestätigend dazu geäußert, sondern wenn, dann wohl auch aus Angst, nach dem Krieg dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden, bis zu seinem frühen Tod in absolutes Schweigen gehüllt. Patentmeldungen von ihm bald nach Kriegsende lassen durchaus auf vorhandenes inneres Wissen um das praktische Wirkprinzip nuklearer Bomben schließen. Auch während der gemeinsamen halbjährigen Internierung in England (s. u.) lenkte er das Gespräch im Kreis der hochqualifizierten deutschen Physikerkollegen an keiner Stelle darauf etwa derart, dass er gesagt hätte, es habe bei seiner Gruppe funktioniert, sie hätten eine wenn auch nur „kleine“ Bombe gebaut und auch schon getestet. Wenn überhaupt, dann muss es sich bei den seit Oktober 1944 unter strengster Geheimhaltung und SS-Oberaufsicht (Ebene Himmler) durchgeführten unterschiedlichen Experimenten um technisch kaum richtig ausgereifte, problematische Versuchsanordnungen gehandelt haben, wobei es in Thüringen zu einer Verstrahlung größeren Ausmaßes hunderter beteiligter Zwangsarbeiter aus nahegelegenen KZs gekommen sein muss, deren Leichen unverkennbare Zeichen eines Strahlungstods aufwiesen. Schwerstverletzte Überlebende unter ihnen fielen Exekutionen durch die SS zum Opfer, ihre Leichname wurden an Ort und Stelle verbrannt. Unter der Zivilbevölkerung der unmittelbaren Umgebung zeigten sich typische leichtere bis ernstere Verstrahlung- und Erkrankungssymptome. Von Karlsch gefundene Belege aus verstreuten Quellen (russische Archive) und für Aussagen von Augenzeugen lassen nach Art und Inhalt des berichteten Hergangs vermuten, dass es am 3. und 12. März 1945 bei Ohrdruf nahe Stadtilm zu zwei nächtlichen nuklearen Zündungstests kleineren Ausmaßes gekommen ist. Was da genau beim größeren ersten Versuch mit welcher beabsichtigten Wirkung getestet wurde und sich in Augenzeugenschilderungen als durchaus einer Mini-Atomexplosion gleichend ausnahm, bleibt nach wie vor weitgehend indizien- und lückenhafte Ver-

mutung. Das alles wirft die bisherige Geschichtsschreibung der deutschen nuklearen Kriegsforschung an Reaktor und Bombe zwar nicht gleich über den Haufen, legt aber nahe, diese differenzierend und ergänzend zu erweitern um die bisher weit weniger beachteten Unternehmungen der Diebner-Gruppe und kooperierender Militärversuchsstellen. Im Gegensatz zur – ob gewollt oder nicht – „schleppenden“ Arbeitsweise der Gruppe um Heisenberg, arbeiteten jene mit Hochdruck, dabei offenbar einen technischen „Seitenweg“ nutzend, weit zielstrebig und „erfolgreicher“ als bislang angenommen an einer bis Kriegsende noch verwendungsfähigen, taktischen (begrenzten) nuklearen Waffe und kamen dabei sogar einige Monate vor den Amerikanern zu praktischen Lösungen. Unbestritten ist, dass sich das weit ergiebiger Uranwürfelkonzept Diebners beim Reaktor der Uran-Schichten-Plattenlösung Werner Heisenbergs (1901-1976) eindeutig als überlegen erwies, weshalb dieser es schließlich auch für sein Projekt übernahm. Man kann und darf durchaus feststellen, dass auf deutscher Seite am Ende noch ein kleiner Teil der Beteiligten am Uranprojekt an den Punkt kam, anknüpfend an eigene Reaktorexperimente die komplizierte Technik und Mechanik einer funktionierenden taktischen Nuklearwaffe praktisch zu entwickeln, ohne diese aufgrund der äußeren Umstände wie die Amerikaner im großen Maßstab beherrschen, erproben und einsetzen zu können. Gedacht wurde zuletzt auf deutscher Seite immerhin an die Kombination einer taktischen Nuklearsprengladung als Sprengkopf einer Aggregat 4-Rakete (V2), das spätere Prinzip atomarer Mittel- und Langstreckenraketen damit schon vorwegnehmend. Bereits Anfang Juni 1942 hatte – wenn auch noch rein theoretisch – der Atomphysiker Heisenberg in einer Unterredung mit Nazi-Rüstungsminister Speer davon gesprochen, dass im Prinzip die Straße zu einer Bombe frei wäre (siehe dazu: Rainer Karlsch: *Hitlers Bombe. Die geheime Geschichte der deutschen Kernwaffenversuche*. München 2005 und Richard von Schirach: *Die Nacht der Physiker. Heisenberg, Hahn, Weizsäcker und die deutsche Bombe*. Berenberg Verlag 2012; Reinbek b. Hamburg 2014. Die aktuell

vielleicht detailreichste und informativste Darstellung zum Thema).

### Entdeckung der Kernspaltung

Fakt ist, dass zuerst in Deutschland Mitte Dezember 1938 von der Forschergruppe um Otto Hahn (1879-1968) und Fritz Straßmann am Berliner Kaiser Wilhelm Institut für Chemie die Urankernspaltung mittels langsamem Neutronenbeschuss entdeckt und sodann in der Zeitschrift *Die Naturwissenschaften* beschrieben wurde. Die jüdische Physikerin Lise Meitner, bis zum Sommer 1938 noch bei Hahn als Assistentin tätig und mit den Versuchsreihen dort aufs engste vertraut, bis sie nach Skandinavien emigrieren musste, und ihr Neffe, der Physiker Otto Frisch, ein Mitarbeiter des Physikgenies Niels Bohr in Kopenhagen, nahmen im Februar 1939 eine erste theoretisch-kernphysikalische Deutung des Durchbruchs der Deutschen im internationalen Magazin *Nature* vor. Zur gleichen Zeit waren auch in anderen Ländern Wissenschaftlergruppen damit beschäftigt, auf unterschiedlichen theoretischen Niveaus und Entwicklungsstufen der Kernspaltung auf die Schliche zu kommen, so etwa in den USA, England, Frankreich, Italien, der Sowjetunion und auch in Japan. Besonders in England und den USA wurde sofort nach Bekanntwerden der Ergebnisse aus Berlin damit begonnen, diese theoretisch zu überprüfen und praktisch nachzuvollziehen, so dass dort ungefähr eine vergleichbare Ausgangssituation mit der deutschen angenommen werden kann. Der Verdacht, es könnte dabei auch zu einer militärischen Nutzung der bei einer Atomspaltung aufgrund der Kettenreaktion freiwerdenden riesigen Energiemengen kommen, wurde in den USA wohl zuerst von dem aus Ungarn stammenden, jüdischen theoretischen Physiker Leo Szilard (1898-1964) nach entsprechenden eigenen Experimenten und Berechnungen geäußert. Es war der Beginn der späteren Anstrengungen der USA im großen Maßstab, einer angenommenen militärischen Ausnutzung der Kernspaltung über die Zwischenstufe eines Reaktors durch das Dritte Reich zuzuvorkommen.

### Atombombe lange keine Option der Nazis mit Priorität

Interessant wie auch z. T. verwunderlich ist der Weg, wie er zunächst in Deutschland weiter beschritten wurde, der die beteiligten deutschen Wissenschaftler und Techniker bis etwa Mitte 1942 in ungefähigem Gleichstand mit ihren US-Kollegen zur wissenschaftlich-technischen Projektierung eines Reaktors (damals noch Brenner oder Meiler genannt) als erforderlicher Vorstufe für den möglichen Bau einer Bombe führte und man in die Phase praktischer Erprobung eintreten konnte. Vorausgegangen waren von Frühjahr bis Herbst 1939 mehrere Treffen und Beratungen unter Beteiligung führender wissenschaftlicher Köpfe der deutschen Atomphysik, woraus der sog. *Uranverein (Arbeitsgemeinschaft für Kernphysik)* hervorging, angesiedelt beim Heereswaffenamt (HWA), das alle Projekte dazu unter militärischer Verwaltung zusammenführen sollte. Man beschäftigte sich mit grundsätzlichen konzeptionellen Überlegungen und Plänen zur technischen Verwertung der Kernspaltung hinsichtlich eines zu bauenden Uranbrenners. Nur ganz wenige wie der theoretische Physiker Werner Heisenberg hatten damals einen auch nur ungefähren Überblick darüber, welche weitreichenden Konsequenzen die von ihm zusammen mit anderen angestellten Überlegungen und bald durchgeführten ersten Experimente haben würden. In einer Stellungnahme an das Heeresamt im Dezember 1939 sprach Heisenberg auch von einer möglichen waffentechnischen Anwendung der Kernspaltung. Sein Versuch, mit seinem ehemaligen dänischen Mentor Niels Bohr anlässlich eines Besuches zusammen mit v. Weizsäcker in Kopenhagen im Herbst 1941 darüber auch über dessen Beziehungen in Richtung USA ins Gespräch zu kommen und angesichts des Krieges Möglichkeiten für eine Art allgemeines Moratorium (Unterbrechung) bei den begonnenen Forschungsvorhaben zu erörtern, wurde von diesem als spionageverdächtige Finte verstanden, ihn auszuhorchen und misstrauisch zurückgewiesen.

Der geniale Quantentheoretiker Heisenberg war zwar kein Nazi-Anhänger und schon gar kein Antisemit, aber als Nationalpatriot durchaus „an-

tibolschewistisch“ eingestellt. Seitens der beteiligten Vertreter der Naziadministration brachte man mit zunehmend länger dauernder Kriegszeit wissenschaftlich-technischen Innovationen, die sich nicht kurzfristig zu den Krieg zu Gunsten Hitlers entscheidenden „Wunderwaffen“ entwickeln ließen, jedoch grundsätzlich Skepsis und Zurückhaltung entgegen. So auch dem Vorhaben des bei den erwähnten Experten-Treffen durchaus auch schon angesprochenen Baus einer möglichen Uranbombe, dessen Erfolg für sie wenn, dann eher nur mittel- bis längerfristig zu erwarten war. Das markierte den Entscheidungspunkt, an dem das deutsche und US-Atomprojekt dann auseinanderliefen. Die Forschungen im Dritten Reich sollten zwar weiterlaufen, aber in einem eher bescheiden ausfallenden Ausmaß von beteiligtem Personal und eingesetzten Finanzmitteln. Man könnte fast von einem deutschen Experimentierstübendasein im Dr. Faust-Stil sprechen, in dem dies zunächst in Behelfseinrichtungen wie dem zur abschreckenden Tarnung sog. *Virus-Haus*, dann einem geräumigeren Bunker auf dem Gelände des Berliner Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik, geschah. Zudem konkurrierten die beiden Gruppen um Heisenberg/v. Weizsäcker/Wirtz und Diebner/Heeresversuchsanstalt (HVA) und Paul Harteck in Hamburg um die sehr begrenzten wichtigen Ausgangsmaterialien Uranerz/-oxid und schweres Wasser als Bremssubstanz (Moderator) zur Steuerung einer sich selbst erhaltenden Kettenreaktion. Die genannten Teams arbeiteten außerdem mit teils unterschiedlichen technischen Anordnungen und verwendeten Grundstoffen lange unkoordiniert nebeneinander her. Dies begünstigte auch eine unterschiedliche Verfolgung von damit verbundenen Zielsetzungen.

### Die US-Atombombe

Ganz anders der Verlauf in den USA. In Chicago wurde im Metallurgischen Laboratorium (Met. Labs) der dortigen Universität unter Leitung des aus Italien emigrierten Physikers Enrico Fermi an einem Reaktor (Chicago Pile) geforscht und man gelangte vor den Deutschen bis zum Sommer 1942 bereits zu brauchba-

ren Ergebnissen mit einem kritischen Meiler mit sich selbst erhaltender, kontrollierter Neutronenvermehrung. Mehrere Forschungseinrichtungen in den USA verfügten anders als in Deutschland schon über leistungsfähige Hochspannungsanlagen und hochmoderne Zyklotrone für die Neutronenbeschleunigung. Wiederum war es Leo Szilard, der sich zuvor schon zusammen mit dem späteren Konstrukteur der Wasserstoffbombe, Edward Teller, ebenfalls aus Ungarn stammend, im Sommer 1939 an Albert Einstein in dessen Domizil in Princeton gewandt hatte, um diesen gegen dessen Zweifel zu seiner maßgeblichen Unterschrift unter ein vorformuliertes Memorandum an Präsident Roosevelt zu bewegen. Mit diesem Eingabebrief sollte die US-Regierung mit Nachdruck auf die Gefahr des möglichen Baus einer Atombombe durch Hitler-Deutschland hingewiesen und empfohlen werden, effektive Schritte und Maßnahmen einzuleiten, dem mit einem Eigenbau zuvorzukommen. Es war neben einer später noch hinzu kommenden Expertise von US-Wissenschaftlern der entscheidende Anstoß für das am Tag vor dem japanischen Überraschungsangriff auf die US-Pazifikflotte in Pearl Harbor (7. Dezember 1941) administrativ auf den Weg gebrachte *Manhattan-Projekt* zum Bau einer eigenen amerikanischen Atombombe, so benannt, weil sich das koordinierende Engineering Büro anfänglich in Manhattan befand. Unter optimalen Bedingungen weder eingeschränkter noch gestörter Kriegsforschung und -produktion gelang es den USA mit weit über hundertfünfzigtausend beteiligten Wissenschaftlern, Ingenieuren, Technikern und Arbeitern binnen relativ kurzer Zeit ab 1942/43 an den drei Hauptorten Los Alamos in New Mexico, Richland/Washington (Plutoniumproduktion der Hanford Engineer Works, heute teuerste Atomruine der Welt) und Oak Ridge/Tennessee, wo man die erforderliche Isotopentrennung und Urananreicherung vornahm, zuverlässig das Prinzip einer funktionsfähigen Atombombe zu entwickeln. Anders als die deutschen Forscher arbeiteten die US-Wissenschaftler nicht mit dem schwer herzustellenen Schwerwasser als Bremssubstanz für die Neutronen, sondern mit dem leichter zu beschaffenden und hand-

habenden reinen Graphit. Uran bezog man in genügender Menge aus kanadischen Minen. Der erste erfolgreiche Test „Trinity“ (Dreifaltigkeit) fand jedoch erst nach dem Ende des Krieges mit Nazi-Deutschland am 16. Juli des Jahres 1945 in der Wüste New Mexicos bei White Sands statt. Auch die offiziellen Stellen in den USA trauten vor allem ihrem jungen wissenschaftlichen Personal nicht recht, das wie Hans Bethe, Deutscher mit zur Hälfte jüdischen Eltern, nicht selten als Mathematiker, Atomphysiker oder Physikochemiker seit den 1930er Jahren aus Deutschland und Europa über Exilwege in die USA gekommen war. Die wissenschaftliche Sektion in Los Alamos lag zwar führend in den Händen des noch keine 40 Jahre alten organisationstüchtigen und meisterlich kommunikationsfähigen, deutsch-jüdisch abstammenden Physikers J. Robert Oppenheimer (1904-1967). Dieser verfügte über ausgezeichnete Kenntnisse der deutschen Physikszenen aus seiner Göttinger Doktorandenzeit bei Max Born, wo er u. a. mit Heisenberg, Bohr, Fermi und Teller zusammentraf. Die Gesamtleitung des Projekts aber hatte das Militär inne in Gestalt des West Point-Absolventen und am Massachusetts Institute of Technology (MIT) ingenieurwissenschaftlich ausgebildeten Army-Generals Leslie R. Groves (1896-1970).

### “KZ für Nobelpreisträger“

Das eigentliche Kernforschungsgelände des National Laboratory bei Los Alamos, einem ursprünglich kleinen Gebirgsort am oberen Rio Grande in über 2.200 Metern Höhe gelegen, war im Grunde ein hermetisch vom Militär abgeriegeltes und gesichertes geheimes Terrain. Hinter Stacheldrahtzäunen befanden sich Verwaltungsgebäude, Experimentierbaracken, Laboratorien, Militärunterkünfte, Wohnwagen und einfache Fertigtbauwohnhäuser. Es hatte etwas vom Charakter eines improvisierten „Ghettos“, wie es von manchen dort Lebenden und Arbeitenden auch empfunden wurde, andere sprachen sogar offen vom „KZ für Nobelpreisträger“. Spätestens seit der zweiten Hälfte des Jahres 1944 währte man sich in den USA zuverlässig aus eigenen Geheimdienstquellen und durchsuchten Verbindungs-

stellen der Deutschen in Paris und Strassburg darüber informiert, dass im von schweren Luftangriffen stark kriegsgeschädigten Deutschland eine Atombombe absehbar nicht zustande gebracht werden würde. Dies sickerte auch bald bis Los Alamos durch und verursachte Unruhe und Bedenken unter einem Teil der beteiligten Forscher. Der Bau und präventive Einsatz einer nuklearen Bombe gegen Hitler-Deutschland schien ihnen nicht mehr dringlich geboten. Sie wollten daher die Arbeit daran einstellen. Auf je eigene zwingende Weise wurden solche Vorbehalte und Skrupel jedoch von Oppenheimer und Groves gemeinsam entkräftet und weggewischt, u. a. mit Verweis auf den auch noch im Gang befindlichen Krieg im Pazifik und die vermutlich hohe Zahl soldatischer Opfer, die die USA eine militärische Eroberung Japans noch kosten würde. Die dennoch kursierende Erklärung einer Wissenschaftlergruppe in Los Alamos um Szilard, die u. a. vorsah, hochrangigen japanischen Militärs und Regierungsvertretern die Testzündung einer Atombombe abschreckend zu demonstrieren, wurde von General Groves schlicht ignoriert und ihre Übermittlung an die Regierung Roosevelt verhindert. Man wollte seitens des US-Militärs den Einsatz und hatte dazu bald zwei einsatzbereite Atombomben (siehe dazu: Leslie R. Groves: *Now it can be told. The Story of the Manhattan Project*, 1962; dt.: *Jetzt darf ich sprechen. Die Geschichte der ersten Atombombe*; 1965). Viele wissenschaftliche Mitarbeiter des Manhattan-Projekts, das nahtlos in das US-Atomrüstungsprogramm überging, kündigten jedoch nach den beiden Bombenabwürfen auf Japan ihre Jobs in Los Alamos.

### Das Ende deutscher Träume von „Uranmaschine“ und „Bombe“

Der einzige nennenswerte Lieferant der Deutschen für das dringend benötigte Schwerwasser (D<sub>2</sub>O), die Norsk Hydro-Werke im besetzten südnorwegischen Rjukan, war Anfang 1943 durch ein spektakuläres Sprengkommando norwegischer Widerstandskräfte erheblich beschädigt, nach erneutem raschem Wiederaufbau durch alliierte Luftangriffe noch im selben Jahr völlig zerstört wor-



den. Ein letzter noch auf den Weg gebrachter Schwerwassertransport aus Norwegen von mehreren hundert Litern in Fässern wurde durch eine erneute Sabotageaktion vereitelt. Ein weiterer entscheidender Faktor gegen schnelle deutsche Fortschritte. Wichtige (Ersatz-)Zulieferfirmen im Reich wurden immer wieder bombardiert, Materialtransporte in Zügen verzögerten sich oder fielen aufgrund zerstörter Gleisnetze und Bahnhöfe auf Tage und Wochen aus. Vermehrt wurden daher Lieferungen auf die Straße mit LKWs verlegt, die oft noch von Tieffliegern angegriffen wurden. Die Vorräte an Uranerz (z. B. aus belgischkolonialen und tschechischen Beständen) und schwerem Wasser waren bereits ziemlich erschöpft, um deren Erhalt zusätzlich noch von den einzelnen Versuchsstellen kleinlich gestritten wurde. Im Lauf des Jahres 1944 war kriegsbedingt damit begonnen worden, die Uran-Abteilung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik in Berlin ins südschwäbische Städtchen Hechingen unter der Burg Hohenzollern zu verlegen, wo die Gruppe Heisenbergs ab Anfang 1945 unter einfachsten ungeschützten Bedingungen im nahegelegenen malerischen Örtchen Haigerloch ihre Arbeit aufnahm. Im ehemaligen Bier- und Weinkeller (heute Atommuseum) der Schwanen-Gaststätte befand sich bunkerartig natürlich gesichert im Kalkfelsen unterhalb der Schlosskirche der letzte deutsche Versuchsreaktor mit der experimentellen Bezeichnung B(erlin) VIII. Das war nicht mal annähernd die Dimension wie in den USA mit ihren riesigen großindustriellen Anlagen. Auch die Abteilung der Heeresversuchsanstalt bei Kummersdorf/Gottow südlich von Berlin, wo die Gruppe um Diebner tätig war, wurde nach einem offensichtlich erfolgten schwerwiegenderen Reaktorunfall (Versuch G III) noch nach Stadtilm in Thüringen umquartiert, ohne dort die Arbeit an einem neuen Reaktor noch mal gezielt aufzunehmen. Man war dagegen ja mit anderem beschäftigt. Diebner selbst kam, vermutlich auf der Suche nach weiterem uranangereichertem Material, nach dem 3. März 1945 noch für mehrere Tage nach Haigerloch zu Heisenberg und seiner Gruppe, um sich vom Stand ihrer Arbeit zu überzeugen, jedoch ohne von den laufenden „Nukleartests“ in

Thüringen zu berichten. Die Gruppe Heisenberg war bis zuletzt noch aktiv, der es aber mangels genügendem Ausgangsmaterial an Uran und Schwerwasser nicht mehr gelang, eine sich stabilisierende Kettenreaktion zu erzeugen, bevor die in vorderster Frontlinie operierende amerikanische Spezialsuchtruppe der ALSOS-Mission am 23. April eintraf, die Forscher gefangen nahm, den Reaktor abbaut und alle Gerätschaft in die USA abtransportierte. Heisenberg, dem nachgesagt wird, er habe von sich aus das von ihm geleitete Versuchsprojekt absichtlich zusätzlich verzögert, war es auch, der Anfang 1947 in einer ersten Denkschrift angab, die Anzahl der Menschen, die in Deutschland an einem Uranexperiment arbeiteten, „hat wohl in keiner Phase einige hundert überschritten“. Hinsichtlich der von deutschen Behörden für das Uranvorhaben zur Verfügung gestellten Mittel, stellte er ohne dies zu präzisieren an gleicher Stelle fest, dass sie „gegenüber den von den Alliierten eingesetzten Mitteln verschwindend gering“ waren. Insgesamt hätte der in Deutschland unternommene Aufwand den tausendsten Teil des amerikanischen betragen. (nach W. Heisenberg: *Über die Arbeiten zur technischen Ausnutzung der Kernenergie in Deutschland*, Göttingen, Januar 1947 in: William L. Laurence: *Dämmerung über Punkt Null. Die Geschichte der Atombombe*, München 1949, S. 241-252). Die beiden dann „ersatzweise“ statt über Berlin und Mannheim/Ludwigshafen über den von US-Luftangriffen nahezu unbehelligten süd-japanischen Küstenstädten Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen Bomben „Little Boy“ und „Fat Man“ sollten furchtbare und verheerende Auswirkungen für Hunderttausende Menschen und die Substanz ihrer Heimatstädte zeigen und noch über Jahrzehnte nach sich ziehen. Ihre Fertigstellung ließen sich die USA insgesamt etwa 2 Mrd. Dollar kosten, was heute einem Vielfachen davon entspräche. Enorme Finanzmittel, zu denen man im Dritten Reich, das schon an die 45 Mrd. Reichsmark (RM) in seine Kriegsrüstung gepumpt hatte und finanziell dem Kollaps nahe war, zusätzlich weder bereit noch fähig gewesen wäre. Immerhin lag der sich sehr interessiert zeigende Rüstungsminister Speer mit seiner Schätzung, man bräuchte für die Atomsache mindestens 100 Mio.

RM, die er bereitzustellen gewillt war, gar nicht so weit davon entfernt (siehe Albert Speer, *Erinnerungen*; 1969). Ein eingereichter Kostenvoranschlag von Heisenberg für das Jahr 1942 für sein Projekt nannte dagegen noch eine erklecklich geringe Summe von 350.000 Reichsmark.

### Vom Kriegsprojekt zur deutschen Nachkriegssituation

Noch im Sommer 1945 wurden im Zuge der Operation Epsilon zehn maßgeblich am deutschen Uranprojekt beteiligte deutsche Wissenschaftler, Bagge, Diebner, Gerlach, Hahn, Hardeck, Heisenberg, Korsching, v. Laue, v. Weizsäcker, Wirtz, auf dem mittelenglischen Landsitz Farm Hall bei Cambridge für ein halbes Jahr komfortabel interniert. Man trieb sich frei in idyllischem Parkgelände bewegend Lauf- und Ballsport, aß und trank gut, ging musischen Neigungen nach, spielte abends lange Bridge- und Skatpartien, hielt einander Vorträge und diskutierte diese und wurde einzeln immer wieder verhört. Die Gespräche der Festgesetzten untereinander wurden von Mitarbeitern englischer und US-amerikanischer Geheimdienste systematisch abgehört, aufgezeichnet und ausgewertet (siehe *Farm Hall-Protokolle*). Man erhoffte sich davon weitere wesentliche Aufschlüsse über den tatsächlich erreichten Stand der deutschen Forschungen und die Rolle ihrer Protagonisten. Als am 6. August per Radio die Kunde zu den Internierten vom Abwurf der Hiroshimabombe durchdrang, stellten sich teils helle Verwunderung und Zweifel, teils fassungsloses Entsetzen bei den Versammelten ein. Heisenberg hielt es zuerst für eine Falschmeldung, um die Deutschen auf die Probe zu stellen, Otto Hahn soll sich aufgebracht und grübelnd stundenlang in sein Zimmer eingeschlossen haben und musste erst wieder beruhigt werden. Er machte sich selbst schwere Vorwürfe, obwohl er als Chemiker am deutschen Uranprojekt gar nicht maßgeblich mehr beteiligt gewesen war. Andere wie Kurt Diebner und Erich Bagge reagierten eher kühl argumentierend und sich wundernd auf die Nachricht. Sie wie auch Karl Wirtz von der Heisenberg-Gruppe gehörten später in den 1950er

Jahren zu den wichtigen Stützen des westdeutschen zivilen Atomversuchsprogramms und Befürwortern des Aufbaus einer eigenen Energie erzeugenden Atomwirtschaft (siehe Bagge/Diebner: *Zur Entwicklung der Kernenergieverwertung in Deutschland*, in: Bagge, Diebner, Jay: *Von der Uranspaltung bis Calder Hall*. Hamburg 1957, S. 9-80). Insofern erwiesen sich ihre Beteiligungen zur Nazizeit am Uranprojekt in Kontinuität als wichtige Voraussetzung, dass dabei erworbenes Grundlagenwissen und erprobte technische Verfahren später nutzbringend wieder eingesetzt werden konnten, um der BRD einen Einstieg in die moderne Atomtechnologie zu ermöglichen. Doch zuvor mussten nach der Aufhebung des jegliche kernphysikalische Forschung verbietenden Besatzungsstatuts 1955 zehn untätige „verlorene Jahre“ rasch nachgeholt werden. Der erste Nachkriegsversuchsreaktor im ab 1956 neu geschaffenen Kernforschungszentrum Karlsruhe war im Prinzip noch ein getreues Abbild des zuletzt im Krieg entwickelten und getesteten Schwerwasserreaktors (siehe Informationsbroschüre Atom-museum Haigerloch). Bald sollten weitere neue Forschungsreaktoren in Geesthacht bei Hamburg und noch an anderen Orten folgen.

### Die Sowjetunion zieht nach – ein Regime etabliert sich

Roosevelts Nachfolger, Präsident Truman, ließ die Kunde vom erfolgreichen Test der ersten US-Atombombe im Juli 1945 taktisch noch in die Potsdamer Siegerkonferenz hinein platzen. Man erhoffte sich davon eine schockartige Wirkung auf Stalin, Molotow und die sowjetische Delegation. Stalin wiederum, so wird kolportiert, soll nur verhalten und nüchtern ohne weitere Fragen zu stellen darauf reagiert haben, dabei die Hoffnung äußernd, dies möge den Krieg bald beenden. Man war keineswegs sehr überrascht davon, da man durch den eigenen Atomspion, den jungen deutschen theoretischen Physiker Klaus Fuchs, der über England nach Los Alamos gekommen war, und seine Mittelsleute in Santa Fé bis in Einzelheiten über das amerikanische Bombenprojekt informiert war. Fuchs arbeitete nach erfolgter Rückkehr nach England

am britischen Atombombenprojekt weiter, wo er 1950 enttarnt wurde. Er hatte nicht nur allgemein Pläne verraten, sondern den Sowjets auch in seine eigene maßgebliche wissenschaftliche Zuarbeit zur zweiten US-Plutoniumbombe Einblick verschafft. Fuchs wurde bald gegen Spione der anderen Seite ausgetauscht und später als Physiker in der DDR zu einer angesehenen Persönlichkeit des wis-



senschaftlichen und öffentlichen Lebens. Die oft geäußerte Einschätzung, die USA hätten die Atombomben auf das so gut wie besiegte Japan vor allem als deutliche Warnung an die SU eingesetzt, ist insofern zu relativieren als man von sowjetischer Seite bereits darauf vorbereitet war und prompt antwortete. So erklärte Moskau gemäß einer Vereinbarung des Abkommens von Jalta noch am 8. 8. 1945 Japan den Krieg. Man rückte zunächst in die von Japan besetzte Mandchurei ein (1946 an China abgetreten), um ein Gegengewicht gegen die vordringenden USA zu schaffen und bei späteren Kapitulationsverhandlungen mit am Tisch zu sitzen, etwa um sich den Besitz der Kurileninseln zu sichern.

Es sollte dann trotz reichlich geförderten Uranerzes vor allem aus der sowjetischen Besatzungszone in Thüringen/später DDR (Wismut SAG) und deutschen technischen Know-hows (Manfred von Ardenne u. a.) noch vier Jahre dauern, bis in identischer Bauart der amerikanischen Bomben die Sowjetunion Ende August 1949 ebenfalls soweit war, ihre erste Atombombe in der kasachischen Steppe im Gebiet von Semipalatinsk erfolgreich zu zünden und damit das nur kurz bestehende Atombombenmonopol der USA zu brechen (siehe A. Heinemann-Grüder: *Die sowjetische Atombombe*. Münster 1992). Es mutet paradox an, dass Na-

zideutschland zwar keine eigene richtige Atombombe konstruieren und noch einsetzen konnte, dafür aber in die USA emigrierte und geholte bzw. von der Sowjetunion verpflichtete deutsche Wissenschaftler und Techniker (siehe H. und E. Barwich: *Das rote Atom. Als deutscher Forscher in der UdSSR*. Ffm. 1970) an den Anfängen für die Atombombenprogramme der ersten beiden nuklearen Supermächte nicht unwesentlich mit beteiligt waren. Das Atomdilemma entfaltete von da an seine bis heute andauernde unumkehrbare Eigendynamik. Aus den USA und der Sowjetunion wurden die ersten über Jahrzehnte in scharfem Systemgegensatz (*Kalter Krieg*) zueinander stehenden Atomstaaten der Erde, gefolgt von Großbritannien (Atommacht seit 1952), Frankreich (1960), der VR China (1964) bis hin zu Indien (1974), Pakistan (1998), Südafrika (ab Mitte/Ende '70er Jahre; Ausstieg 1991), Israel (Ende '70er Jahre) und Nordkorea (2006), nicht mit einbezogen eine Reihe von sog. nuklearen Teilhabestaaten im Rahmen der Abschreckungsdoktrin der NATO wie Belgien, Deutschland, Italien, die Niederlande und Türkei, die sich im Ernstfall die Option zum Einsatz von auf ihrem Staatsgebiet gelagerten US-Atomwaffen unter amerikanischer Kontrolle vorbehalten. Dies begründete den Anfang des seither kontinuierlich ausgebildeten komplexen Geflechts von Mechanismen („Gleichgewicht des Schreckens“, „Atoms for Peace“/Atome für den Frieden u. a.), gesetzlichen Regelwerken zu weltweiter Atomwaffenkontrolle (Teststopp-/Nichtverbreitungsabkommen), atomrüstungstechnischen Innovationen, Weltmachtinteressen, Militärbündnissen, Kriegsszenarien, nuklearwaffenbedingten Vormachtstellungen, durchgesetzten Sonderwegen (Bsp. Israel), Kriegen und Konflikten dicht am atomaren Abgrund (Korea-/Vietnamkrieg, Kubakrise, Berlinkrise 1948, Naher Osten '60er Jahre, Europa Anfang '80er Jahre, Militärschläge gegen Iraks Atomreaktor, Atomkonflikt mit dem Iran) u. a. m., das hier mit dem Begriff „Regime nuklearer Weltordnung“ gekennzeichnet wird. Aber das ist Stoff und Inhalt eines weiteren Beitrags zum Fortgang der Atomrüstung und Politik mit Atomwaffen bis in unsere Tage.

E.K., Bremen, 1. 3. 2015

# Chile: Ein Jahr Regierung Bachelet

Vor einem Jahr, am 11. März 2014, wurde Michelle Bachelet im Rahmen einer feierlichen Zeremonie in das Präsidentenamt eingeführt. Das war für sie nichts neues da sie das Land schon einmal regiert hat. Trotzdem verbinden viele Menschen damit große Hoffnungen. Schließlich hat sie diesmal den Schwung der Studentenbewegung von 2011 im Rücken. Dadurch wurde das Zentrum des Regierungslagers nach links verschoben.

Für eine abschließende Bewertung ist es noch zu früh. Indizien lassen aber befürchten, dass es sich um eine Regierung in der Tradition der alten *Concertación* (siehe Kasten) handeln wird. In zweitrangigen Fragen, auch wenn das für die Betroffenen alles andere als zweitrangig ist, macht sie eine erfrischende Politik. Bei den wirklich wichtigen Punkten wird aber das Bestehende nicht radikal in Frage gestellt, auch da nicht wo die *Nueva Mayoría* (Neue Mehrheit) die Kraft dazu hat.

Es gibt Stimmen die das auf eine 5. Kolonne der Rechten innerhalb des Bündnisses zurück führen. Sie sagen nicht wer gemeint ist. Es liegt aber nahe dabei an die Christdemokraten zu Denken. Das sind aber nicht die einzigen Verdächtigen, auch in anderen Parteien der *Nueva Mayoría* gibt es genügend Neoliberale.

Mit ihren ersten Schritten drückte die neue Regierung ihren Wunsch nach einem sozialeren Chile aus. Sie brachte sofort ein Gesetz auf den Weg, dass den ärmsten der Armen zwei Unterstützungen verschafft. Zu Beginn des Schuljahres erhalten sie jetzt eine Beihilfe von ca. 80 US-Dollar um die Kosten für Unterrichtsmaterial begleichen zu können. Und im Winter greift man ihnen mit einer ähnlichen Summe bei den Heizkosten unter die Arme. Innerhalb von nur 24 Stunden hat das Parlament zugestimmt. Damit wurde gleich zu Beginn des neuen Schuljahres ein deutliches Zeichen gesetzt.

Solche Beihilfen sind aber kein Alleinstellungsmerkmal von Mitte-Links-Regierungen. Schon ihr rechter Vorgänger konnte durch öffentlichen Druck zur Unterstützung dieses Per-



Quelle: Präsidentenpalais der Republik Chile

Bachelet mit ecuadorianischen Präsidenten Correa bei ihrer Amtseinführung in Santiago

sonenkreises bewegt werden. Deshalb wird das geschichtliche Urteil über Bachelets zweite Amtszeit nicht von der Zahl solcher Programme bestimmt. Entscheidend wird sein wie weit sie die chilenische Gesellschaft

aus der Spur des von der Diktatur hinterlassenen politischen und ökonomischen Systems bringen kann.

Das Mittel der Wahl für einen grundsätzlichen Umbau der Gesellschaft ist natürlich eine neue Verfas-

## Von der *Concertación* zur *Nueva Mayoría*

Die *Concertación* (*Concertación de Partidos por la Democracia – Konzertierte Aktion von Parteien für die Demokratie*) war ein Bündnis von Mitte-Links-Parteien das aus der *Concertación de Partidos por el No* hervorgegangen ist. Es setzte sich im Rahmen des von der Diktatur organisierten Übergangs zur Demokratie im Plebiszit von 1988 gegen weitere 8 Jahre Militärregierung ein. Nach ihrem Erfolg bildeten sie für die folgenden Wahlen eine Allianz die unter dem leicht veränderten, aber schon eingeführten Namen, antrat. Die Kommunisten waren in diesem Kreis nicht Erwünscht. Eine Folge ihrer politischen Linie während des Kampfes gegen die Diktatur. Gleichzeitig pflegten die Christdemokraten weithin ihr Dogma der Ablehnung von Kandidaturen in Zusammenarbeit mit Kommunisten.

Die *Concertación* hat Chile 20 Jahre lang regiert bis sie 2009 bei der Präsidentenwahl scheiterte. Im Vorfeld dieser Abstimmung kam es erstmals zu Wahlabsprachen zwischen ihr und den Kommunisten. Diese waren als außerparlamentarisch tätige Organisation, entgegen aller Erwartungen, nicht von der Bildfläche verschwunden. Durch eine kluge Politik hatten sie in dieser Zeit ihren Einfluss, wenn auch auf niedrigem Niveau, erweitern können. Die Stimmen dieses Sektors wollte die *Concertación* ihrem Lager zuführen weshalb sie einige prominente Kommunisten aufstellte. Damit konnte die KP, erstmals seit dem Militärputsch von 1973, wieder Vertreter in das Abgeordnetenhaus entsenden.

In Vorbereitung des letzten Urnengangs sind Kommunisten und einige weitere kleinere Parteien wie IC (*Izquierda Ciudadana – Bürgerliche Linke*) oder MAS (*Movimiento Amplio Social – Breite Soziale Bewegung*) in das Wahlbündnis aufgenommen worden. Damit diese Veränderung auch öffentlich wahrgenommen wird gab man sich einen neuen Namen. Jetzt firmiert man unter dem Firmenschild *Nueva Mayoría* (*Neue Mehrheit*).

sung. Doch dafür gibt es gegenwärtig keine parlamentarische und wohl auch keine gesellschaftliche Mehrheit. Bachelet kann daher nur innerhalb des von Pinochet hinterlassenen Regelwerkes verändernd Tätig werden. Doch das, was sie macht, sollte die Bedingungen verbessern einmal das lang ersehnte Ziel zu Erreichen.

## Steuerreform

Das erste Projekt dieser Kategorie ist inzwischen abgeschlossen. Eine Steuerreform soll dem Staat die Mittel verschaffen um weitere Vorhaben, etwa die Bildungsreform, auch finanzieren zu können. Die *Nueva Mayoría* hat die parlamentarische Kraft um die notwendigen Gesetze im Alleingang zu Beschließen. Trotzdem wurden Verhandlungen mit der Rechten aufgenommen, die dem Projekt im großen und ganzen zugestimmt hat.

Entsprechend sehen die Ergebnisse aus. Bis 2017 werden die Unternehmenssteuern schrittweise von 20 % auf 25 % erhöht. Das ist nicht viel. In Deutschland liegt dieser Satz bei 29,4 % und in den USA bei 40 %. Im darauf folgenden Jahr entfällt die Möglichkeit, die Zahlung der Gewinnsteuern in die Ewigkeit zu verschieben.

Im Gegenzug wird Personen mit Einkommen über 10.500 US-Dollar monatlich der Steuersatz von 40 % auf 35 Prozent gesenkt. Diese Absenkung wird von Maßnahmen gegen

Steuerflucht und Steuervermeidung begleitet. Sie sollen die entgangene Summe mehr als ausgleichen. Nach der Umsetzung aller Elemente dieser Reform erwartet die Regierung jährliche Mehreinnahmen von 8,2 Milliarden US-Dollar. Ob das so ist wird die Zukunft zeigen.

Diese vorsichtige Reform ist von Linken in neoliberal Regierten Ländern Lateinamerikas mit Interesse zur Kenntnis genommen worden. Sie sehen in dem neuen Gesetz einen Zeitenwechsel. Da spielt die Höhe des Steuersatzes keine so große Rolle. Wichtig ist für sie die Richtung in der er sich bewegt. Erstmals seit Jahrzehnten geht er in diesem neoliberalen Modell wieder nach oben. Das verbessert für sie die Möglichkeiten sich gegen die Zumutungen ihrer Regierungen zu Verteidigen. Deshalb hat es auch den Massenmedien dieser Länder, sie propagierten immer das Beispiel Chile, die Sprache verschlagen. In ihrer Berichterstattung wird über Bachelets Innenpolitik so gut wie kein Wort verloren. Dagegen jubeln die linken Kommentatoren: „*Unser altes Modell hat sich nach links bewegt.*“ Dabei verbinden sie mit dem Wort „*unser*“ kein linkes Modell sondern das Neoliberale. Es wird den Gesellschaften von der Bourgeoisie vorgegeben.

## Bildungspolitik

Im Mittelpunkt des chileninischen Interesses steht aber die Bildungs-

politik. Die Studentenbewegung hat dieses Thema zu den zentralen Aufgabenfeldern jeder Regierung gemacht. Von Bachelet wird erwartet das sie die damaligen Forderungen umsetzt. Alle Kinder und Jugendlichen müssen Zugang zu kostenloser Bildung guter Qualität erhalten. Das Gesetz mit dem das erreicht werden soll passierte im Oktober das Abgeordnetenhaus. Nun wird auf die Zustimmung des Senats gewartet. Es bleibt abzuwarten ob genügend Senatoren von dem Gesetz überzeugt werden können, bzw. in wie weit es verwässert wird.

Schon im Parlament hat es Federn lassen müssen. Wie die Abgeordnete Camila Vallejo beklagt, wurde dort der Passus gestrichen, in dem die Gewinnerzielungsabsicht im Bildungsbereich zur Straftat erklärt werden sollte.

In diesem Zusammenhang ist interessant, dass die kommunistin Vallejo nun den Vorsitz des für diese Themen zuständigen Parlamentsausschusses übernimmt. Damit steht eine ehemalige Vertreterin der Studentenbewegung, wie eine chilenische Zeitung schreibt, „*an der Spitze eines der Schlüsselbereiche der Reformen der Regierung Bachelet*“.

Will etwa die Mehrheit der *Nueva Mayoría* schon jetzt den Kommunisten den Schwarzen Peter für ein mögliches Scheitern zuschieben? Das ist gut möglich. Schließlich wird eine zweite wichtige Kommission von einem ihrer Parteifreunde geleitet. Lautaro Carmona steht dem Ausschuss für Arbeitsrecht vor, dort wird im kommenden Jahr die Reform des Arbeitsgesetzbuches verhandelt.

Mit diesen Funktionen befindet sich eine große Verantwortung in den Händen von Kommunisten. Das ist riskant, aber wenn sie ihre Sache gut machen kann das ihre gesellschaftliche Verankerung stärken.

## Arbeitsrecht

Am 29. Dezember gab Michelle Bachelet den Startschuss für die Reform des Arbeitsgesetzbuches. Mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen sollen die Rechte der Beschäftigten gestärkt werden. Doch entscheidende Punkte fehlen. Die Möglichkeit von Branchentarifverträgen wird nicht



Michelle Bachelet mit Evo Morales bei einem Treffen der Vertreter der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) 2015 in Costa Rica, Quelle: Präsidentenpalais der Republik Chile

eingäumt. Da ist es nur konsequent das das Prinzip der Betriebsgewerkschaft erhalten bleibt.

Daher kommt aus den Reihen der Gewerkschaften Kritik. So erklärte Andrés Aguilera, Vorstandsmitglied des Dachverbandes CUT, dass es sich „um ein Reformprojekt handelt das wenige Aspekte der Verbesserung enthält, ... weil es den Unternehmern viele Garantien gibt“.

Es bleibt abzuwarten was nach den parlamentarischen Beratungen am Ende beschlossen wird. Schließlich könnten die Mandatsträger die Vorschläge der Präsidentin auch verbessern. Doch dafür müssten sich die arbeitenden Menschen aber massiv Gehör verschaffen.

### Binominalismus \*

Das Wahlrecht ist eine der Mauern mit der die Rechte das während der Diktatur geschaffene System schützt. Eigentlich müsste es durch ein Mehrheits- oder Verhältniswahlrecht abgelöst werden, doch dafür fehlt der aktuellen Regierung die Kraft. Deshalb hat sie in Zusammenarbeit mit einer kleinen rechten Strömung eine Entschärfung des Binominalismus auf

den Weg gebracht. Man will die Zahl der Abgeordneten und Senatoren erhöhen um in großen Stimmkreisen mehr als zwei Mandate vergeben zu können. Das gibt weiteren Kräften die Chance auf parlamentarische Vertretung. Wegen dieser Reform hat sich aber schon die Leitung der rechten Fraktion an das Verfassungsgericht gewandt. Sie möchte erreichen, dass das Gesetz als unvereinbar mit der Verfassung erklärt wird. Sollte das Gericht dies auch so sehen wäre das Projekt wohl vorerst gestorben.

### Eine Strategie der Spannung?

Seit vielen Jahren kommt es in Chile immer wieder zu Bombenanschlägen. In den letzten zehn Jahren sollen es ca. 200 gewesen sein. Zu nächtlicher Stunde explodieren kleine einfache Sprengsätze vor Banken oder an Geldautomaten. Diese Attentate rechnet man einem anarchistischen Milieu zu, aber genaueres weiß man nicht. Im Juni begann in Santiago eine kleine Anschlagsserie die sich davon abhob. Nun wurden U-Bahnhöfe ins Visier genommen. Diese Bomben forderten mehr als ein Dutzend Verletzte, darunter drei

Schwerverletzte. Mitte September wurden drei junge Erwachsene Verhaftet. Damit endeten die Attacken auf die Untergrundbahn. Es bleibt abzuwarten ob es sich bei den Festgenommenen wirklich um die um die Täter handelt. Schließlich hat die Justiz den ersten Verdächtigen aus der Untersuchungshaft entlassen und ihm einen teilweisen Hausarrest auferlegt.

Cristóbal Bellolio von der Universität Adolfo Ibáñez gab zu den Anschlägen folgendes zu Protokoll: „Bis vor zwei Wochen haben wir alle über die Bildungsreform gesprochen. Heute sind die Themen die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und die öffentliche Sicherheit, ein Diskurs der die Rechte bevorzugt.“ In Anwendung des kriminalistischen Prinzips Cui Bono (Wem nützt es?) stellt sich folgende Frage: Gehören die Attentate auf die U-Bahn etwa zu einer kleinen Strategie der Spannung? Soll damit der Regierung Bachelet signalisiert werden, es mit den Reformen nicht zu weit zu treiben? Die Antwort kennen wir nicht.

Die reale Politik Bachelets spricht eigentlich dagegen. Doch sieht das auch die Bourgeoisie so? Aus der Geschichte wissen wir, dass diese Kreise im 20. Jahrhundert nicht gewillt waren Radikale oder Christdemokratische Regierungen und deren Reformen zu akzeptieren. Das könnte Heute ähnlich sein. Daher bleibt nichts anderes übrig als der Regierung Bachelet viel Erfolg zu Wünschen, auch wenn ihre Ergebnisse Linken nicht weit genug gehen.

### \* Binominales Wahlsystem

Nach dem binominalen Wahlsystem werden in jedem Wahlkreis zwei Kandidaten auf Basis der Stimmen für die Wahlkreislisten der Parteien und Wahlverbindungen innerhalb dieses Wahlkreises verteilt.

Erhält die siegreiche Liste mehr als doppelt so viele Stimmen wie die zweitstärkste Liste, so sind ihre Kandidaten gewählt und erhalten die beiden Sitze. Ansonsten sind in dem Wahlkreis je ein Kandidat der Liste mit den meisten Stimmen und der Liste mit den zweitmeisten Stimmen zu Abgeordneten gewählt. Die anderen Parteien und Wahlverbindungen gehen leer aus – die für sie abgegebenen Stimmen haben keinen Einfluss auf die Sitzverteilung im Parlament. In dieser Hinsicht ähnelt das binominale System dem Mehrheitswahlrecht, bei welchem allerdings nur ein Kandidat pro Wahlkreis gewählt wird.

Innerhalb der Listen sind die Kandidaten frei wählbar. Die Stimmen für die einzelnen Kandidaten der Liste werden zum Gesamtergebnis der Liste addiert. Gewinnt die Liste einen Sitz, ist der Listenkandidat mit den meisten Stimmen gewählt, gewinnt sie beide Sitze, sind die beiden Listenkandidaten mit den meisten Stimmen gewählt. In letzterem Fall kann es dazu kommen, dass ein Kandidat einer unterlegenen Liste nicht gewählt wird, obwohl er mehr Stimmen erhalten hat als der zweite Kandidat der siegreichen Liste.

Das binominale Verfahren begünstigt ein Zweiparteiensystem gemäßigter Gruppierungen nach Vorbild der USA, verhindert aber die parlamentarische Repräsentation kleiner Parteien, sofern sie kein Bündnis mit größeren Parteien eingehen.

Quelle: Wikipedia [http://de.wikipedia.org/wiki/Binomiales\\_Wahlsystem](http://de.wikipedia.org/wiki/Binomiales_Wahlsystem) Zugriff am 4. 3. 2015

Anzeige

### Die Bremer Linksradikalen



**Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920**

Bremen 1980, 65 Seiten, Broschur. 1,50 €.

**Bestelladresse:**

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: [redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)

## Genosse Udo Winkel verstorben



Udo Winkel (links) vor dem Arsti-„büro“

Im Alter von 77 Jahren verstarb der aus Lüdenscheid stammende Udo am 26. Januar 2015 nach längerer Krankheit in Nürnberg. Udo war 1971 Gründungsmitglied der *Gruppe Arbeiterstimme* und viele Jahre ein wichtiges Mitglied der Redaktion unserer Zeitschrift. Er hat in vielen Artikeln und Diskussionen seine außerordentlichen theoretischen und historischen Kenntnisse eingebracht, besonders zur Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus. In der *Arsti* Nr. 185 vom Herbst 2014 haben wir einen Artikel von ihm nachgedruckt, der sich mit den umstrittenen Ereignissen vom Oktober 1923 aus Sicht der KPO befasste. Udo hat auch zum Gruppenleben viel beigetragen, ob als Referent bei öffentlichen Versammlungen oder im Diskurs bei der Gewinnung von jungen Menschen. Er war als Intellektueller ein engagierter Streiter, wobei manchmal sein Redefluss kaum zu bremsen war. Er scheute sich aber auch nicht, die nötige Kleinarbeit zu übernehmen.

Udo hatte schon in jungen Jahren keine Scheuklappen, dort, wo es ging, unabhängige linke Standpunkte zu vertreten, sei es bei der damals illegalen KPD, in Friedensbewegungszirkeln oder in Gewerkschaftskreisen. Wir lernten ihn kennen, als er sich 1965 zur Bundestagswahl als Kandidat der Deutschen Friedensunion aufstellen ließ. Es dauerte nicht lange, bis

er dabei war, bei der kleinen *Gruppe Arbeiterpolitik* in Nürnberg.

Udo war in jüngeren Jahren bei Siemens beschäftigt und studierte dann in Erlangen Politologie. Es entsprach seinem besonderen Bedürfnis, seine Doktorarbeit Rosa Luxemburg zu widmen. (*Rosa Luxemburg und die deutsche Sozialdemokratie*) Eine Zeitperiode arbeitete er an der Universität Stuttgart-Hohenheim, bis er eine entsprechende Mitarbeiterstelle im Stadtarchiv Nürnberg einnehmen konnte.

Im Gefolge des Aufkommens der Ostermärsche und später der Studenten- bzw. der Jugendbewegung konnte Udo dort viele Kontakte knüpfen und Mitglieder für unsere Gruppe gewinnen. Als Ende der sechziger Jahre die APO, die Außerparlamentarische Opposition, entstand und vorübergehend auch in Teilen der Arbeiterschaft Bewegung aufkam, traten in der *Gruppe Arbeiterpolitik* Differenzen auf. Die Kritik an der Bremer Redaktion nahm zu, auch in Bremen selbst. Es ging vor allem um die Einschätzung der Gewerkschaftsbürokratie und um die Arpo-Unterstützung einer zweiten Liste bei den Klöckner-Werken. Als die Bremer Redaktion vor Artikel-Manipulationen nicht zurückschreckte, war eine Zusammenarbeit nicht mehr möglich.

Das Ergebnis war die bedauerliche Spaltung der Arpo und die Gründung der *Gruppe Arbeiterstimme*. Sie wurde in Nürnberg von Udo und al-

len dortigen Mitgliedern mitgetragen. Auch auswärtige Altgenossen und KPO-Veteranen schlossen sich uns an. Dazu zählten auch der Kreis um die Zeitschrift *Unser Weg* und Bremer Arpo-Genossinnen und Genossen.

Nicht zuletzt dem politischen und praktischen Einfluß Udos war es zuzuschreiben, dass sich die Nürnberger Gruppe vermehrt und verjüngt hatte. Die Herkunft und das politische Niveau der neuen Mitglieder waren sehr unterschiedlich, was nicht anders sein konnte bei der relativ kurzen Zeit ihrer Politisierung. Im Zuge des Niedergangs der APO-Bewegung, der Zersplitterung und Radikalisierung in K-Gruppen gingen auch viele Hoffnungen zu Bruch, auch manche Illusionen. Vor allem die Jüngeren in der Gruppe suchten nach Auswegen verschiedenster Art und stellten die bisherigen Wege und Ziele in Frage. Als sich immer mehr eine Abkehr von marxistischen Grundsätzen abzeichnete, kam es zum Bruch und zur Spaltung der Arsti:

Die Mehrzahl der Opposition war uneinig und unschlüssig; sie kam aus dem „Montagsarbeitskreis“. Udo war dort ebenfalls sehr aktiv. Mit dem Auseinanderbrechen der Gruppe hatte sie mit Udo ein wichtiges Redaktionsmitglied verloren, was wir, trotz mancher politischer Meinungsverschiedenheiten, sehr bedauerten.

Die zunehmenden Krisen der sozialistischen Länder und der Niedergang der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung legten sich in den achtziger Jahren lähmend auf die übrig gebliebenen kommunistischen Gruppen und Zirkel. Für Udo war es, wie bei vielen anderen, „der Abschied von der Arbeiterbewegung“. Er sah seine Aufgabe nun darin, sich dem Freundeskreis um Robert Kurz anzuschließen, um die wertkritische Diskussion voranzubringen. Er schrieb Artikel und arbeitete in der Redaktion der Zeitschrift *Krisis*, später dann für *Exit*.

Das kapitalistische System blieb für ihn das Grundübel bis zuletzt. Sein Leben lang hat er ein umfangreiches politisches Studium betrieben. Davon zeugen auch die etwa 50.000 Bücher, die er nun in seiner Wohnung hinterlassen hat.

Hans Steiger

# Ein Treffen mit Rosa Leviné-Meyer



Links Rosa Leviné im Jahr 1915, rechts mit Eugen Leviné und ihrem Sohn, 1916

Ich las damals das gerade herausgekommene Buch „Leviné: Das Leben eines Revolutionärs“, das seine Frau Rosa geschrieben hatte, die später mit Ernst Meyer verheiratet war. Es handelt vom Führer der Münchner Räterepublik, deren Niederlage und seiner Hinrichtung 1919. Es wurde 1973 in London veröffentlicht. Durch einen Zufall wurde es mir möglich, Rosa zu treffen und sie über die KPD und einige ihrer Führungspersonen, mit denen sie bekannt war, zu befragen.

Und das kam so: Als ich einmal in London bei Pluto Press war, dem linken Verlag, der ihr Buch herausgegeben hatte, schwärmte ich der Frau, mit der ich immer korrespondierte, wenn ich eine Anzahl Bücher vom Verlag bestellte, von dem Buch über Leviné vor, und meinte, dass die Autorin wohl eine faszinierende Frau sein müsse.

„Würdest du sie gern treffen?“, fragte sie mich. „Natürlich“, antwortete ich, worauf sie zum Telefonhörer griff, Rosa anrief und sie fragte ob ich sie besuchen dürfe. Sie lebte in der Nähe, gleich gegenüber der U-Bahnstation Chalk Farm. Es passte und so machte ich mich gleich auf den Weg zu ihr.

Wir unterhielten uns und ich stellte ihr Fragen zu vielen Schlüsselfiguren in der kommunistischen Bewegung, die sie gekannt hatte. Sie zeigte mir die Entwürfe der Manuskripte der zwei Bücher, an denen sie damals arbeitete: Das eine befasste sich mit dem deutschen Kommu-

nismus und das andere mit Portraits von vielen der Schlüsselfiguren, die sie gekannt hatte. Unter Schwierigkeiten herausgegeben, sollten diese beiden Bücher in einem Band unter dem Titel „Im Zentrum des deutschen Kommunismus“ von Pluto Press im Jahre 1977 zusammengefasst werden. Rosa Leviné-Meyer starb zwei Jahre später im Alter von 89 Jahren.

Sie fragte mich, ob ich etwas gegen einen Spaziergang zum Postamt in Swiss Cottage hätte, das einige Kilometer entfernt war. Also setzten wir auf dem Hin- und Rückweg unser Gespräch fort. Sie musste einen Brief an den bekannten Historiker der KPD, Hermann Weber, aufgeben, und einen anderen an Rudi Dutschke, der damals mit ihr im Diskussionsprozess stand, während er sein Buch „Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen“ schrieb; darin verteidigte er linkskommunistische Ansichten. (Während seiner Zeit in England interviewte er Bernhard Reichenbach, einen KAPD-Führer der früher 1920er Jahre. Später war er bei den Roten Kämpfern, einer KAPistischen Rumpffraktion innerhalb der SPD. Er lebte hier als Flüchtling und schrieb für ein libertäres kommunistisches Organ. Ich glaube, seine damalige politische Einstellung könnte so beschrieben werden.)

Rosa Leviné-Meyer riet Dutschke, zu warten, bis er älter und reifer sei, bevor er etwas über Lenin schreibe. Tragischerweise verstarb Dutschke nur einige Jahre später.

Mich interessierte vor allem ihre Meinung über Heinrich Brandler, Karl Korsch, Arthur Rosenberg und Ernst Thälmann. Ihrer Aussage nach war Brandler ein ordinärer Kerl. Ich dachte, sie hatte sich damals nicht näher mit ihm beschäftigt, während sie eine Schwäche für Teddy (Thälmann) hatte; aber den hielt sie nicht für „einen General, sondern nur einen Sergeanten“. Korsch, dessen Bücher über marxistische Theorie und Philosophie bei der jungen Generation großes Interesse geschaffen hatte, lehnte sie ebenso ab wie die geschichtlichen Betrachtungen Rosenbergs, die die gleiche Wirkung hatten. Ihre Einschätzungen von Persönlichkeiten waren klar subjektiv geprägt und schienen teilweise davon abzuhängen, was ihr über die Personen berichtet worden war. Das wird in ihrem zweiten Buch ganz offensichtlich.

Sie erzählte mir, dass, nachdem Hitler an die Macht gekommen war, die oppositionellen Gruppierungen – sie meinte damit die Ultralinken – die in den späten 20er Jahren aus der KPD ausgeschlossen worden waren, kollabierten; aber alle hätten sie an Trotzki's Tür geklopft. Sie ging nach Paris und diskutierte mit Leon Sedow, Trotzki's Sohn, der sein oppositionelles Zentrum leitete. Als es Ruth Fischer und Arkadi Maslow erlaubt worden war, sich Trotzki's Strömung anzuschließen, gab es trotz allem keine geistige Verbindung – Trotzki's deutsche Anhänger weigerten sich mit denen zusammenzuarbeiten. Deshalb wurde für sie eine gesonderte Organisation gegründet, weil Trotzki sie sich nutzbar machen wollte. Rosa wies darauf hin: „Aber diese Leute haben die KPD fast zerstört!“.

Der andere große Unterschied war Trotzki's Forderung nach einer neuen Partei in Deutschland, weil die KPD das Ausmaß der Niederlage in den Monaten nach Hitlers Machtergreifung nicht anerkannte. Als dann die Exekutive der Komintern behauptete, die Linie der KPD sei korrekt gewesen, rief er zur Gründung einer neuen Internationale auf.

Rosa argumentierte, dass die deutschen kommunistischen Arbeiter Trotzki's Position nicht verstan-

den hatten und sie vielmehr als eine Fahnenflucht mitten im Kampf angesehen hatten.

Es scheint so, dass Rosa in der KPD verblieb und in den späten 1930er Jahren Mitglied von deren Londoner Organisation war, obwohl sie ihre ernsthaften Zweifel an der Volksfrontpolitik und den Maßnahmen, die damit verbunden waren, klar ausdrückte [siehe ihre Stellungnahme hierzu; undatierte Kopie aus dem Bundesarchiv].

Zurück in ihrem Zimmer, setzten wir unser Gespräch bei Tee und Keksen fort, bis sie mir mitteilte, dass es nun Zeit zum Aufbruch sei.

Sie erwartete einen anderen Gast, den bekannten Schauspieler Marius Goring, der damals Anführer des rechten Flügels der Schauspielergewerkschaft *Equity* war, die gegen die von Trotzki beherrschte Führung der *Workers Revolutionary Party* kämpften; die bekannteste Aktivistin war Vanessa Redgrave.

Rosa erklärte, dass Politik und das Theater die beiden großen Leidenschaften ihres Lebens seien.

Anlässlich der Veröffentlichung ihres ersten Buches über Leviné verherrlichte die WRP Rosa als lebende Legende der Kritik des Stalinismus, als sie allerdings auch Kri-

tik an Trotzki äußerte, ließ die WRP sie fallen.

Bei meinem damaligen Besuch machte sie für ihre Alter einen sehr fitten Eindruck und zeigte überhaupt kein Anzeichen von geistiger Schwäche. Ich nahm an, dass wir sicherlich noch mehrere Bücher aus ihrer Feder zu lesen bekommen würden außer den beiden, an denen sie gerade arbeitete.

Sie war ein lebendiges Zeugnis großer Ereignisse und sie dokumentierte sie nach ihrer eigenen Meinung.

Ich dachte später oft über ihre kritische Beurteilung Trotzki nach – und ich, glaube sie hatte Recht.

m.j., 8. 12. 2014

## Wir dokumentieren hier einen Text von Rosa Leviné (Kopie aus dem Bundesarchiv)

### I.

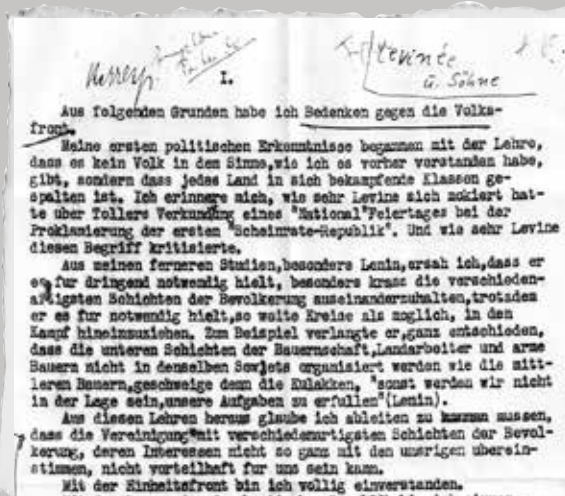
Aus folgenden Gründen habe ich Bedenken gegen die Volksfront.

Meine ersten politischen Erkenntnisse begannen mit der Lehre, dass es kein Volk in dem Sinne, wie ich es vorher verstanden habe, gibt, sondern dass jedes Land in sich bekämpfende Klassen gespalten ist. Ich erinnere mich, wie sehr Leviné sich mokiert hatte über Tollers Verkündung eines „National“Feiertages bei der Proklamierung der ersten „Scheinräte-Republik“. Und wie sehr Leviné diesen Begriff kritisierte.

Aus meinen ferneren Studien, besonders Lenin, ersah ich, dass er es für dringend notwendig hielt, besonders krass die verschiedenartigsten Schichten der Bevölkerung auseinanderzuhalten, trotzdem er es für notwendig hielt, so weite Kreise als möglich, in den Kampf hineinzuziehen. Zum Beispiel verlangte er, ganz entschieden, dass die unteren Schichten der Bauernschaft, Landarbeiter und arme Bauern nicht in denselben Sowjets organisiert werden wie die mittleren Bauern, geschweige denn die Kulakken, „sonst werden wir nicht in der Lage sein, unsere Aufgabe zu erfüllen“ (Lenin).

Aus diesen Lehren heraus glaube ich ableiten zu müssen, dass die Vereinigung in der Volksfront mit verschiedenartigsten Schichten der

Bevölkerung, deren Interessen nicht so ganz mit den unsrigen übereinstimmen, nicht vorteilhaft für uns sein kann.



Mit der Einheitsfront bin ich völlig einverstanden.

Mit der Losung der demokratischen Republik bin ich einverstanden. Auch ich bin überzeugt, dass unser erstes Ziel die demokratische Republik sein muss.

Was die Unterstützung der gegenwärtigen französischen Regierung betrifft, glaube ich, dass es von der aktuellen Lage abhängt, ich bin keinesfalls für die bedingungslose Ablehnung der Unterstützung, und habe die Politik in Frankreich während des letzten Jahres nicht genügend verfolgt, um eine Stellungnahme zu der Haltung der französischen Partei zu nehmen.

Auch die Dinge in Spanien sind so neuartig und anders als vorher, dass ich darüber keine begründete Meinung haben kann. Der Ausgang der spanischen Kämpfe wird uns besonders anschaulich zeigen, was für Lehren wir für die Zukunft ziehen müssen.

Da die Partei die Diskussion für oder gegen die Volksfront für abgeschlossen hält, erkläre ich mich durchaus bereit, in meiner Gruppe niemals Äusserungen zu machen, die zu einer Diskussion über die Richtigkeit der Volksfrontpolitik als Ganzer an sich führen, ein Vorschlag übrigens, den ich schon vor einem Jahr gemacht habe in meiner Gruppe, der damals aber nicht für notwendig gehalten wurde, und den ich deswegen nicht durchgeführt habe; es wurde gesagt, dass die Freunde ihren Bauchschmerzen Ausdruck geben sollen.

### II.

Ich habe bisher Bedenken gegen die Volksfrontpolitik gehabt und diesen Bedenken bei unseren Diskussionen Ausdruck gegeben. Als Begründung für diese Bedenken gebe ich:

Mir schienen die neuen Umstände, das heisst Hitler in Deutschland, die Notwendigkeit der neuen Politik nicht zu rechtfertigen. Ich habe den Zusammenhang zwischen der



politischen Entwicklung der letzten Jahre und der Notwendigkeit unserer neuen Politik nicht verstanden. Auch die Diskussionen in der Gruppe haben mir zu diesem Verständnis noch nicht verholfen. Zum Beispiel mir nicht verständlich: die Richtigkeit den Kleinbürgern die Versprechungen, die ihnen gemacht werden, zu machen; die Durchführbarkeit das Teilziel einer demokratischen Republik zu erreichen. Seit mehr als einem halben Jahr habe ich mich zu diesen Problemen in der Gruppe, die ich wegen meines Studiums nur noch selten besuchen konnte, nicht mehr geäußert.

Wegen meines Studiums war es mir in der letzten Zeit (halbes Jahr) nicht möglich, mich ernsthaft mit diesen Problemen auseinanderzusetzen, weshalb ich heute keine bestimmte Stellungnahme zu diesen Problemen einnehmen kann. Sobald ich die Zeit dazu finden werde, werde ich mich bemühen, mich mit den Dingen genügend zu beschäftigen, um unsere Linie zu verstehen.

Ich möchte noch erwähnen, dass ich bereits, noch bevor die Diskussion zu diesem Problem bei uns abgebrochen wurde, nicht mehr darüber diskutiert habe, da ich erst noch einmal Zeit haben wollte, die Dinge richtig zu überdenken.

### III.

Ich bin an sich nicht grundsätzlich gegen das, was der Begriff Volksfrontpolitik zusammenfasst. Meine Bedenken richten sich vielmehr gegen Teilprobleme. Bedenken dieser Art sind: Der Name Volksfront hat meiner Meinung nach die Wirkung, in der Arbeiterklasse und in unseren eigenen Reihen Illusionen hervorzurufen, da nach dem, was ich bei M. und L. gelernt habe, der Begriff Volk eine Einheit andeutet, die nicht vorhanden ist. Ich bin ferner nicht damit einverstanden, dass man, wie zum Beispiel in Frankreich, für die Regierung Blum stimmt und daran denkt, eventuell in die Regierung einzutreten, da auch die Regierung Blum noch eine kapitalistische ist, und wir uns dadurch in den Augen der Arbeiterklasse kompromittieren und uns für ihre Handlungen mitverantwortlich machen. Auch

dass man daran denkt, eine Einheitspartei zu bilden scheint mir nicht richtig.

Ich bin selbstverständlich mit der Einheitsfrontpolitik einverstanden, und ich bin auch dafür, dass wir uns an die Bauern, an kleinbürgerliche und intellektuelle Schichten wenden und versuchen, sie für unseren Kampf zu gewinnen, bin aber der Meinung, dass wir zu große Konzessionen an sie machen.

Was die Frage der demokratischen Republik als Perspektive nach dem Sturz des Faschismus betrifft, so meine ich, dass ein solches Ge-

bilde, wenn es überhaupt entsteht, nicht von irgendwelcher Dauer sein kann, sondern nur ein ganz kurzfristiges Übergangsstadium zur proletarischen Diktatur oder im Fall der Niederlage zur Herrschaft der Konterrevolution darstellen kann.

[Abschrift des Schreibmaschinen-Originaltextes mit handschriftlichen Einfügungen und Verbesserungen; zur besseren Lesbarkeit sind die Umlaute, die auf der benutzten Tastatur offensichtlich nicht vorhanden waren, als Umlaute wiedergegeben.]

Die Redaktion]

## Leserbrief

### Leserbrief zum Artikel Portugal im revolutionären Aufbruch 1974/75, Arbeiterstimme Nr. 185 u. 186

Liebe Genossinnen und Genossen, zuerst möchte ich mich beim Autor für den Text bedanken. Er gibt, soweit ich das beurteilen kann, einen guten Einblick in die sozialen Prozesse die unter dem Namen *Nelkenrevolution* bekannt geworden sind. Selbst für mich als altgedientem Linken enthielt er neue Informationen.

Doch mit einer Ansicht gehe ich nicht konform. Der Verfasser spricht von der „Niederlage des revolutionären Prozesses“. Nimmt man als Maßstab den Traum eines jeden Kommunisten, die entwickelte sozialistische Gesellschaft, ist die Revolution damals gescheitert. Doch stellt man die portugiesische *Nelkenrevolution* neben das Projekt der *Unidad Popular* in Chile sieht die Sache schon anders aus.

In beiden Ländern träumten gesellschaftliche Minderheiten von einer grundlegenden Umgestaltung. Diese konnte nicht durchgesetzt werden und die Bourgeoisie blieb an der Macht. Doch der Verlauf dieses Scheiterns zeigt gewaltige Unterschiede! In Chile ist die Volksbewegung mit voller Wucht in die aufgeklappten Messer der Reaktion gelaufen. Daher konnte sie Zerschlagen werden. Das verschaffte den Herrschenden die Möglichkeit ohne Rücksicht auf die Interessen der Bevölkerung ihren neoliberalen Musterstaat zu schaffen.

Im Gegensatz dazu war die portugiesische Bourgeoisie gezwungen zur Erhaltung ihrer Macht Kompromisse einzugehen. Der gravierende

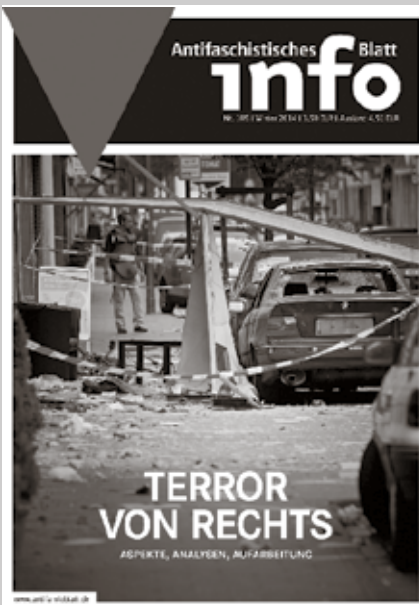
Unterschied wie in diesen Ländern der revolutionäre Prozess endete sollte daher mit unterschiedlichen Worten beschrieben werden. In beiden Fällen das Wort „Niederlage“ zu verwenden verwischt die Unterschiede. Schließlich zeigen die rechten Putschversuche während der *Nelkenrevolution* das, bei einem anderen Verhalten der Revolutionäre, auch in Portugal ein chilenisches Ende möglich gewesen wäre.

Daneben ist zu fragen, ob die *Nelkenrevolution* nicht vielleicht auch als Erfolg zu werten ist. Dem rechten Flügel der Bewegung der Streitkräfte schwebte ein geordneter Übergang zur bürgerlichen Demokratie vor. So ähnlich wie es einige Jahre später in Spanien abgelaufen ist. Ohne die Beteiligung dieses rechten Flügels hätte es keinen erfolgreichen Staatsstreich gegeben. Doch die spontane Mobilisierung von Teilen der Bevölkerung vereitelte dieses rechte Vorhaben.

Vor diesem Hintergrund müssten die Ergebnisse der *Nelkenrevolution* mit der Situation in Spanien nach Einführung der Demokratie verglichen werden. Alles was in Fragen der Demokratie, des Eigentums an den Produktionsmitteln oder der sozialen Sicherheit über die damaligen Rechte der Spanier hinaus ging muss als Erfolg der Massenbewegung verbucht werden. Erst dieser Vergleich kann zeigen, ob die *Nelkenrevolution* damals wirklich gescheitert ist.

Mit herzlichen Grüßen.

Emil



## Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a  
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR  
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)  
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

[www.antifainfoblatt.de](http://www.antifainfoblatt.de)  
[mail@antifainfoblatt.de](mailto:mail@antifainfoblatt.de)  
[facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt](https://facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt)  
[twitter.com/AntifalInfoBlatt](https://twitter.com/AntifalInfoBlatt)

**Kostenloses Probeexemplar**

## Faschismus in Deutschland

Analysen und  
Berichte der  
KPD-Opposition  
1928 bis 1933  
(aus „Gegen  
den Strom“).

Herausgegeben  
und eingeleitet  
von der Gruppe Arbeiterpolitik,  
Frankfurt/M.

2. erweiterte Auflage 1981 mit  
zwei neuen Kapiteln, 296 Seiten,  
Klebebindung. 8,- €

### Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: [redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)



# Solidarität organisieren

## Repression abwehren!

### Mehr Solidarität gegen mehr Repression!

In den vergangenen Jahren konnte die Rote Hilfe immer mehr Menschen, die wegen ihrer linken Aktivitäten von staatlicher Repression betroffen waren, finanziell unterstützen. Neue Bewegungen, in denen Aktivist\*innen im Visier von Polizei und Justiz sind, haben sich entwickelt, beispielsweise die Refugee-Proteste. Bei vielen daraus entstehenden Prozessen haben Geflüchtete und ihre Unterstützer\*innen von der RH Unterstützung erfahren. Auch aus anderen Bereichen erhalten wir immer mehr Anfragen von Genoss\*innen, die Ziel von Repressionsmaßnahmen geworden sind. Zunehmende Anwalt\*innen- und Prozesskosten haben zu einem enormen Anstieg der Unterstützungsausgaben der Roten Hilfe geführt. Insgesamt haben sich die Zahlungen, die die Rote Hilfe für von Repression betroffene Linke leistete, allein 2014 um fast 50 Prozent erhöht.

Das zeigt, wie wichtig die Solidaritätsarbeit der Roten Hilfe ist, und es ist großartig, dass wir so vielen Aktivist\*innen in der Konfrontation mit den Repressionsorganen beistehen konnten. Gleichzeitig strapaziert dieser extreme Anstieg aber die Gesamtfinanzen der Organisation enorm.

Kurzum: wir brauchen euer Geld, um diese notwendige Unterstützungsarbeit fortführen zu können und die Angriffe des Staates weiterhin ins Leere laufen zu lassen. Jede Form der Unterstützung ist uns

## Spendet

unter dem Stichwort „Mehr Solidarität!“ auf das Konto der Roten Hilfe:

Rote Hilfe e.V., Sparkasse Göttingen

IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39, BIC: NOLADE21GOE



## ROTE HILFE E.V.

[bundesvorstand@rote-hilfe.de](mailto:bundesvorstand@rote-hilfe.de) ★ [www.rote-hilfe.de](http://www.rote-hilfe.de)



dabei willkommen! Der 18. März, der Tag der politischen Gefangenen, ist deshalb der Auftakt zu einer neuen Spendenkampagne für die kontinuierliche Solidaritätsarbeit der Roten Hilfe e.V. Lasst euch was einfallen, damit die aktive Unterstützungsarbeit weitergehen kann, denn unsere Solidarität ist die stärkste Waffe im Kampf gegen ihre Repression!

## Solidarität organisieren

## Mitglied werden!

## Literaturliste

<b>K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition</b> eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
<b>Die Bremer Linksradikalen</b>	66 Seiten, 2,00 €
<b>Register der „Arbeiterstimme“</b> 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989	je 1,00 €
<b>Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten</b> (Hrsg. Achim Kowalczyk)	<b>Sonderpreis</b> 192 Seiten, 5,00 €
<b>Immer noch Kommunist?</b> Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Theodor Bergmann: <b>Gegen den Strom</b> , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe)	624 Seiten, 20,00 €
Jens Becker: <b>Heinrich Brandler</b> – Eine politische Biographie	510 Seiten, 20,00 €
Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: <b>Einführung in den dialektischen Materialismus</b> Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
<b>Zurück in die Eierschalen des Marxismus?</b> Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
<b>1923, eine verpaßte Revolution?</b> Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
<b>Um was geht es? Zur Krise der KPD</b> (August Thalheimer)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
<b>Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)</b>	1931, 75 Seiten, 3,00 €
<b>Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?</b> Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
<b>Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?</b>	1932, 27 Seiten, 1,50 €
<b>Volksfrontpolitik</b> , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
<b>Fluchtpunkte</b> , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
<b>Die Potsdamer Beschlüsse</b> , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
<b>Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg</b> (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
<b>Weißer Flecken</b> , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
<b>August Thalheimer and German Communism</b> – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
<b>Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion</b> (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
<b>Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution</b> (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
<b>Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion</b> , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
<b>Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie</b> (August Thalheimer)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
<b>Der Weg der Gewerkschaften</b> , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
<b>Ostblock - Westblock</b> , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
<b>Der Faschismus in Deutschland</b> , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

**Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg oder [redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)**

## Der spanische Bürgerkrieg



**240 Seiten, Paperback,**  
**€ 12,-**  
ISBN 3-00-010296-5  
Herausgegeben  
von der *Gruppe Arbeiterstimme*

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

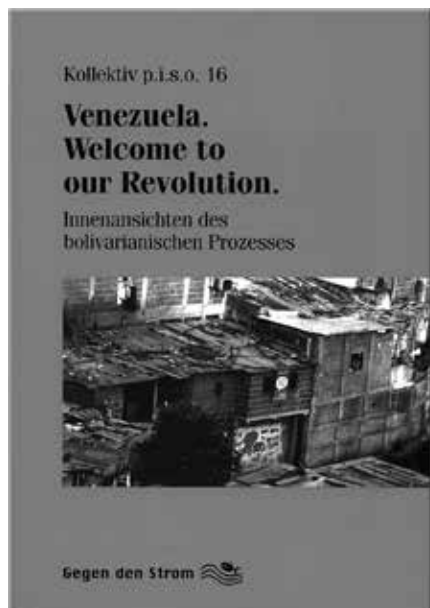
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



**510 Seiten, Paperback,**  
**€ 20,-**  
ISBN 3-87975-767-4

## Venezuela – Welcome to our Revolution

Innenansichten des  
bolivarianischen Prozesses



**168 Seiten, Paperback,**  
**€ 10,-**  
ISBN 3-9809970-1-4  
Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bislang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.



**624 Seiten, Paperback,**  
**€ 20,-**  
ISBN 3-87975-836-0

### Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307  
90261 Nürnberg

oder:  
redaktion@arbeiterstimme.org